



HUMANE WIRTSCHAFT

ersteh' einer die Welt



4 Pat Christ

Ein bisschen „Commons“ geht nicht



26 Wolfgang Berger

Direkte Demokratie



12 Günther Moewes
 Über Wirkungen von Globalisierung und Welthandel



35 Ralf Becker

Sicherheit neu denken

- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist „mehr als eine Zeitschrift“, weil es nicht unser Hauptanliegen ist, alle zwei Monate bedrucktes Papier an Abonnenten zu liefern. Es geht vielmehr darum, **der Idee einer gerechten Bodenordnung und eines nachhaltigen Geldsystems eine Stimme zu geben**. Das geschieht mit Hilfe von Autoren, die jenseits eingefahrenen Denkens Kenntnisse über zukunftsfähige Alternativen vermitteln. Insofern erfüllt die Zeitschrift einen erforderlichen Bildungsauftrag. Unsere regelmäßigen Bezieher sind Botschafter und Möglichmacherinnen. Freundinnen und Freunde, die es für bedeutend und wertvoll erachten, dass wahren Alternativlösungen Raum gegeben wird. Es besteht Interesse daran, die für eine Transformation auf ökonomischem Gebiet unerlässlichen Erkenntnisse weiterzugeben. Meinungsbildungsprozesse sollen mit dem Ziel angestoßen werden, der politischen Umsetzung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Ordnungsrahmens für Wirtschaft und Gesellschaft den Weg zu bereiten.
- Über das reine Abonnement hinausgehend gibt es die Fördermitgliedschaft. Mit ihrer Zeichnung bekunden mittlerweile viele Menschen ihren Willen, für grundlegende Reformen einzustehen und „ihrem“ Medium dabei zu helfen, sie der Realisierung näherzubringen.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist werbefrei, weil wir die Unabhängigkeit für ein hohes Gut halten. Wir wissen aus Rückmeldungen, dass jede unserer Ausgaben zu mehr Lesern gelangt, als die nackte Zahl der gedruckten Auflage zum Ausdruck bringt.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** fördert Bildung. Wir reden mit den Menschen auf eigenen Veranstaltungen, ebenso wie auf Kongressen und Konferenzen sonstiger Organisatoren. Wir beteiligen uns an konkreten Projekten und leisten nach Möglichkeit Hilfe, wo immer danach gefragt wird.
- Der Boden ist uns nicht nur im Hinblick auf Ordnungsfragen eine Herzensangelegenheit. Er ist auch das Verbindende zu allen Mitmenschen und der Natur in seiner gesamten Schönheit. Wir stehen zur gleichen Zeit auf ihm. Er nährt uns. Aus „**Humus**“ entstand „**Humanität**“.
- Und weil wir nur gemeinsam mit anderen Menschen zu mehr Gerechtigkeit, Solidarität und intensiverer Kooperation kommen können, wünschen wir, dass Sie uns begleiten:

Gesell
Dich doch dazu

ist die Einladung an alle, die sich für eine humane Wirtschaft einsetzen. Wir wollen Ihr Medium sein!

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

Wir sagen ein herzliches Dankeschön für Ihre Spende.

Informationen zu Abonnements und Fördermitgliedschaften unter <https://humane-wirtschaft.de> oder direkt per E-Mail: service@humane-wirtschaft.de oder im Impressum und auf den Bestellkarten im hinteren Teil dieser Ausgabe.

2. Vernetzungstreffen der Freiwirtschaft

vom **11. bis 13. Oktober 2019**

Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Weitere Informationen unter: <https://humane-wirtschaft.de/2-vernetzungstreffen>

Verstehen als Notwendigkeit

„WENN DIE ZIVILISATION ÜBERLEBEN SOLL,
DANN IST DIE ERWEITERUNG DES VERSTEHENS
EINE VORRANGIGE NOTWENDIGKEIT.“

(Alfred North Whitehead)

Ich denke, also bin ich. Du bist, also denkst Du. Hier das Ei, dort die Henne. Es erscheint unmöglich, dass nicht eins vor dem anderen da war! Wie formte das Weichtier die harte Schale? Auch wenn es dem Denken schwerfällt, muss in Betracht gezogen werden, dass alles sich wechselseitig voraussetzt.

Das Leben zwingt uns, Entscheidungen zu treffen. Wie frei sind wir dabei? Wie mutig sind wir, heute so und morgen ganz anders zu handeln? Wie ausgeprägt sind die äußeren Einflüsse und wie zweckdienlich sind Urteile, die wir fällen und die unser Tun festschreiben?

Wenn ich die Entwicklungen der Zeit betrachte, die bedrohliche Klimaveränderung, die beängstigende Naturzerstörung, die existenzgefährdende soziale Spaltung, die hasserfüllte Sprache der Ängstlichen, ihre Verzweiflungstaten, das eiskalt wirkende der Kriegstreiber, die terrorisierenden und mordenden Barbaren der Neuzeit, überkommt mich Hilflosigkeit. Wenn es mir gelingt, diese Bedrückungen auszublenken, wozu ich Talent habe, kann ich wie Alexander Gerst, der deutsche Astronaut der internationalen Raumstation ISS empfinden und fasziniert von der Schönheit der Welt und der phänomenalen Kraft sein, die das Leben uns schenkte. Je routinierter es gelänge – so stelle ich mir vor –, den Blickwinkel auf alles Wahrnehmbare von klitzeklein zu unendlich gigantisch zu wechseln, als besäße man ein optisches Hilfsmittel, mit dem man die Galaxien des Weltraumes sähe und sich im nächsten Moment in der Zelle eines Organismus verlöre, umso demütiger würde man gegenüber der wahrgenommenen Phänomene werden. Im Klitzekleinen findet man das Universum und im Kosmos das mikroskopisch Winzige.

Ein Problem, das bliebe, ist das unzulängliche Verstehen von Prozessen. Um klarer zu sehen, müsste man lange beobachten können und Entscheidungen treffen. Entscheidungen darüber, was die Entdeckungen zu bedeuten haben und welches die Handlungen sind, die sich für uns daraus ergeben.

In jedem von uns steckt ein Rebell. Ob bei Kleinkram oder Weltproblemen: Der Hang, sich gegen das Etablierte, gegenwärtig Herrschende zu stellen, ist ein menschlicher Automatismus. Inwieweit einen diese Haltung vom Regen in die Traufe führt, spielt keine Rolle, weil es dabei um uns als Person, um Freiheit, um das Gefühl geht, wir seien Herr unserer Entscheidungen. Entwicklungsstränge, die sich aus zeitlichen Prozessen ergeben, werden in der Regel nur auf eine Weise untersucht, die sich mit dem Urteil verbinden lässt, das man

fällen will. Das Urteil war meist vor dem Wahrgenommenen da. Wenn heute als »Rechte« eingestufte unverhohlen gegen das Fremde sprechen, dann, weil sie Angst haben und sich selbstsicher genug fühlen, mit dem Gesagten nicht isoliert dazustehen.



Für das Beobachten von Phänomenen leistet der Verstand ausgezeichnete Dienste. Beim Wahrnehmen von Prozessen wird es schwieriger. Wir können messen, dass der CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre zunimmt. Wir wissen, dass das nichts Gutes für das sensible Ökosystem Erde bedeutet, vor allem nicht für das darauf befindliche organische Leben. Wir wissen auch, dass die Zunahme von CO₂ in der Atmosphäre daher rührt, dass wir bisher in der Erdkruste gebundenen Kohlenstoff in Form von Kohle, Öl, Gas u. v. m. entnehmen und verbrennen. Meere und Wälder sind in der Lage ein Maß an Vermehrung zu „verdauen“, aber der Mensch hat dieses Maß überschritten und will mehr. Die scheinbare Zügellosigkeit lässt sich rational nicht erklären, solange man darauf fokussiert, welche Folgen das „auf lange Sicht“ für alles Lebendige hat. Wir spekulieren über das Ende der Menschheit und des Planeten und klammern beharrlich die Frage nach dem „Warum?“ aus!

Das geistige Erschließen von Beziehungen und wechselseitigen Abhängigkeiten ist keine Stärke des menschlichen Intellekts, was den Schluss zuließe, demütiger zu werden. Zweifellos ist der Mensch Teil der Natur. Mit all seinen Neigungen, Trieben und Unvollkommenheiten. Wir tendieren dazu, die Menschen ändern zu wollen. Zielführender wäre, sich mit dem Künstlichen zu beschäftigen, das der Mensch Kraft seines Verstandes der Welt hinzugefügt hat. Wir könnten überlegen, welche bereits erfolgten menschlichen Eingriffe in das organische Ökosystem nachteilig sind. Ein Sandkorn im Getriebe scheint das Wirtschaften zu sein, das – auf Wachstum programmiert – zur Triebkraft von Ausbeutung wurde. Alle ökologischen und ethischen Delikte haben eine ökonomische Wurzel. Wir erzeugen eine verbrauchte Welt mit dem Gebrauch von Geld. Warum es nicht umgekehrt versuchen und ein sich verbrauchendes Geld für den schonenden Gebrauch weltlicher Ressourcen ausarbeiten? Gier ist natürlich, Geld ein Konstrukt des Menschen. Was wenn das Zuviel an Gier in der Welt, welches zerstörerisch und zersetzend wirkt, die Folge eines selbstgeschaffenen, fehlerhaften Wirtschaftssystems ist? Wäre es da nicht sinnvoller, am Leben ausgerichtete Ordnungen zu ersinnen, anstatt sich an Lebenden abzarbeiten?

Herzlich grüßt Ihr

Andreas Zangemann



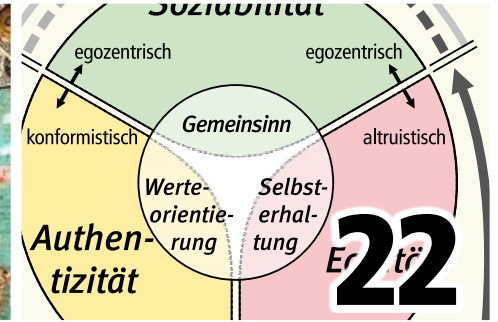
INHALT



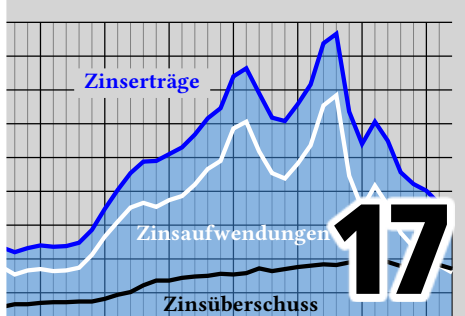
4



12



6



Kontakt Daten unserer Geschäftsstelle:

HUMANE WIRTSCHAFT
Katharinenstraße 14
45131 Essen

Tel.: (0201) 458 457 85
Fax: (0201) 458 457 86

E-Mail: service@humane-wirtschaft.de

Ein bisschen „Commons“ geht nicht 4 Pat Christ

„Es geht ums Ganze“ Wer die Fehler eines Wirtschaftens, dessen Prämissen Kapitalrendite und Wachstum sind, überwinden will, der kann das durch aktive Beteiligung in konkreten Projekten mitgestalten. Das weit gefächerte Feld der „Commons-Bewegung“ bietet Möglichkeiten der Selbstermächtigung für die Einleitung des Wandels.

Strafzins-Mythen in der Tagespresse 17 Thomas Kubo

Die negativen Zinsen sind ein dauerbrennender Aufreger in den Medien. Es fällt auf, dass dabei selten Fakten und Auswirkungen im Fokus stehen, sondern tradierte Vorstellungen. Ein Faktencheck.

Die Freiheit, die uns umbringt – „Freiheit, die wir meinen“ 6 Gerö Jenner

Sich fügen, um frei zu sein? Wenn es um die drängenden Fragen der Zeit geht, wie Frieden und Klimaerwärmung, dann sind gute und schnell umsetzbare Maßnahmen von entscheidender Bedeutung für das Überleben der Menschheit.

Lied der Arbeit 20 Dietrich Heißenbüttel

In der Begegnung von Kunst und Ökonomie ergeben sich erhellende Sichtweisen auf das eine wie das andere. Kann die Kunst mehr zu grundlegenden Veränderungen beitragen als man ihr zutraut?

Über Wirkungen von Globalisierung und Welthandel 12 Günther Moewes

Eine Untersuchung der Abläufe des globalen Handels und seiner Triebkräfte, könnte hilfreich sein, auf dem erforderlichen Weg des Wandels.

Wer verursacht die aktuelle Krise? 22 Karl-Dieter Bödack

Auch nach milliardenschweren Fehleinschätzungen in peinlichen Bauprojekten verharren Entscheidungsträger in einer Art „Augen-zu-und-durch-Sturheit“. Selbstreflexion – Fehlanzeige. In den unausweichlichen Krisen kommt es zu Schuldzuweisungen. Doch keiner trägt Verantwortung.

GRUNDSTEUERREFORM: EIN PLAN B TUT NOT 15 Dirk Lühr

Im Zusammenhang mit der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Neugestaltung der Grundsteuer ist noch alles möglich. Was die Politik bisher vorlegte schreit nach einem Plan B.

Termine 2019 25 Unsere Termine, nahezu in der Heftmitte.



TITELBILD:
**VERSTEH' EINER
 DIE WELT**

Idee: Andreas Bangemann
 Umsetzung: Martin Bangemann
 Fotogrundlage: Samuel Zeller auf Unsplash
https://unsplash.com/photos/rk_Zz3b7G2Y



Direkte Demokratie 26
Wolfgang Berger

Der einzige Souverän in der besten aller denkbaren Demokratien wird zunehmend als ein zahnloser Papiertiger wahrgenommen. An Beispielen und Ideen, wie es zu mehr direktem Einfluss der Menschen kommen kann, fehlt es dabei nicht.

Vom Herzen in die Hände 40
Stefan Nold

Eine Erzählung.

Sicherheit neu denken – 35
Ralf Becker

Die evangelische Landeskirche lädt ein, ein Friedensszenario der Zukunft zu entwickeln. Der Autor stellt den Weg dorthin vor.

Nachruf auf Fritz Andres 44
Redaktion

Ein bis zuletzt aktiver Verfechter für einen grundlegenden Wandel in Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Politik ist gegangen. Ein Nachruf.

Leserbriefe 47
Unsere Leser kommen zu Wort

Impressum – Kontakt – Shop 48

Gesell

Dich doch dazu

Ein bisschen „Commons“ geht nicht

Silke Helfrich weist in ihrem Buch auf Wege zu einer tiefgreifenden Transformation hin

Pat Christ

Commons – außerhalb der alternativen Szene ist der Begriff wenig bekannt. Wie ist er zu verstehen? Was fällt darunter? Für Silke Helfrich, die zusammen mit David Bollier das im Frühjahr erschienene Buch „Frei, Fair und Lebendig – Die Macht der Commons“ schrieb, ist „Commons“ das „ganz Andere“. „Dazu gehören andere Formen des Wirtschaftens, andere Formen der Organisation und andere Formen der Entscheidungsfindung“, so die Autorin: „Letztlich geht es um eine andere Seinsweise.“

Commons sind für Helfrich mehr als die konkreten Ausdrucksformen, wie sie sich in Umsonstläden, Freiräumen oder Projekten der solidarischen Landwirtschaft zeigen. „Commons“ zu leben, beeinflusst nach ihren Worten prinzipiell die Art, wie wir Dinge nutzen, die Art, wie wir produzieren, die Art, wie wir uns als Menschen entfalten, die Art, wie wir lernen und kreativ sind: „Überhaupt die ganze Art, wie wir uns in der Welt bewegen.“ „Commons“ bedeuten ein „Ticken in einem anderen Modus“.

Diesen Modus herzustellen, ist für die Commons-Forscherin gar nicht so schwer. Handelt es sich doch um Praktiken, die so alt sind wie die Menschheit. Helfrich denkt an Praktiken des Teilens, des Begrenzens, des Miteinander-Aushandelns, des gemeinschaft-



Solidarische Landwirtschaft (im Bild Aktivisten der So-LaWi Schweinfurt) gilt als commonsbasiertes Projekt für selbstorganisiert-solidarische Güterproduktion. Die Idee „Commons“ geht aber noch darüber hinaus.

lichen und des mehrfachen Nutzens. Das erfordert andere Beziehungen und andere Art und Weisen des Bezogen-seins mit allem, was uns umgibt – also mit anderen Menschen, mit den natürlichen Ressourcen, aber auch mit zukünftigen Generationen.

Zu allen Zeiten, sagt Helfrich, setzten sich Menschen für Gerechtigkeit und Fairness, Freiheit und Selbstbestimmung ein. In ihrem Buch zeigt sie mit David Bollier eine ganze Menge aktueller „Commons“-Beispiele aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen. Nach den Recherchen der beiden Autoren gibt es global gesehen hunderttausende Initiativen, Kooperativen und Genossenschaften, offene Werkstätten und Vereine, die produktiv tätig sind, gemeinsame Ziele verfolgen oder bestimmte Probleme lösen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie dies ohne kommerzielles Interesse und, jenseits von Markt und Staat, bewusst selbstorganisiert tun.

Was alle verbindet

Da sind zum Beispiel die alternative chilenische Küstenfischerei, die Almbewirtschaftung in der Schweiz, freie Netzwerke in Katalonien: „Und überall auf der Welt finden sich Maker-Spaces.“ Silke Helfrich und David Bollier untersuchen in ihrem Buch, welche Muster sich in allen diesen Initiativen finden. Ihr Ergebnis: Alle nehmen sich eines Problems an, befähigen sich selbst und entscheiden auf Basis ihrer Erfahrungen und neu gewonnenen Fähigkeiten, wie sie das Problem lösen. Die einen konfrontieren sich mit dem Klimawandel, die anderen mit aktuellen sozialen Verwerfungen. An der Lösung arbeiten sie miteinander, wobei sie akzeptieren, dass sie unterschiedlich sind.



Silke Helfrich – Foto: A.K., alle anderen Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Noch etwas Weiteres gibt es, was die unterschiedlichen Projekte, Initiativen und Strategien des sorgenden und selbstbestimmten Wirtschaftens verbindet: Sie gehen stets nach dem, was sie selbst brauchen. Und eben nicht nach dem, was der „Markt“ verlangt. Oder was ein Unternehmen haben möchte. Oder der Staat.



Auch in Selbsthilfegruppen wird die Idee „Commons“ lebendig.

Viele Menschen, die das Wort „Commons“ noch nie gehört haben, die sich mit diesem Wort vielleicht auch nie identifizieren würden, leben laut Helfrich, zumindest partiell, die Idee, die hinter diesem Ausdruck steckt. Helfrich denkt an Pflegekräfte, an Menschen, die sich im Bildungswesen engagieren, die über mehrgenerationelle Wohngemeinschaften nachdenken oder in Selbsthilfegruppen aktiv sind: „Bis hin zu den Anonymen Alkoholikern.“

Frei, fair und lebendig

Eben deshalb heißt das Buch der beiden: „Frei, Fair und Lebendig“. Silke Helfrich und David Bollier möchten, dass sich die in unterschiedlichsten Feldern engagierten Menschen in der Idee „Commons“ wiederfinden. Sie sollen sich dessen bewusstwerden, dass sie, unerkannt, Teil einer größeren Sache sind, die eben nicht Wirtschaftswachstum zum Ziel hat, die sich abseits des

Marktfundamentalismus und der nationalstaatlichen Bürokratien bewegt. Helfrich und Bollier starten mit ihrem Buch den Versuch, eine gemeinsame Sprache der „Commoner“ zu finden, damit diese endlich ihre transformatorische Kraft entfalten und den Wandel des Ganzen einleiten können.

„Ich stelle den Begriff der ‚Commons‘ gar nicht so gern in den Mittelpunkt“, unterstreicht die 51-jährige Commons-Forscherin, die aus Thüringen stammt und heute in Baden-Württemberg lebt. Ihr ist es wichtig, dass die Menschen begreifen, wo schon überall, oft im Kleinen und Verborgenen, nach anderen Selbstverständlichen gelebt und gewirtschaftet wird, als es der kapitalistische Markt fordert. Die Muster eines Seins, das auf nicht-kapitalistischen Prämissen aufbaut, finden sich also nicht nur dezidiert in der Postwachstumsbewegung: „Sondern im ganz normalen Alltag.“

Das im Vergleich zur kapitalistischen Marktwirtschaft „Andere“ ist für Helfrich das (vergessene) Natürliche: „Wir sind keine isolierten Ichs und kein Homo oeconomicus, wir wurden höchstens dazu gemacht.“ Diese vielfachen Bezogenheiten müssten durch eine gemeinsame Sprache und durch das Aufzeigen gemeinsamer Praktiken und Interessen gestärkt werden. „Über ‚Commoning‘ bekommt man zum Beispiel ein Dach über den Kopf, man bekommt gutes, hochwertiges Essen auf den Tisch und Bedürfnisse wie die nach Bildung, Gesundheit, Gemeinschaft und Naturerleben befriedigt“, betont sie.

Nicht nur in der Freizeit

Um die Transformation zu bewirken, müsste die Idee des Commoning auf alle Bereiche des Lebens ausgeweitet werden. Commoning kann für Helfrich nichts sein, was lediglich in der Freizeit stattfindet. Genau da fängt die Idee an, anspruchsvoll zu werden. Denn in der Tat werden viele jener kleinen Schritte, die in der Hoffnung gegangen werden, den Alltag fairer, freier, gleicher und demokratischer zu gestalten, neben dem alltäglichen Brotjob und dem Sein im regulären System unternommen. Man arbeitet als Sozialpädagogin in irgendeinem Amt. Und geht nachmittags in den Umsonstladen. Oder hilft am Wochenende in der Bahnhofsmission.



„Commons“ bedeutet für Silke Helfrich nicht „Ehrenamt“.

„Das geht nicht zusammen“, sagt Helfrich. Deshalb warnt sie in ihrem Buch davor, Commons mit „Ehrenamt“ zu verwechseln. Was das Fundament, die Struktur und die Vision anbelangt, liegen zwischen Commons und Ehrenamt Welten. Ehrenamtliche sehen, wo es krankt. Und versuchen, zu heilen. Von der Idee der Commons Begeisterte machen sich daran, eine echte Alternative zum etablierten System aufzubauen. Während Ehrenamtliche lernen, wie sie die größte Not lindern oder die größten Öko-Schäden reparieren können, bemühen sich Commoner, zu verlernen, was ihnen an zerstörerischer Denk-, Sprech- und Handlungsweise beigebracht wurde.

„Bei Commons geht es ums Ganze“, betont die Romanistin. Sie selbst zum Beispiel war früher als Büroleiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Mittelamerika tätig, stieg vor elf Jahren aus dem Lohnberuf aus- und in ein freies Arbeiten ein. Die Wirkmacht von Markt und Staat und die Grundmuster des Kapitalismus können nach ihrer Ansicht nur gebrochen werden, wird das Gewohnte aufgegeben.

Anders als „normal“ arbeiten

Jenseits von Markt und Staat zu leben, müsste letztlich heißen, sich von der Idee des Normalarbeitsverhältnisses zu verabschieden. Viele Menschen haben dies laut Helfrich inzwischen erfolgreich versucht. „Sie arbeiten vielleicht noch zu 30 Prozent in Lohnarbeit und verwenden die gewonnene Zeit dazu, sich weiterzubilden, sich auszuprobieren oder sich in alternative Organisationsformen einzubringen“, erklärt sie.

Commoning voranzutreiben, bedeutet für Helfrich, Felder aufzumachen, in de-

nen die Abhängigkeit vom Geldverdienenden geringer wird. Das betrifft, heute wichtiger denn je, zum Beispiel Wohnformen, die Abhängigkeit verhindern: „Durch alternative Arten des Bauens.“ Es betrifft aber auch alternative Möglichkeiten, sich fortzubewegen. Und neue Wege, miteinander zu wirtschaften.

Doch bleibt genug Zeit, um diese Alternativen in den verschiedenen Lebensweisen aufzubauen? Für Silke Helfrich ist es nicht sinnvoll, diese Frage zu stellen: „Denn zu welchem Ergebnis soll sie führen?“ Ein „Ja“ könnte zur Konsequenz haben, dass man sich erst einmal zurücklehnt. Und weitermacht. Es ist ja noch genug Zeit. Ein „Nein!“ könnte Mutlosigkeit zur Folge haben. Deshalb: **Einfach machen. Jetzt. Hier. Und mit aller Konsequenz.**

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Silke Helfrich / David Bollier:

„Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons“; transkript Verlag, Bielefeld, April 2019; Taschenbuch 400 Seiten
€ 19,99 ISBN 978-3-8376-4530-9

Auch **komplett kostenlos** als Volltext-PDF zum Download im Open Access



Dieses Buch soll Mut machen. Es vereint ein beziehungsreiches Denken mit einer neuen Art zu handeln. Das Ziel: eine freie, faire und lebendige Gesellschaft. Doch das Gewohnte hat sich tief

eingegraben in unseren Köpfen, in unserem Alltag, in Markt und Staat.

Beschreibung [transkript]

<https://transkript-verlag.de/978-3-8376-4530-9>

Die Freiheit, die uns umbringt und „Freiheit, die wir meinen“

Gero Jenner

Foto: Roxanne Desgagnés auf Unsplash

Immanuel Kant, H. G. Wells, Arnold Toynbee, Bertrand Russell, Raymond Aron und Albert Einstein haben dafür plädiert, dass die Staaten – alle Staaten – auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität verzichten. Diese Forderung leuchtet jedem ein, der sich keine Illusionen über die elementaren Bedrohungen macht, denen die Bewohner des Globus spätestens seit dem vergangenen Jahrhundert ausgesetzt sind.

Der galoppierende Fortschritt des Klimawandels – unter anderem daran zu erkennen, dass das Grönlandeis viermal schneller schmilzt als noch vor einem Jahrzehnt prophezeit – ist schon jetzt nicht mehr aufzuhalten, aber nach Möglichkeit sollte er zumindest soweit eingedämmt werden, dass unsere Art nicht in einem Treibhaus erstickt, wo der Meeresspiegel am Ende 70 Meter über dem heutigen Niveau liegen wird und die meisten Millionenstädte im Meer versinken. Bis dahin wird freilich noch einige Zeit vergehen, aber die Richtung ist vorgegeben, denn die Abwehr der Gefahr erscheint solange unerreichbar als es jedem Staat überlassen bleibt, um des eigenen Wachstums willen, fossile Brennstoffe nach Gutdünken zu verheizen. Aller Fortschritt im Kampf gegen den Klimawandel hängt von der Bedingung ab, dass eine Art Weltpolizei (vermutlich zusammengesetzt aus den führenden Supermächten) darüber wacht, dass die Spielregeln zur Rettung des Planeten beachtet und eingehalten werden.

Der gleiche Imperativ

gilt im Hinblick auf die Nutzung der heute noch zur Verfügung stehenden nicht-fossilen Ressourcen. In unserer

technisch hoch entwickelten Zeit werden auch diese in einer Art globalem Potlatsch in den modernen Wegwerfgesellschaften nicht nur *en masse* konsumiert, sondern anschließend auch noch *en masse* in mehr oder weniger giftigen Müll transformiert. An Nachhaltigkeit ist unter solchen Umständen nicht einmal zu denken – im Gegenteil: Je mehr Staaten dem westlichen Beispiel folgen, umso schneller wird der noch vorhandene Rest an Rohstoffen abgebaut und als erstickendes Gift über Länder und Meere verteilt oder in Verbrennungsanlagen in die Atmosphäre geblasen.

Und das ist nur die eine, heute global sichtbare Wirkung unseres gewaltigen technologischen Könnens. So als wäre die Bedrohung durch Klimawandel und Rohstoffverbrauch nicht schon beängstigend genug, kommt noch ein weiteres Übel hinzu: das größte, auch wenn es – wie durch ein Wunder – bisher noch nicht zur Wirkung gelangte. Die Lebensflamme unserer Art könnte von einem Tag auf den anderen erstickt werden: Zum ersten Mal seit Bestehen von Homo Sapiens ist die Menschheit als Kollektiv dem Artentod ausgesetzt. Aufgrund unseres überragenden technologischen Könnens haben wir es so weit gebracht, uns selbst auf die rote Liste der zum Aussterben verurteilten Arten zu setzen – es genügt ein einziger Knopfdruck, womit eine der Supermächte – Russland, Amerika oder China – den Erstschlag auslöst. Vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen äußerte Präsident Kennedy am 25. September 1961 die Hoffnung, dass Nuklearwaffen aufgrund eines internationalen Übereinkommens endgültig abgeschafft werden. Denn „in unserer Zeit muss jeder Einwohner des Planeten damit rechnen, dass dieser nicht

länger bewohnbar sein wird. Wir alle leben unter einem Damoklesschwert, das in jedem Moment aufgrund eines Zwischenfalls, eines falschen Kalküls oder aufgrund von Wahnsinn auf uns herniederfallen könnte. Diese Waffen müssen abgeschafft werden, bevor sie uns abschaffen....“

Nein, so war es gestern

heute ist es um vieles schlimmer, denn „der Fortschritt“ schreitet ja weiterhin unaufhaltsam und sogar in immer schnellerem Tempo voran. Inzwischen können sich selbst winzige Staaten wie Israel und bitterarme wie Nordkorea die apokalyptische Bombe leisten. In einer multipolaren Welt, wo jeder sich auf das Recht beruft, über Umfang und Art der eigenen Verteidigung zu bestimmen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis alle Staaten der Welt – und nicht nur wie bisher etwa ein Dutzend – über genug Bomben verfügen, um die ganze übrige Menschheit in Geiselschaft zu zwingen. Außer den klassischen Atommächten USA, Russland, Frankreich, England und China verfügen schon jetzt Pakistan, Indien und Israel über das apokalyptische Schwert. Nordkorea hat es bis zur Einsatzreife entwickelt und besitzt auch die dazugehörigen Raketen, um zumindest die eigenen Nachbarn auszulöschen. Auch Iran wird die Zentrifugen zur Urananreicherung wohl demnächst wieder laufen lassen, und was die Saudis tun, wissen ohnehin nur sie selbst. Über Japan besitzen wir genauere Informationen. Dort hat man in den achtziger Jahren dreihundert Kilogramm waffenfähiges Plutonium von den USA zu Forschungszwecken erhalten. Aufgrund seiner hohen technischen Kompetenz könnte das fernöstliche Land daraus in weniger als einem

halben Jahrzehnt zwischen vierzig bis fünfzig Bomben herstellen. Außerdem verfügt Japan noch über vierundvierzig Tonnen weniger reinen Plutoniums, ausreichend für die Fabrikation von sage und schreibe fünftausend nuklearen Köpfen. Im Hinblick auf seinen Vorrat an potenziell nutzbarem Nuklearmaterial hat Japan sogar die Vereinigten Staaten eingeholt. Technisch ist das Land jederzeit in der Lage, sich unter die großen Atomkräfte einzureihen – eine Tatsache, mit der sich rechte Kreise, animiert durch Shintaro Ishihara, den Schriftsteller und langjährigen Bürgermeister von Tokio, auch gern in aller Öffentlichkeit brüsten.

Die Wahrscheinlichkeit



dass aufgrund bloßen Zufalls oder menschlichen Versagens „etwas passiert“, wächst daher mit jedem Tag, zumal die Träger der Bomben, Überschallraketen, mit jeder Generation schneller und schneller werden – und die Vorwarnzeit für ihren Einschlag dementsprechend geringer. Bei einem Erstschlag vonseiten des Gegners steht Russen wie Amerikanern heute keine halbe Stunde mehr zur Verfügung wie noch vor einem Jahrzehnt, sondern dieser ohnehin minimale Zeitraum ist inzwischen auf etwa fünf Minuten geschrumpft. Innerhalb dieser Zeit muss entschieden werden, ob es sich wirklich um einen tödlichen Angriff handelt, der den sofortigen Gegenschlag nach sich zieht, oder ob vielleicht doch nur eine Fehlmeldung vorliegt. Offensichtlich *reicht diese Zeit für menschliche Entscheidungen nicht länger aus* – zumal sie aufgrund des unvermeidlichen „Fortschritts“ in Zukunft noch weiter schrumpfen wird. Der Präsident und sein Stab können im attackierten Land auf die Herausforderung eines Erstschlags nicht länger reagieren. Deshalb müssen Amerikaner wie Russen die Entscheidung darüber, ob das globale Feuer entzündet wird oder nicht, an Computersysteme abgeben. Die Aussicht, dass das kollektive Schicksal der Menschheit in Zukunft in den Händen von Maschinen statt von Menschen liegt, ist die wohl bedrückendste aller Zukunftsperspektiven. Hält man sich nämlich vor Augen, dass solche Systeme fehlerbar sind – sie waren es mehrfach in der Vergangenheit und selbst eine große Firma wie Boeing hat einem ihrer Flugzeuge (Max 737) ein fehlerhaftes Steuersystem ein-

gepflanzt, sodass in zwei aufeinander folgenden Abstürzen an die dreihundert Menschen ums Leben kamen – dann weiß man, welchem existenziellen Risiko wir ausgesetzt sind. Überwältigt und mattgesetzt durch den eigenen technischen „Fortschritt“, haben wir unser Schicksal in die Hände der Künstlichen Intelligenz gelegt:

*Furchtbare Neue Welt –
wir haben uns selbst entmündigt.*

Eine Rettung aus dieser den Klimawandel noch übertreffenden Not, die uns jederzeit ohne Vorankündigung heimtückisch überfallen kann, scheint nur durch Kontrolle möglich, nämlich durch den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht aller Staaten auf einen Teil ihrer Souveränität. Um des gemeinsamen Überlebens willen darf es im 21. Jahrhundert nicht länger möglich sein, dass jeder Staat die Umwelt nach eigenem Belieben vergiftet, nach Belieben Rohstoffe verprasst und die übrige Menschheit nach Belieben mit Massenvernichtungswaffen bedroht. In einer multipolaren Ordnung, die jedem Staat die Freiheit erteilt, das gemeinsame Raumschiff Erde nach eigenem Gutdünken auszubeuten, zu vergiften und mit Massenvernichtungswaffen existenziell zu gefährden, sollten wir die schlimmste aller denkbaren Alternativen erblicken. Die gegenwärtig etwa zweihundert Staaten der Welt werden das Ende dieses Jahrhunderts nur dann erleben, wenn sie, freiwillig oder – zur Not auch – gezwungen, einen Teil ihrer Souveränität an einen Weltpolizisten abtreten, der die weitere Proliferation von Massenvernichtungswaffen verhindert und zur gleichen Zeit den Planeten vor weiterer Ausbeutung und Vergiftung bewahrt.

Ein Weltpolizist?



Das scheint eine eher unsympathische, wenn nicht gar abschreckende Vision zu sein, fühlen wir uns dabei doch sofort an den berüchtigten Leviathan von Thomas Hobbes erinnert. Der englische Philosoph des 17. Jahrhunderts hatte den Dreißigjährigen Krieg vor Augen, in dem die Staaten Mitteleuropas einander barbarisch zerfleischten. Damit die Menschen sich nicht in Wölfe für ihre Mitmenschen verwandeln (*homo homini lupus*), bedürfe es eines Fürsten, so Hobbes, an den sie einen Teil ihrer Souveränität abgeben, nur so lasse sich

der gegenseitige Vernichtungskampf beenden. Hobbes konnte damals noch nichts davon wissen, dass die heutige Menschheit, selbst wenn sie scheinbar den Frieden genießt, permanent der Vernichtung ausgesetzt ist, denn einen Erstschlag kündigt eine Supermacht natürlich nicht vorher an. Ich kenne keine andere sozio-politische Theorie, die so treffend unsere heutige Situation beschreibt und mit unbestechlicher, wenn auch unerfreulicher Logik die einzige Lösung beschreibt, die einen möglichen Ausweg verheißt.

Denn die bekannte Devise „Global denken, lokal handeln“ verfängt in unserer Situation nicht länger. Selbst wenn wir alle global durchaus das Richtige denken, weil wir uns sehr wohl bewusst sind, dass wir mit Klimawandel, galoppierendem Ressourcenverschleiß und allgemeiner Nuklearaufrüstung gemeinsam in Richtung Abgrund laufen, handeln wir dennoch lokal genauso wie vorher, weil derjenige, der das Richtige tut, als der Dumme den Schaden hat, solange die anderen ihm nicht folgen. Würde sich zum Beispiel eine der heutigen Supermächte aus freien Stücken dazu entscheiden, ihr gesamtes Atomwaffenarsenal von heute auf morgen zu verschrotten, so wäre das zwar eine moralisch unglaublich mutige Tat, aber zugleich eine machtpolitische Dummheit, denn aufgrund der eigenen Selbstschwächung würde der unglückliche Pionier augenblicklich unter die Kuratel der verbliebenden Supermächte geraten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und seiner weltpolitischen Ohnmacht während der neunziger Jahre musste Russland diese Wahrheit schmerzhaft am eigenen Leib erfahren. Zwar hatte Russland sich nicht freiwillig geschwächt, sondern geriet durch Wettrüsten ökonomisch heillos ins Hintertreffen, aber diese Schwächung rief bei den Rivalen keinerlei Mitleid hervor. Denn auch wer moralisch vorangeht, kann bestenfalls in einer kleinen Gruppe von Menschen als richtungsweisendes Beispiel wirken, aber nicht in einer Welt von Mächten mit grundverschiedenen Interessen. Hier wird der Schwache schlicht von den Starken gedemütigt, wenn nicht einfach geschluckt..

Man mag es traurig finden



aber es ist Realität: Ohne einen Weltpolizisten kommt die Menschheit nicht län-

ger aus. Tatsächlich ist er ja auch heute bereits vorhanden. Wann immer die drei Supermächte – die USA, Russland und China – im UNO-Sicherheitsrat gemeinsam eine Resolution beschließen, handelt es sich de facto um die Erlässe einer Weltpolizei oder inoffiziellen Weltregierung – welchen Namen wir dieser Instanz auch geben. Unsere spontane Reaktion besteht zwar darin, dass wir uns solcher Bevormundung zuerst einmal widersetzen, weil unser Schicksal nicht mehr von uns selbst, sondern über unsere Köpfe hinweg von anderen bestimmt wird. Aber wir selbst – und mit uns alle anderen Staaten –, haben uns in eine Situation manövriert, in der uns nichts anderes als ein solcher Weltpolizist *vor uns selbst zu retten vermag*.

Denn die Welt, wie sie früher einmal bestand – und manchen im Rückblick vielleicht um vieles glücklicher erscheint – existiert schon längst nicht mehr. Noch vor zweihundert Jahren hätten die meisten Nationen eine Chinesische Mauer um ihr Territorium aufrichten können, um in völliger Isolierung von allen übrigen zu leben. Anders gesagt, hätten sie weitgehend oder auch völlig autark in uneingeschränkter Souveränität in ihrem je eigenen Gebiet existieren können, ohne sich um den Rest der Welt zu kümmern. Für einige abgeschiedene Inseln im Pazifik bestanden solche Verhältnisse noch bis ins vergangene Jahrhundert.

Doch das hat sich in kurzer Zeit grundlegend geändert

Das Leben in Deutschland, Frankreich, den USA oder China, ja selbst auf Neuguinea oder Grönland würde völlig zusammenbrechen, wenn nicht Tag für Tag Ströme von Öl, von Mineralien oder auch Fertigwaren

die Grenze passieren. Ohne diese Zufuhr würden in Deutschland und Österreich die Lichter ausgehen, der Verkehr stehen bleiben, die Fabriken die Produktion einstellen, die Bevölkerung schlagartig verelenden. Allenfalls wäre das rohstoffreiche Russland zur Not in der Lage, sich nach außen hin abzuschotten, aber seinen gegenwärtigen – immer noch vergleichsweise niedrigen – Lebensstandard vermag es nur aufrechtzuerhalten, indem es seine Rohstoffe gegen Fertigprodukte aus dem Ausland verkauft. In ihrem heutigen Ausmaß besteht diese weltweite gegenseitige Abhängigkeit erst seit etwa einem Jahrhundert, aber sie ist kaum mehr rückgängig zu machen, es sei denn wir würden uns mit einem Bruchteil unseres heutigen Lebensstandards begnügen. Dabei geht es aber offensichtlich um Souveränität. In deren mehr oder weniger großem Verzicht besteht die eigentliche Wirkung dieser weltweiten Verflechtung, denn jeder Staat hat sich dadurch *von dem guten Willen anderer abhängig gemacht*, und zwar nicht nur im Hinblick auf importierte Ressourcen und exportierte Waren, sondern ebenso im Hinblick auf die bei ihrer Herstellung erzeugten Gifte. Die klimazerstörenden Schadstoffe, welche die Verbrennung von Kohle und Öl bei uns oder in China erzeugt, hält sich nicht an nationale Grenzen, sondern verbreitet sich über den Globus, der Einsatz von Nuklearwaffen durch die Supermächten löscht nicht nur in diesen selbst sämtliches Leben aus, sondern ebenso in der übrigen Welt. Wir bestehen auf der Souveränität im eigenen Lebensraum und verschließen bemüht die Augen vor der unabweisbaren Einsicht, dass wir selbst diese längst in eine Illusion verkehrten.

Ja, eine Welt, wo jeder noch Herr im eigenen Hause war, hätte eine schönere Welt sein können (ob sie es wirklich war, ist eine andere Frage). Aber diese Welt gibt es nicht mehr. Aus diesem Grunde ist nicht nur der Zusammenschluss der europäischen Staaten in der EU eine Notwendigkeit, wenn unsere Stimme in

der Welt überhaupt noch gehört werden soll, sondern darüber hinaus ist sogar noch ein weiterer Verzicht von uns gefordert. Leviathan, die kommende Weltregierung, muss uns daran hindern, die Umwelt, den Globus oder sogar die eigene Spezies zu vernichten.

Wüsten wir nicht

dass einige der größten Köpfe die gleiche Ansicht mit größtem Nachdruck vertreten haben – oben war schon von Immanuel Kant, H. G. Wells, Arnold Toynbee, Bertrand Russell, Raymond Aron und Albert Einstein die Rede –, dann könnte uns dieser Ausblick als zu gewagt erscheinen, zu weit hergeholt. Vor allem aber fühlen wir uns durch Leviathan ja zunächst einmal bedroht. Da ziehen es viele begreiflicherweise vor, eher die Augen vor den uns bedrohenden tödlichen Gefahren zu verschließen als sich mit einem derartigen Untier abzufinden.

Doch diese Aussicht haben wir uns selbst eingebrockt. Damit die derzeit etwa zweihundert Staaten auf dem Planeten die eigene Souveränität nicht dazu missbrauchen, das Überleben der Art zu gefährden, müssen sie einen Teil ihrer Souveränität an eine Instanz abtreten, *die sie genau davor bewahrt*. Eben dies haben die zitierten Autoritäten als unumgängliche Maßnahme gefordert. Dann erhebt sich allerdings gleich die weitere Frage, die sich auch schon für die EU, den Zusammenschluss der Nationen Europas, stellte: Wie muss eine übernationale Instanz beschaffen sein, damit sie erträglich wird?

In Europa (aber bisher noch nicht in den USA)

sind die Bürger durchaus bereit, auf einen Teil ihrer Freiheit zu verzichten, z. B. darauf, Pistolen im Gürtel bei sich zu tragen. Auch die persönliche Blutrache ist bei uns verboten, obwohl auch dies eine Einschränkung der individuellen Freiheit bedeutet. Warum setzt sich bei uns niemand gegen diesen Freiheitsverlust zur Wehr? Offenbar wird er von kaum jemandem in Deutschland oder Frankreich als ein solcher empfunden, weil der im Gegenzug erzielte Gewinn so viel größer ist. Solange es jedem anheimgestellt blieb, sich friedlich zu verhalten oder auch nicht, war derjenige im Vorteil, der an der Bewaffnung festhielt und die Justiz in die eigenen Hände nahm, denn er



musste stets damit rechnen, dass die anderen ihm gegenüber nicht anders verfahren. In dem Augenblick, wo alle auf Pistolen, Gewehre oder die Blutrache freiwillig verzichten oder verzichten müssen, weil eine starke Regierung sie dazu zwingt, ergibt sich für den einzelnen nicht nur kein Nachteil, sondern alle fühlen sich im Gegenteil von einem großen Übel erlöst. Gewiss, Leviathan zeigt im ersten Moment seine Zähne, im zweiten aber befreit er die Menschen von einem unerträglichen Übel. Denn erst der Verzicht auf die *Freiheit, sich gegenseitig zu schaden*, führt zu jener großartigen Freiheit, die darin besteht, *sich gegenseitig zu nutzen*. Wechselseitiges Vertrauen kann nur entstehen, wenn der Mensch nicht länger ein Wolf für seine Mitmenschen ist. Im 21. Jahrhundert darf es den Staaten nicht länger erlaubt sein, nach Belieben aufzurüsten, nach Belieben Ressourcen zu verprassen, nach Belieben die Umwelt zu vergiften. Diese negative Freiheit muss ihnen genommen werden, damit ihnen die positive Freiheit erhalten bleibt, in einer Welt des Friedens zu leben.

Geschichte hat einen Sinn

nicht die der Natur, wo wir ihn nicht erkennen, sondern die Geschichte des Menschen, wo er die Stimme jenes Gewissens ist, an dem alle Menschen partizipieren. Im 21. Jahrhundert aber hat Geschichte noch dazu ein Ziel, das wir erreichen, einen Zweck, den wir verwirklichen müssen, nämlich dass wir den Planeten und dass wir uns selbst *vor uns selber* schützen.

„Freiheit, die wir meinen“

(Folgebeitrag vom 26. April 2019)

Der harte Widerspruch, der die Politik des 21. Jahrhunderts beherrschen wird – und der in der Tat jetzt schon kennzeichnend für sie ist – liegt in der Gegenläufigkeit zweier gleich notwendiger, gleich unverzichtbarer Tendenzen. Auf der einen Seite verlangt die Globalisierung der Chancen und Risiken von sämtlichen Staaten, auf einen Teil ihrer Souveränität zu verzichten. Die drohenden Gefahren von Klimawandel, Ressourcenverschleiß und nuklearer Bedrohung sind nur noch durch eine Weltregierung zu bannen, welche dem *Wettlauf der Menschheit gegen sich selbst* ein Ende setzt. Solange in einer multipolaren

Welt jeder Staat einen Vorteil darin erblickt, dem Gemeinwohl aller anderen zu schaden, weil er aus solchem Verhalten für sich selbst einen deutlichen Nutzen zieht, wird die Menschheit dem Abgrund mit jedem Jahr etwas näher rücken. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die ärmsten unter den gegenwärtig etwa zweihundert Staaten über genug Atomwaffen verfügen, um große Teile der Erde für unsere Art unbewohnbar zu machen. Erst wenn alle Staaten – freiwillig oder gezwungen – auf den Besitz von Atomwaffen verzichten, so wie heute schon die Bürger der meisten Staaten auf den Besitz von Pistolen und Gewehren, anders gesagt, wenn sie sich einer Weltpolizei unterordnen, wird Technik uns nützen statt uns mit der Vernichtung der eigenen Art zu bedrohen.

Jeder Zusammenschluss

von kleinen Einheiten in größeren – von Familien in einer Sippe, von Sippen in einem Stamm, von Stämmen in einer Nation, von Nationen in einer Union wie der Europäischen – zieht zwangsläufig einen Verlust von Eigenbestimmung nach sich: einen Verlust von Freiheit. Die größere Einheit setzt Grundregeln fest, die dann für alle gelten. In der Europäischen Union wird diese Aufgabe vom sogenannten „*aquis communautaire*“ erfüllt: dem Rechtsbestand an gemeinsamen Regeln. Laut Hans-Magnus Enzensberger ist der europäische Bestand an rechtsverbindlichen Dokumenten inzwischen so angeschwollen, dass er mühelos das Gewicht eines ausgewachsenen Nilpferds auf die Waage legt: ein bürokratischer Wasserkopf. Der Vorteil der Einheit ist dennoch offensichtlich: Während jede einzelne unter den Nationen Europas unfähig wäre, sich gegenüber den drei Supermächten USA, Russland und China zu behaupten, ist es einer selbstbewussten und entscheidungsfähigen Union durchaus möglich, ihre Interessen wirksam nach außen durchzusetzen. Denn dies ist der Zweck, dem sie heute dient. Hatte der Zusammenschluss europäischer Staaten zum Zeitpunkt seiner Entstehung noch den unmittelbaren Sinn, eine Fortsetzung jener zahlreichen Kriege zu verhindern, deren blutige Spur vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert reicht, so besteht der neue, heutige Sinn in der Verteidigung europäischer Interessen gegenüber der übrigen Welt.

Die Frage der Freiheit

erhält dadurch zwei unterschiedliche, ja einander entgegengesetzte Interpretationen, die sich auch in der unmittelbar politischen Realität niederschlagen. Einerseits zweifelt kein politisch klar denkender Kopf heute noch an der Notwendigkeit, dass es von nun an Europas Bestimmung sei, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu einer Einheit zusammenzuwachsen. Andererseits will sich Katalonien von Spanien, wollen die Flamen sich von den Wallonen, die katholischen Nordiren von England trennen, und auch Schottlands Verhältnis zu Großbritannien bleibt weiterhin ungeklärt. Und was das Vereinigte Königreich selbst betrifft, so versucht es hartnäckig, sich wieder von Europa zu lösen. Dieser Gegensatz der Bestrebungen innerhalb der Europäischen Union – der Wille zur Einheit auf der einen Seite, zur Separation auf der anderen – *spiegelt den Widerspruch in unserem Verständnis von Freiheit*.

Unlösbar ist dieser Widerspruch nicht

Einerseits sollte der Verzicht auf Souveränität immer nur soweit reichen wie unbedingt nötig, *um ein bestimmtes politisches Ziel umzusetzen*. Eine Weltregierung – sei sie nun offiziell vorhanden oder inoffiziell in Gestalt des UNO-Sicherheitsrats – ist unverzichtbar, wenn wir das wichtigste Ziel überhaupt erreichen wollen, nämlich den Schutz vor nuklearer Selbstvernichtung oder der Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Planeten. Andernfalls ist in den kommenden Jahrzehnten damit zu rechnen, dass jeder Zwergstaat den Globus mit atomarer Auslöschung bedroht. Ein politisch geeintes Europa wird schon deswegen notwendig sein, weil der geographisch unbedeutende eurasische Zipfel, auf dem wir leben, andernfalls das gleiche Schicksal erleiden könnte wie der Vordere Orient: zwischen den Supermächten USA und Russland könnte er zum neuen Schlacht- und Ruinenfeld werden.

Man versuche nicht

diese Drohung als unreal zu verdrängen. Seitdem beide Mächte immer mehr Raketenstellungen dies- und jenseits der russischen Grenze errichten, besteht die dringende Gefahr, dass sie ihre Stellver-

treterkriege demnächst auf hiesigem Boden ausfechten. Europa kann sich nicht dagegen wehren, zwischen die Fronten der beiden großen Machtblöcke zu geraten, aber es sollte zumindest stark genug sein, um nicht zwischen ihnen zerrieben zu werden. Solche Stärke erfordert allerdings einen Verzicht auf nationale Freiheit zugunsten der Union – einen Verzicht, der nur erträglich erscheint, wenn er auf den Zweck der Selbstbehauptung nach außen beschränkt bleibt, also nicht auf bürokratische Gleichmacherei im Inneren hinausläuft.

Mit genau diesem Vorbehalt

hatte Charles de Gaulle die Einheit Europas als eine solche der Vaterländer (oder sagen wir ruhig: Mutterländer) verstanden. Er wollte nach außen ein starkes Europa, aber keines, das nach innen gewaltsam Uniformierung betreibt und damit Freiheit in einem Maße vernichtet, wie der Zweck des Zusammenschlusses ihn nicht zu rechtfertigen vermag.

Das Europa Brüssels

hat von Anfang an einen anderen Weg beschritten. Ausgerichtet am Modell eines Wirtschaftsbetriebs, wie er eben nicht sein sollte, d. h. eines Betriebes an dessen Garderobe die Menschen ihr eigenbestimmtes Ich abgeben, um dann in genau festgelegten Produktionsprozessen für acht Stunden oder auch mehr bloß noch zu „funktionieren“, hat man auch die Bewohner Europas mit unzähligen Vorschriften behelligt, um die sichtbare äußere Lebensrealität und die unsichtbare ihres Verhaltens in ein Netz von Regeln zu binden – Regeln mit dem Gesamtgewicht eines ausgewachsenen Nilpferds. Sicher bietet diese von oben erzwungene Vereinheitlichung Vorteile im Sinne eines möglichst berechenbaren und reibungslosen ökonomischen Funktionierens – im einzelnen Wirtschaftsbetrieb ist sie bis zu einem gewissen Grad ja überhaupt unverzichtbar. Zudem beweist das Beispiel Chinas, dass es Regierungen nützt, ein ganzes Volk in das Korsett eines Betriebs einzu-zwängen, weil Politik dann umso besser imstande ist, Großprojekte wie Flughäfen, Staudämme oder Autobahnen zu dekretieren und auf der Stelle auch auszuführen – ganz ohne die zeitraubende Konsultation ihrer Bürger. Alle Tätigkeiten werden dann wie in einem Konzern von oben geplant und effizient durchge-

setzt, weil der Wille eines einzigen Mannes (wie Xi Jin Ping oder auch Putin) zu diesem Zweck völlig genügt.

Das ist dann allerdings eine Entwicklung

die auf den Termitenstaat zielt, der, wie bekannt, mit größter Effizienz unter Bienen und Ameisen funktioniert – unter Menschen aber wohl nur so lange wie der dadurch bewirkte Wohlstands- und Machtgewinn den Verlust an elementarer Freiheit vergessen macht. In China wird das wahrscheinlich noch für die nächsten Jahre gelten, aber keinesfalls gilt es für das heutige Europa. Hier verlangt die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Supermächten eben keine durchgehende Reglementierung der Bürger, *sondern nur eine gemeinsame Außenpolitik des Handels und der Verteidigung*. In diesem Sinne hätte es – von einem europäischen Parlament demokratisch gewählt – von Anfang an einen Präsidenten Europas und einen Handelsminister geben müssen. Das europäische Parlament hätte dann in seinen Kompetenzen nur die Außenbeziehungen zu regeln, während die nationalen Parlamente die Verfügung über sämtliche nationale Angelegenheiten behalten. Im Sinne einer lebendigen Demokratie, welche den Bürgern ein Maximum an Entscheidungen überlässt, sollten die inneren Belange jedes einzelnen Mitgliedsstaates auf nationaler, regionaler und schließlich auf der Ebene der Gemeinden vor Ort geregelt werden. Der Gegensatz zu einem Termitenstaat liegt grundsätzlich darin, dass alles, was lokal bestimmt werden kann, auch lokal bestimmt werden soll.

Die tatsächliche Entwicklung Europas

ist, wie gesagt, diesem Modell durchaus nicht gefolgt. So wurden etwa in Deutschland zunächst den Parlamenten der einzelnen Bundesländer immer mehr Kompetenzen entzogen, sodass sie heute weitgehend zu „Quatschbuden“ für gut bezahlte Rentiers verkommen sind, danach griff dieser Prozess auch auf die nationalen Parlamente über. Man muss die von Altbundespräsident Roman Herzog genannte Zahl von 80% aller Gesetzen, die nicht mehr im deutschen Parlament gemacht, sondern von Brüssel übernommen werden, nicht wörtlich nehmen, um sich eine Vorstel-

lung von der gar nicht mehr schleichend verlaufenden Zentralisierung der Union zu machen. Nicht ein Europa der Vater- (oder auch Mutter-)länder wurde auf diese Weise geschaffen, sondern die Entwicklung orientiert sich eindeutig am Modell eines Wirtschaftskonzerns, so als könnten auch auf staatlicher Ebene Menschen dauerhaft unter Bedingungen leben, denen man eine verdächtige Ähnlichkeit zum Staat der Termiten bescheinigen muss.

Die dadurch bewirkte Entmündigung

der Staatsbürger auf lokaler Ebene kann natürlich nicht ohne Folgen bleiben. Sie erklärt, warum ein Vereintes Europa – ein nicht nur weltpolitisch notwendiges, sondern bei richtiger Durchführung auch für die Bürger segensreiches Projekt – in großen Teilen der Bevölkerung (anders als bei den Eliten) auf so verbreiteten Widerstand stieß und bis heute immer noch stößt. Denn dieses neoliberale, ausschließlich an ökonomischer Effizienz orientierte Europa hat in zunehmendem Maße Selbstbestimmung durch Fremdbestimmung ersetzt: in eine Fernverwaltung durch die Brüsseler Zentrale. *Das und nicht die Einheit an sich, ist der Schatten, der sich über der Union ausbreitet.*

Der einzelne Mensch fühlt sich nur dann geborgen

wenn er sich dort, wo er zusammen mit seinen Nachbarn lebt – einer Gemeinde, einem Stadtviertel, einer Region –, *eine eigene Identität* zu erschaffen vermag, an der er durch Mitwirkung beteiligt ist und die nicht beliebig von oben in Frage gestellt oder aufgelöst werden kann. Freiheit ist nichts anderes als *menschliche Selbstgestaltung*, die auch heute, im Zeitalter des Internets, durch einen raumüberschreitenden elektronischen Verkehr nur ergänzt, aber gewiss nicht ersetzt werden kann. Der Mensch wird heimat- und wurzellos, wenn man ihn dieser Verankerung beraubt: der Partnerschaft (Familie), der Gemeinde, dem Stadtviertel. Dann fühlt er sich so behandelt als wäre er nicht mehr als das Ersatzstück einer Maschine, das man nach Belieben verpflanzen und durch andere ersetzen kann. Die Verödung ganzer Landschaftsteile im Osten Deutschlands zeigt diesen Trend in krasser Deutlichkeit. Dort empfinden Menschen nur



Foto: Pete Wright auf Unsplash

noch Scham über die eigene Ohnmacht, weil sie das elementare Bedürfnis nach Selbstgestaltung nicht mehr auszuleben vermögen: Dörfer und Kleinstädte zerfallen ebenso wie die Psyche der darin lebenden Bewohner.

Die gleiche Entwicklung

findet in Städten statt, wenn Menschen sich in anonymen Schlafkasernen eingesperrt fühlen – ein Gegenstück zur Massentierhaltung, da unter solchen Bedingungen weder Heimat noch gestaltende Mitwirkung entsteht. Je mehr die Freiheit der Selbstgestaltung und Selbstbestimmung vor Ort auf diese Art ausgehöhlt wird – der Urnengang alle vier oder fünf Jahre hat ja mit dem praktischen Leben kaum noch etwas zu tun -, umso stärker macht sich der Widerstand geltend, der sich dann in Aufruhr zu entzünden droht: Demonstrationen in den verschiedensten Teilen Europas verwandeln sich in Orgien der Gewalt. In ohrenbetäubender Stärke dröhnen uns die Hassposaunen aus dem Internet entgegen. Und öffentliche Ämter und Krankenhäuser sehen sich in Deutschland und anderen Teilen Europas mit zunehmender Gewaltbereitschaft der Bürger konfrontiert. Auch Gewalt ist ja ein Ausdruck individueller Selbstbestimmung. Nehmt den Menschen die legale Möglichkeit, diese auszuüben, dann greifen sie zu ungesetzlichen Mitteln.

Freiheit als Selbstbestimmung


darf sich nicht auf die Familie oder Partnerschaften beschränken, sie muss lokal überall auf den kleinsten Ebenen menschlicher Gemeinschaft wirksam sein, wenn sich in den Köpfen nicht das Bedürfnis nach Umsturz und Zerstörung ausbreiten soll. Der Imperativ, der hier gelten soll, ist die eigentliche Grundlage jeder lebendigen Demokratie: *Lasst die Bürger vor Ort entscheiden, was sie dort mit Kompetenz besser als jede Zentrale*

zu regeln vermögen. Natürlich kann das nur bedeuten, dass Brüssel und die Großen unter den Staaten Europas den übrigen Mitgliedern nicht deren Innenpolitik vorschreiben. Hier muss Europa freiwillig dadurch zusammenwachsen, dass das *bessere Vorbild die anderen überzeugt*. Zwang, um den Vereinigungsprozess gewaltsam voranzutreiben, wird nur Widerstand und noch stärkere Tendenzen der Abspaltung bewirken.


Die Europäische Union darf keine Zentrale sein

die das Blut aus den Mitgliedsstaaten, den Landes- und Nationalparlamenten saugt, um alles von oben zu verordnen, so als hätte man es nicht mit historisch zu so erstaunlicher Vielfalt gewachsenen Staaten und Regionen zu tun, sondern mit einem einzigen großen Konzern, in dem alle für das jeweils nächste Business-Quartal gleich zu denken und gleich zu handeln haben. Für den richtigen Umgang mit den Mitgliedsstaaten gibt es doch ein allen bekanntes Beispiel. *Bis heute kann die Schweiz als Vorbild für die Einheit nach außen und die Freiheit (Vielfalt) nach innen dienen*, denn dort gelingt dieses Wunder schon seit zweihundert Jahren. Aber es stimmt schon: das Abwägen zwischen lokalen und zentralen Kompetenzen wird dadurch erschwert, dass gemeinsame Verteidigungskräfte, gemeinsame Industrienormen und ein gemeinsames Bankensystem ein gewisses Maß an übernationaler Einheitlichkeit erzwingen; nur sollte die Zentrale über das unerlässliche Maß hinaus keine Kompetenzen besitzen, womit sie die Freiheit vor Ort erstickt. Wenn der Europäische Gerichtshof die Einheit auch auf dem Gebiet der Moral sowie der unterschiedlichen Sitten und Traditionen durchsetzen will, so muss man sich fragen, ob er damit Europa wirklich einen Gefallen erweist oder nicht eher den Widerstand der Bürger gegen die Union mobilisiert.

Größtmögliche Freiheit im lokalen Bereich

bei gleichzeitigem Verzicht auf Souveränität in globalen Belangen – diese beiden in meinen Augen gleich unabweisbaren Forderungen zeigen den Gegensatz auf, dem sich unsere Zeit stellen, den sie bewältigen muss. Das 21. Jahrhundert braucht ja in Wahrheit noch eine viel größere Einheit als die der Europäischen Union; sie braucht noch in diesem Jahrhundert eine wirkliche Weltregierung (nicht nur die inoffizielle, schlecht funktionierende Vorstufe des UN-Weltsicherheitsrats), wenn sie die tödlichen Gefahren überstehen will, die sie auf andere Weise nicht überwinden kann. Zur gleichen Zeit aber wird sie sich vor nichts so sehr hüten müssen wie vor der Sklerose in einem Termitenstaat, wo der Mensch noch nur Masse, nur noch funktionierendes Teilchen ist. *„Der Atombombe als dem Problem der Menschheit schlechthin ist nur ein einziges Problem gleichwertig: die Gefahr der totalitären Herrschaft... mit ihrer alle Freiheit und Menschenwürde vertilgenden terroristischen Struktur. Dort ist das Dasein, hier das lebenswerte Dasein verloren“*, meinte Karl Jaspers, der in diesem Punkt wiederholt, was Immanuel Kant schon als seelenlosen Despotismus verworfen hatte. Damit ist die Herausforderung, vor der wir heute stehen, auf prägnante Weise benannt, nur dass Kant und nicht einmal Jaspers wissen konnten, dass sich inzwischen zwei weitere apokalyptische Übel an die Seite des Vernichtungskrieges gesellen: der Klimawandel und die Erschöpfung der Ressourcen. 

Teil 1 erschien zuerst am 24. April 2019 unter: <https://www.gerojenner.com/wp/?p=2891> und Teil 2 am 26. April 2019 unter: <http://www.gerojenner.com/wp/?p=2967>

Zum Autor
Dr. Gero Jenner 



Studium der Philosophie, Indologie und Sinologie in Hamburg, später in München, Paris und Rom. Zuvor Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Zweitstudium der Soziologie in München und London ebenfalls mit

Unterstützung der Studienstiftung.

Website: <http://www.gerojenner.com>



Über Wirkungen von Globalisierung und Welthandel

Günther Moewes

Globalisierung begünstigt nur sogenannte Eliten, nicht Bevölkerungsmehrheiten, nicht Klima, nicht Globus. Statt Klimakonferenzen, Kompromissen, freiwilligen Verpflichtungen und Strohhalmverboten brauchen wir Deglobalisierung und eine andere Wirtschaft. Das ist Aufgabe von Regierungshandeln und nicht von freiwilligen Verhaltensänderungen.

Zwei Arten von Nationalismus

„Freier“ Welthandel führe zu Wachstum und Wohlstand, erzählen uns WTO und Mainstream-Ökonomen. Gilt das wirklich für allen Handel? Und für alle am Handel Beteiligten? Beispiel Afrika: Die westliche Wirtschaft hat die afrikanischen Volkswirtschaften immer als unliebsame Konkurrenten betrachtet. Sie hat deren überwiegend agrarisch ausgerichteten Nationalökonomien deshalb stets mit teuren Krediten und infamen „Freihandelsabkommen“ zu schwächen versucht, um sie für westliche Billigprodukte und Fischfabrikfangflotten zu öffnen. Am Ende mussten die afrikanischen Tomatenbauern als neuartige Sklaven in europäischen Plantagen die Tomaten für genau die Billigkonserven ernten, die sie aus ihrer Heimat vertrieben hatten.

Das löste eine Welle von Wirtschaftsflüchtlings aus. Nach und nach merkten westliche Wirtschaftsstrategen, dass sie so gleich fünf Fliegen mit einer Klappe schlagen können: 1) billige Arbeitskräfte anziehen und 2) gleichzeitig deren Ausbildung sparen, 3) dadurch, sowie durch Billigexporte, die afrikanischen Konkurrenzwirtschaften schwächen, 4) ihre eigenen einheimischen Arbeitenden unter erhöhten Lohndruck setzen und 5) sich auch noch als Wohltäter für ihre eigenen

Opfer aufspielen, nämlich die unfreiwillig Vertriebenen. Mutterkreuzler behaupteten sogar, die Deutschen würden zu viele Hartz-IV-Empfänger gebären und zu wenige Fachkräfte. Eilig wurden ein globaler Migrationspakt^[1] und ein deutsches Fachkräfteeinwanderungs-gesetz verabschiedet.

Andererseits: Kann man es dem mittelständischen deutschen Unternehmer verdenken, dass er seine mühsam erkämpfte Position auf dem Weltmarkt nicht durch Fachkräftemangel gefährdet sehen möchte? Oder hat diese Frage vielleicht eine ganz andere Dimension? Muss sie nicht lauten:

Weshalb ist Nationalismus bei den sogenannten Eliten angeblich so verpönt, während ein rücksichtsloser Wirtschaftsnationalismus als Beweis für besondere Tüchtigkeit gilt?

Rücksichtsloser Wirtschaftsnationalismus, das heißt: Möglichst vielen anderen Nationen auf dem Globus um jeden Preis negative Handelsbilanzen und Arbeitslosigkeit zufügen. Das heißt: pausenloser Wirtschaftskrieg. Das heißt: Wirtschaft first. „Deutschland zuerst. Merkel...würde sich allerdings niemals damit brüsten wie Trump“^[2]. Wirtschaft ist nicht mehr für die Bevölkerungen da, sondern die Bevölkerungen für die Wirtschaft. Diese Art von rücksichtslosem Wirtschaftsnationalismus wird aber nicht Nationalismus genannt, sondern vornehm „Globalisierung“. Wenn sich dagegen jemand gegen diesen Nationalismus mit Importrestriktionen, Zöllen oder Protektion zur Wehr setzt, wird er als „Nationalist“ denun-

ziert. Sprachtäuschung war schon immer ein wichtiges Instrument der Mainstream-Ökonomie. Deutschland ist da wie immer ganz vorne: Ewiger Pro-Kopf-Export-Weltmeister in einem der am dichtesten besiedelten und verkehrserstückelten Länder der Welt, möchte möglichst viele Fachkräfte aus anderen Ländern absaugen, um noch mehr „LogistikCenter“ in seine immer mehr verschwindenden Landschaften zu setzen. Dann aber auf Brasilien schimpfen, weil es Regenwald abholzt, während Deutschland doch mit seinen Krötentunneln, Wildbrücken und Wolfschutz geradezu auf Yellowstone-Niveau ist. SPD und Grüne immer vorne weg. Political Correctness.

Woher kommt dieser Wirtschaftsnationalismus? Die sogenannten Klassiker der Ökonomie, wie Adam Smith und Ricardo, schwärmten von Arbeitsteilung und friedlichem Wettbewerb. Nicht alle sollten alles produzieren, sondern jede Region das, was sie am besten konnte. Die einen Tuch und die anderen Kekse. Damals ging es um vor allem um Regionen wie London oder Schottland. Was ist aus diesem an sich vernünftigen Ansatz heute geworden? Dass Japaner unbedingt deutsche Autos fahren müssen und Deutsche unbedingt japanische. Ist das noch Arbeitsteilung? Ist das noch der Ansatz von Ricardo? Oder ist er nicht vielmehr das genaue Gegenteil: alle produzieren alles und transportieren dann die gleichen Produkte kreuzweise über die Ozeane - gleichzeitig von A nach B und von B nach A. Und selbst, wenn nur in eine Richtung transportiert wird: Ist es sozial und ökologisch vernünftig, wenn mittlerweile alle US-Fahrräder in China produziert werden? Und den US-Händlern dank chinesischer Billiglöhne oder Staatssubventionen nur ein bisschen Endmontage bleibt?

1 Moewes, G.: Phänomen Massenmigration. Humane Wirtschaft 1/2019, S. 42/43

2 Neue Zürcher Zeitung, 9. 3. 2019, S. 1



Foto: Simon-Maage auf Unsplash

Transport- und Mobilitätswahn

Nur dieser vermeintliche „Wettbewerb“ garantiere angeblich den technologischen Fortschritt, will uns die Mainstream-Ökonomie weismachen. Tatsächlich hat er jedoch zu immer größeren PKW-Formaten geführt und nicht einmal den deutschen Abgasbetrug und die deutsche Dieselkrise verhindert. Vor allem aber hat er die Energie- und Klimakrise angeheizt, indem er ein gigantisches, völlig überflüssiges globales Frachtervolumen geschaffen hat mit einer eigenen Schwerölproblematik, mit entsprechenden, ebenso überflüssigen gigantischen Umschlaghäfen und leichtsinnigen, vermeidbaren Logistikern, wie z.B. der Container-Schiffahrt. Diese Monster-Logistik ist Teil des Transportwahns der Wirtschafts-Eliten.

Ein anderes Beispiel: Da werden das Berliner Bundespräsidialamt mit indischem Marmor verkleidet und Bottas Dortmunder Stadtbibliothek mit schwedischem Sandstein. Wegen subjektiver Vorlieben von Architekten werden Tausende von Tonnen Gestein über Land und Meere transportiert. Weshalb? Erhöht es die Vielfalt und Unverwechselbarkeit der Stadtbilder? Oder bewirkt es vielleicht das genaue Gegenteil? Erhöhte nicht gerade die frühere Beschränkung auf regionale Materialien die Transportvermeidung, sowie die globale Vielfalt und Unverwechselbarkeit?

Die Flüge der globalen Minderheit und die Folgen

	Passagiere in Millionen/Jahr			
Flugpassagiere	2016	2017	2018	Anstieg/Jahr
weltweit	3.800	4.100		7,1 %
von Europa nach anderen Kontinenten		41,2	42,5	3,0 %
innereuropäisch		145,2	154,5	6,0 %
von deutschen Flughäfen aus		234,5	244,3	3,0 %
Passagierkilometer weltweit				8,0 %
von den heute 7.674 Millionen Menschen weltweit sind 2018 nicht geflogen			7.444	97,0 %
noch nie in ihrem Leben geflogen			6.293	82,0 %
Die Passagierzahlen von Kreuzfahrtschiffen haben sich in letzten 10 Jahren verdreifacht. Pro Schiff und Tag entstehen Abgase wie von 400.000 PKW	168,1	190,0		13,0 %

- Fliegen ist die umweltschädlichste Art der Fortbewegung
- Flug Deutschland – Malediven (2 x 8.000 km) erzeugt pro Person 5 t CO₂
- die Treibhauswirkung ist jedoch 2-5-mal höher (infolge Ozonbildung bei großer Flughöhe, Wolkenbildung durch Aerosole, Wasserdampf, Stickoxyde)
- Klimawirkung noch einmal vielfach höher infolge Auftauens reflektierenden Eises und Methangas aus tauenden Permafrostböden

Quellen zum Kasten:

ZDF heute-Journal 5. 3. 19; statista; ICAO; Umweltbundesamt; Max-Planck-Istitut f. Meteorologie Hamb.; Süddeutsche Ztg. 9 / 10. 3. 2019, S. 31; Unep/Frankfurter Rundschau 5. 3. 19, S. 28; <https://www.dw.com/de/der-klimawandel-und-das-fliegen/a-42094220> <https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-02/flugverkehr-flugreisen-zunahme>

Dass diese Mobilität eine Manie der Wirtschafts- und Funktionseliten ist und inzwischen wahnhaftige Züge angenommen hat, mögen ein paar Zitate zeigen: In einem Artikel über das unrühmliche Produktionsende des A380, des größten Passagierflugzeugs der Geschichte, schrieb die Nürnberger Zeitung allen Ernstes Mitte Februar 2019, der Bau sei keine Fehlentscheidung gewesen, denn er trage „zum Wachstum der globalen Mobilität bei“. Richtig ist: Laut Internet sind 97% der weltweiten Bevölkerung 2017 überhaupt nicht geflogen und 82% noch nie in ihrem Leben^[3]. Das zeigt: Das „Wachstum der globalen Mobilität“ ist reine „Eliten“-Vorstellung. Die weltweite Bevölkerungsmehrheit kann die sich gar nicht leisten. Das gilt auch für Kreuzfahrten, Billigfluglinien, Massentourismus und Tagungstourismus. Da tanzt man nach horrendem Kerosinverbrauch auf vermeintlichen „Klimakonferenzen“ erfolgsselig kreischend vor Tagungskameras herum, fährt dann nach Hause und wundert sich, dass die Erderwärmung trotzdem weiter steigt.

³ <https://www.dw.com/de/der-klimawandel-und-das-fliegen/a-42094220> (zuletzt bes. 4. 07. 2019)

Als ein Bundestagsabgeordneter der Vielfliegerpartei „Die Grünen“ eine Beschränkung auf drei Hin- und Rückflüge pro Person und Jahr forderte, gab es einen empörten Aufschrei aller Planeten-Ruinierer: „Bevormundungs-Anfall“, „Dusseliger Vorschlag“, „Verbotspartei“, „Staatliche Überwachung“^[4]. Eliten-Jargon.

Besonders deutlich wurden Mobilitätswahn und Umerziehungstrieb bei der Debatte über den globalen Migrationspakt. „Wir wollen die Erleichterung der regulären Migration“^[5]. In TV-„Dokumentationen“ wird frohlockt: „Alle Migration führte stets zu Innovationen“. Und DER SPIEGEL überschreibt ein Interview: „Wir sind alle Migranten“. Während der Interviewte kühl entgegnet: „Tatsächlich brachte die Migration schon immer Probleme mit sich...Krieg, Frieden, Missgunst...Argumente für jene, die in der Migration ein ewiges Übel sehen“^[6]. Rich-

⁴ BILD, 11. 3. 2019, S. 4

⁵ UN-Migrationspakt, Originaltext

⁶ „Wir sind alle Migranten“, SPIEGEL-Gespräch mit dem Genforscher Johannes Krause, DER SPIEGEL Nr. 8 / 16. 2. 2019, S. 97ff

tig ist: fast alle Migration entstand aus Überfällen, Habgier, Konquistadorentum, Vertreibung und Not. Inkas, Indianer und Hereros hätten auf die europäischen „Innovationen“ gerne verzichtet. Ebenso wie die oben bereits erwähnten heutigen afrikanischen Sklaven auf den südeuropäischen Tomatenplantagen. Und wie unser geschundener Planet. Ein besonders verniedlichtes Verständnis von Migration hat Justizministerin Katharina Barley: „*Sie negieren all die Migration, die wir brauchen und auch haben wollen...zum Beispiel zum Arbeiten, zur Ausbildung, oder auch aus Liebe... Ich wünsche mir doch für meine Söhne, dass sie in den USA studieren, in Singapur arbeiten und sich in Brasilien oder Senegal verlieben können*“^[7]. Wie viel von den 82% der Weltbevölkerung, die in ihrem ganzen Leben noch nie geflogen sind, können sich diese elitären Migrations-Vorstellungen der 15-Prozent-SPD wohl leisten?

Ist das alles wirklich nur Elitenwahn? Entstehen nicht vielmehr alle diese Fehlentwicklungen aus konkreten Wirtschaftsmechanismen, vor allem aus den verheerenden Konzentrationsmechanismen des Kapitals? Natürlich. Nur begünstigen diese Konzentrationsmechanismen nie die breiten Bevölkerungen, sondern stets vor allem die Eliten. Und die haben sie deshalb so weit in ihren elitären Lebensvorstellungen verinnerlicht, dass sie nicht mehr fähig sind, sie kritisch zu analysieren. Anstatt ihnen entgegenzuwirken, erklären sie sie für naturgegeben und verstärken sie aus purem Eigeninteresse.

Globale Eliten gegen regionale Bevölkerungen

Der Anspruch der globalen Eliten, die Bevölkerungen unbedingt im Sinne ihrer falschen Weltvorstellungen politisch korrekt zu erziehen, hat den weltweiten politischen Rechtsruck ausgelöst. Er hat darüber hinaus zu zahlreichen mehr oder weniger wissenschaftlichen Erklärungsversuchen geführt: Der Kultursociologe Andreas Reckwitz sieht eine Spaltung in „Kosmopoliten und Unitarier“, der SPIEGEL in Kosmopoliten und Populisten und der britische Publizist David Goodhart in globale „Anywheres“ und regionale „Somewheres“.

⁷ Bundesjustizministerin Katharina Barley in einem Streitgespräch über den Migrationpakt, Süddeutsche Zeitung, 8. 12. 2018, S. 6. (Siehe auch [\[1\]](#) und [Kasten](#))

Richtig ist wohl eher: Es gibt unterschiedliche geographische Dimensionsstufen, in denen wirtschaftliche, politische und kulturelle Fragen am besten geregelt werden können: lokale, regionale, nationale, kontinentale und globale. Die Müllabfuhr kann nicht am besten global geregelt werden, die Krümmung von Bananen nicht kontinental und der Weltfrieden nicht lokal. Der Mobilitäts- und Globalisierungswahn der globalen Eliten hat vor allem zu einer Vernachlässigung des Regionalen geführt. Die Region wird von ihnen vielfach als provinziell, rückwärtsgewandt, folkloristisch gesehen, als Heimatkitsch oder gar als Angriff auf die Nation. Die Globalisierung dagegen als modern, multikulturell und zukunftsweisend. Diese Vorstellung ist abwegig. Richtig ist vielmehr: Die Besinnung auf die Region erlaubt ein Maximum an Transportvermeidung und Ressourcenschonung. Ohne die sind Klimawandel und Artensterben nicht aufzuhalten. Darüber hinaus ist sie Garant für die weltweit größtmögliche Vielfalt und Unverwechselbarkeit von Landschaften, Ortschaften, Bauten und Arten. Die Globalisierung droht dagegen in einen weltweiten Einheits- und Mischbrei zu führen, in maximale Transportaufblähung, Ressourcenverschwendung, Umweltbelastung und Computer-Dengisch. Am Ende stehen überall die gleichen Hochhäuser. „Rundum verglast sehen sie am Polarkreis genauso aus wie am Äquator, hier verschwenderisch beheizt, dort verschwenderisch gekühlt. Brasilianischer Granit nach Berlin und schwedischer Sandstein nach Dortmund.“^[8]

Was werden spätere klimageplagte Generationen wohl zu diesem Globalisierungswahn sagen? Hat das überhaupt noch etwas mit Ökonomie zu tun? Mit einer Ökonomie, die von „oikos“ kommt, von „haushalten“? Oder ist nicht längst eine krasse Anti-Ökonomie, die nur noch durch noch unsinnige Untertheorien aufrechterhalten werden kann? Von einer Beschäftigungstheorie, wonach wir verhungern müssten, wenn wir nicht ständig neue „Arbeitsplätze schaffen“, indem wir die gleichen Waren ständig von A nach B und gleichzeitig von B nach A transportieren. Oder von einer Wachstumstheorie, nach der Wohlstand nur entstehe, wenn jedes Jahr mehr produziert werde als im Vorjahr. Schafft dieser

⁸ Moewes, G.: Zuviel Geld in falschen Händen. In: Detail 4/2000, S. 595

Transportwahn überhaupt noch Werte? Oder ist er nicht längst zu einer Riesen-Wertvernichtungsmaschinerie geworden, in der alles ökonomisch Schlechte und Vermeidbare zum vermeintlichen Wachstumsmotor hochgelogen wird?

Beschäftigungsstaat oder Vermeidungsgesellschaft?

Um das eigentliche Problem der Mainstream-Ökonomie deutlich zu machen, folgende einfache Überlegung: Angenommen ein Land importierte genauso viele Autos wie es exportiert. Es beschließt, den überseeischen Außenhandel mit Autos einzustellen. Es hat dann riesige Einsparungen an Planungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten von Schiffen, Werften, Umschlaghäfen und -anlagen. Überdies kann es u. U. noch Einnahmen aus deren Verkauf erzielen. Diese Einsparungen sind gleichzeitig eine enorme Umweltentlastung. In der Gesamtbilanz entsteht keinerlei Wohlstandsverlust. Man könnte theoretisch die Autopreise gleich lassen und die Arbeitsentgelte an die nicht mehr Arbeitenden einfach weiter zahlen. Dann bleibt immer noch ein eventueller Gewinn aus dem Bestand oder Verkauf der Anlagen. Allerdings entsteht ein Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblem: Nicht Arbeitende haben genauso viel Einkommen wie Arbeitende. Dieses Problem kann gelöst werden, indem die eingesparte Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung an alle verteilt wird, und nicht nur an die, die ihr „Geld arbeiten lassen“. So lange, bis fast alle wieder Arbeit haben. Das Problem der herrschenden Ökonomie: Sie kann mit ihrer „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ die Einsparungen nicht als Einsparungen erkennen und bewerten, sondern nur als Arbeits-, Wert- und Wachstumsverlust. Und sie kann die Umweltentlastung nicht einmal quantifizieren.

Wir brauchen eine andere Ökonomie. Diese muss stärker differenzieren zwischen notwendiger und vermeidbarer Arbeit. Notwendige Arbeit wird es immer geben. Zwar wird immer mehr Menschenarbeit an Maschinen und Roboter übertragen werden, aber für deren Entwicklung wird wiederum noch lange Menschenarbeit gebraucht. Wenn auch nicht so viel, wie durch die Maschinen ersetzt wird, sonst wäre Maschinisierung sinnlos. Vermeidbare Arbeit

schaftt dagegen keine Werte und keinen neuen Wohlstand. Meist vernichtet sie sogar welche durch vermeidbaren Transportaufwand und vermeidbaren Ressourcenverbrauch. Auch notwendiger Welthandel wird es immer geben: Nicht alle Länder verfügen selbst über alle notwendigen Ressourcen, können selber Baumwolle und Südfrüchte anpflanzen, oder selber Flugzeuge bauen. Vermeidbarer Handel und vermeidbare Transporte sind dagegen ebenfalls keine Wertschöpfung, sondern Wertvernichtung.

Der schreckliche Irrtum, auch vermeidbare Arbeit schaffe neue Werte und neuen Wohlstand, konnte nur entstehen, weil man die materielle Existenzberechtigung der Bevölkerungsmehrheit auch an nicht notwendige, vermeidbare Arbeit gekoppelt hat, an Arbeitsplatzbeschaffung, Bullshitjobs, Konsumrausch, Beleuchtungsexzesse, an „Verschwendung, Verdummung, Vergiftung Verpackung, Naturzerstörung, sinnlose Transporte, Bürokratie, Rüstung“^[9]. Und indem man diese vermeidbare Arbeit auch noch positiv in Sozialprodukt und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingerechnet hat.

⁹ wikipedia: Deglobalisierung

Allein die Vermeidung nicht notwendiger Transporte würde die Wirtschaft schlagartig weitgehend deglobalisieren^[10] und regionalisieren. Eine solche Regionalisierung ist also nicht nur eine Frage der Frische von lokalen Agrarprodukten. Ohne eine solche Deglobalisierung sind Klimawandel, Artensterben und die Zerstörung von Böden und Meeren, sowie die ständige Zunahme von sogenannten sozialen „Globalisierungsverlierern“ nicht aufzuhalten.

Das alles ist nur durch Gesetze und Vorschriften der Regierungen möglich. Nicht, indem man die als Öko-Diktatur denunziert und die Entscheidungen darüber Nichtstun, privatem Profitstreben, freiwilligen Verhaltensänderungen und Firmenzugeständnissen, dem sogenannten „Freihandel“, oder ausschließlich dem „freien“ Marktgeschehen überlässt. Notwendig ist vielmehr ein starker Staat, der notwendige Arbeit fördert, vermeidbare Arbeit unterbindet und dazu ein entsprechendes Instrumentarium entwickelt. Zu einem solchen Instrumentarium gehören nicht nur höhere Ressourcen-, Verbrauchs- und Transportsteuern, sondern auch

¹⁰ Moewes, G.: Beschäftigungsstaat oder Vermeidungsgesellschaft? In: Architektur Jahrbuch 1995, Hrsg. Deutsches Architekturmuseum Frankfurt/M, München 1995, S. 35ff

Zölle, Protektion und Importrestriktionen^[11]. Diese Forderungen wurden übrigens bereits 1995 erhoben^[12], also lange vor Trump. Damals wären die Verheerungen noch vergleichsweise mühelos abzustellen gewesen. Heute nicht mehr.

¹¹ Ders.: Protektion tut Not. Freihandel nutzt vor allem dem Kapital. Wirtschaftskolumne, Frankfurter Rundschau, 24. 4. 2018, S.16

¹² Ders. in: Welcher Handel erhöht den Wohlstand? In: Weder Hütten noch Paläste. Basel, Boston, Berlin 1995, S. 105ff

Zum Autor

Prof. Günther Moewes



Er vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet „Industrialisierung des Bauens“ und sagte die Finanzkrise seit 1997 voraus.

Ihre Ursache sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden.

Bücher und Schriften: „Weder Hütten noch Paläste“ (1995), „Geld oder Leben“ (2004), „Dilettantismus oder Komplizenschaft“ (2012), „Arbeitswende“ (2013).

Webseite:

<http://www.guenthermoewes.de>

GRUNDSTEUERREFORM: EIN PLAN B TUT NOT

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 10. 04. 2018 eine zweistufige Frist eingeräumt.

Dirk Löhre

Bis zum 31. 12. 2019 muss ein neues Grundsteuergesetz verabschiedet sein; die Umsetzung hat innerhalb eines fünfjährigen Zeitraumes zu erfolgen. Mit Blick auf den Gesetzgebungsprozess ist jeder dieser Fristen mit Unsicherheiten behaftet:

a) Frist bis zum 31. 12. 2019

Ob es gelingt, die Frist bis zum 31. 12. 2019 einzuhalten, hängt von mehreren Umständen ab, die noch nicht sicher vorherzusagen sind. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in SPD und CDU/CSU ist es keinesfalls garantiert, dass die Große Koalition bis zum Jahresende noch besteht. Zudem muss im Rahmen des Gesetzespaketes noch eine Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht werden, für die die Stimmen aus FDP und den Grünen benötigt werden. Schließlich stößt insbesondere die Reform des Be-

wertungsrechts auch auf verfassungsrechtliche Zweifel (s. unten). Diese könnten sich ebenfalls verzögernd auswirken. Sollte der Termin 31. 12. 2019 aber nicht zu halten sein, würden die Kommunen vor einem finanziellen Desaster stehen. Dies wäre ohne weitere Maßnahmen selbst dann der Fall, wenn zügig ein Freigabegesetz beschlossen würde. Ob Bund und Länder zu einer Kompensation der Einnahmeausfälle Willens und fähig wären, ist dabei vollkommen offen. Einschränkungen der Kommunen auch bei ihren freiwilligen Leistungen sind nicht akzeptabel.

b) Umsetzungsfrist bis 31. 12. 2024

Die Reform des Bewertungsrechts knüpft stark an die Bewertungsverfahren nach ImmoWertV an. Die Folge ist eine erhebliche Komplexität, die nur zu bewältigen ist,

wenn die Digitalisierung von Kataster- und Finanzverwaltung in entsprechender Geschwindigkeit erfolgt. Angesichts eines leergefegten Arbeitsmarktes für entsprechende Spezialisten, der Notwendigkeit des Anlernens und der derzeitigen personellen Ausstattung der Bewertungsstellen in den Finanzämtern ist Zweckoptimismus sicherlich ein schlechter Ratgeber. Auch wenn das Gesetzesvorhaben also bis zum 31. 12. 2019 beschlossen werden kann, ist die Umsetzung innerhalb der anschließenden Fünfjahresfrist keineswegs gesichert.

Risiken erwachsen schließlich auch daraus, dass das Gesetzesvorhaben auf verfassungsrechtliche Zweifel stößt:

Das Bundesverfassungsgericht forderte in seinem Urteil vom 10. 04. 2018, dass die Gestaltung der Bemessungsgrundla-

ge den Belastungsgrund der Steuer erfassen und die Relation der Wirtschaftsgüter realitätsgerecht abzubilden vermag. Was den Belastungsgrund angeht, verweist der seit Ende Juni vorliegende Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers auf die durch den Grundbesitz vermittelte „objektive Leistungsfähigkeit“. Dieser Belastungsgrund ist folgerichtig zu erfassen. Dies bedeutet, dass die Struktur der Grundsteuerwerte nicht ohne triftigen Grund von der Struktur der Verkehrswerte abweichen darf. Die Unterschiede der Verkehrswerte wiederum hängen maßgeblich von den Standortwerten ab. Im Gesetzentwurf ist jedoch beabsichtigt, die Bewertung von Wohngrundstücken im Wesentlichen anhand von gemeindeweiten Durchschnittsmieten vorzunehmen. Für zwei Gebäude gleichen Typs, gleicher Größe und gleichen Alters innerhalb ein und derselben Gemeinde kennt der Gesetzentwurf also nur eine Miete. Der Bodenwert, welcher Lagequalitäten abbildet, geht im Regelfall nur schwach, weil in abgezinster Form in die steuerliche Wertermittlung (vereinfachtes Ertragswertverfahren) ein. Die Folge:

- Die angesetzte Durchschnittsmiete bewirkt im Rahmen des vereinfachten Ertragswertverfahrens, dass lagebedingte Wertunterschiede sehr stark eingeebnet werden. Diese spielen bei der grundsteuerlichen Bewertung damit eine deutlich geringere Rolle als bei der Verkehrswertermittlung.
- Ähnlich wie bei der Flächensteuer bewirken die Durchschnittsmieten, dass Immobilien in guten Lagen (tatsächliche / übliche Miete > Durchschnittsmiete) zu gering, solche in schlechten Lagen (tatsächliche / übliche Miete > Durchschnittsmiete) tendenziell zu hoch belastet werden.
- Hierdurch wird systematisch eine regressive Belastungswirkung bei Wohnimmobilien erzeugt.

Ob diese regressive Belastungswirkung durch die beabsichtigte Vereinfachung (Ziel: vorausgefüllte Steuererklärungen) zu rechtfertigen ist, ist vollkommen offen. Das Ziel einer realitäts- und relationsgerechten Bewertung wird so für Wohngrundstücke jedenfalls verfehlt.

Bei Nichtwohngrundstücken, die in einem vereinfachten Sachwertverfahren bewertet werden sollen, besteht dieses Problem (v. a. aufgrund von differenzierten Wertzahlen) hingegen nicht. Hier wird also mit zweierlei Maß gemessen.

Schließlich werden besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale, die im Einzelfall einen erheblichen Einfluss auf den Verkehrswert haben können, im steuerlichen Verfahren überhaupt nicht berücksichtigt (weder bei Wohn- noch bei Nichtwohngrundstücken). Auch existiert keine Escape-Klausel, über die der Steuerpflichtige einen niedrigeren Verkehrswert nachweisen könnte. Allerdings wäre eine solche Escape-Klausel ebenfalls kein geeignetes Mittel, um den oben angesprochenen systematisch regressiven Belastungswirkungen bei Wohngrundstücken zu begegnen.

Die grundsteuerliche Bewertung dürfte – nicht nur bei Wohnimmobilien – noch auf weitere Schwierigkeiten bei der praktischen Anwendung stoßen (z. B. Festlegung der Restnutzungsdauer bei An- und Umbauten sowie umfassenden Modernisierungen); ich spare mir diesbezüglich aber weitere Ausführungen.

Entscheidend ist, dass auch das jetzt in den Gesetzgebungsprozess eingebrachte Verfahren trotz seiner Komplexität alles andere als verfassungsmäßig sattelfest ist. Hierdurch kann ein Risiko schon im Gesetzgebungsverfahren und später ein latentes Risiko bei der Anwendung des neuen Bewertungsrechtes entstehen. Zumal das Gesetzespaket mit der Öffnungsklausel aber den Ländern auch die Möglichkeit eröffnet, eigene Wege zu gehen, ist es angesichts der ansonsten drohenden Einnahmehausfälle verständlich, wenn die Bundesländer das Vorhaben im Bundestag „durchwinken“.

Nicht verständlich wäre es jedoch, wenn Länder und Kommunen es dabei belassen und sich ansonsten einfach zurücklegen – in der Hoffnung, dass schon alles gut gehen möge. Vielmehr sollte an einem Plan B gearbeitet werden. Dies findet in bestimmten Ländern offensichtlich auch schon statt (so in Hessen). Allerdings wäre es unverantwortlich, im Rahmen eines Plan B auf das – von einigen Ländern bevorzugte – Flächenmodell zu setzen:

- Das Flächenmodell negiert das Leistungsfähigkeitsprinzip (als ein Fundamentprinzip der Besteuerung) vollkommen.
- Es beruht auf dem Prinzip der Kostenäquivalenz: Dabei wird Kostenäquivalenz als Belastungsgrund für eine Steuer in der Steuerrechtswissenschaft als vollkommen ungeeignet angesehen.
- Die Äquivalenzzahlen, mit denen das

Kostenäquivalenzprinzip umgesetzt werden soll, sind willkürlich. Niemand kann genau sagen, was diese überhaupt abbilden sollen und warum sie in der derzeit diskutierten Höhe festgesetzt werden.

- Die Flächenermittlung im Rahmen der Immobilienbewertung ist – entgegen den öffentlich von interessierter Seite vorgetragenen Behauptungen – alles andere als einfach. Um das Modell handhabbar zu machen, wären daher sehr grobe Vereinfachungen notwendig, die wahrscheinlich auch nicht mehr mit der Typisierungsbefugnis im Rahmen eines Massenverfahrens vereinbar wären.

Mit der Flächensteuer im Rahmen eines Plan B würde man auf eine ebenfalls rechtlich sehr riskante und zudem umstrittene Grundsteuervariante setzen.

Als einzige Möglichkeit für einen Plan B bietet sich die Besteuerung des Bodenwertes an. Es wurden bereits Grundzüge für ein Bodenwertsteuergesetz veröffentlicht (DStR 2019, 537), das damit sehr schnell auch in ein Landesgesetz gegossen werden könnte. Der Steuerpflichtige hat zwei Angaben zum Grundstück zu machen: Bodenwert und Bodenfläche. Diesbezüglich wäre auch eine Digitalisierung sehr schnell möglich, so dass man kurzfristig vorausgefüllte Steuererklärungen verwenden könnte. Für den Fall, dass die Bodenwertsteuer alleine politisch nicht konsensfähig ist, könnte an die Zumischung einer Bodenflächen- anstatt einer Gebäudekomponente gedacht werden (Difu-Modell).

Eine Bodensteuer ist rechtssicher einzuführen. Sie stellt eine wichtige Weiche für eine künftig stärkere steuerliche Belastung der Nutzung von Land und Natur, anstatt von Arbeit, Verbrauch und produktiven Investitionen – darunter auch Wohnraum. Sie trägt dazu bei, den Boden zu „entkapitalisieren“; damit dämpft sie die Bodenwerte und zieht auch der Spekulation den Zahn. Ungenutzte oder untergenutzte Grundstücke werden in die Nutzung getrieben; die Planung wird unterstützt. Aus diesem Grunde wäre ernsthaft zu erwägen, ob nicht auch im Rahmen der Öffnungsklausel auf die Bodenwertsteuer zurückgegriffen werden sollte. 🌊

Grundsteuer: Zeitgemäß!

Mehr Infos: www.grundsteuerreform.net

Strafzins-Mythen in der Tagespresse

Thomas Kubo

Im Artikel »Strafzins setzt vor allem deutschen Banken zu« analysiert Harald Freiberger in der Süddeutschen Zeitung vom 6. 6. 2019 die Leitzinspolitik der Europäischen Zentralbank.^[1] Der Hauptgegenstand des Artikels ist der negative Einlagensatz, den Geschäftsbanken bezahlen müssen, wenn sie über die Mindestreserve hinaus bei der EZB Guthaben halten. Es ist lohnenswert, einige Passagen dieses Textes etwas genauer und im Kontext von aktuellen Zahlen anzusehen und dann zu kommentieren. Leider führt der Artikel nämlich zu erheblichen Missverständnissen.

„Es ist ein Jubiläum, das niemand feiert“

Offenbar ist Freiberger zu den vielen Feiern nicht eingeladen worden. Jubilierende der Negativzinspolitik gibt es viele, so zum Beispiel sämtliche öffentlichen Haushalte, die ihre Verschuldung abbauen konnten. Man siehe den Haushalt des Bundes: Der Posten »Bundesschuld« rangierte 2012 etwa auf dem zweiten Rang der Bundesausgaben. Inzwischen ist er auf Rang vier abgerutscht. Auch die Bundesländer und die geplagten Kommunen können jubeln, denn genau wie der Bund konnten sie in den zurückliegenden Jahren Schulden abbauen. In der letzten Bundesbankstudie zur Vermögenssituation der privaten Haushalte konnte ferner eine spürbare Verringerung der Schulden bei allen Privathaushalten konstatiert werden, eben weil die Zinsen aus Konsumentenkrediten nicht so be-

lastend gewesen sind.^[2] Es ist geradezu bizarr, dass diese Tatsachen von Freiberger nicht erwähnt werden.

»Kein Wunder, dass die Banken wenig begeistert sind vom Negativzins, zumal sie ihn nur teilweise an Kunden weitergeben wollen oder können«.

Eindeutig wollen! Denn Freiberger zitiert in den nächsten Sätzen sogleich die Raiffeisenbank Gmund, die den negativen Einlagensatz an Ihre Kunden weitergibt. »Begeisterung« ist für dieses nüchtern-sachliche Geschäftsgebaren nicht notwendig. Die wenigsten Kunden stören sich daran: Die Negativzinsen, die diese Geschäftsbanken verlangen, sind so gering, dass sie bei den einzelnen Kunden kaum ins Gewicht fallen. In der Summe sähe es anders aus!

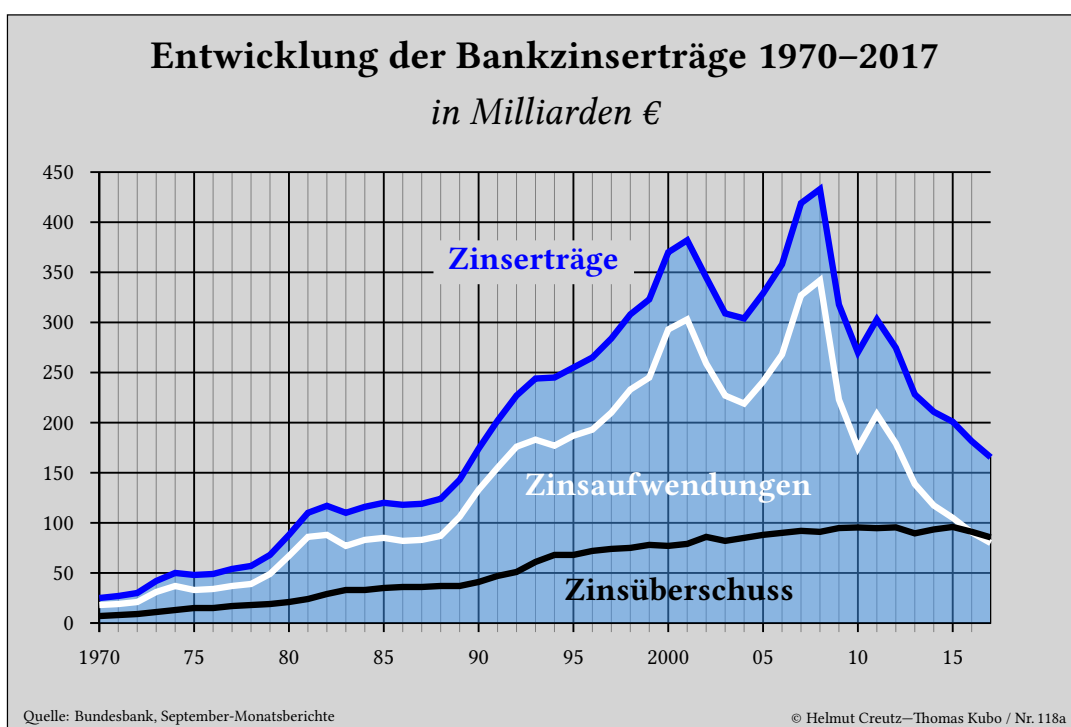
² Vgl. Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017, in: Bundesbank Monatsberichte (Nr. 4/2019: 13–44)

„Der Negativzins verschlang 2018 fast ein Zehntel der Gewinne deutscher Banken.“

Die interessante Frage in diesem Zusammenhang lautet: Was ist mit den anderen neun Zehnteln der Gewinne? Freiberger zitiert aus dem Gutachten von Deposit Solutions, einem Geldanlage-Vermittler. Dieses Gutachten nennt 2,5 Mrd. € an Kosten, welche die Geschäftsbanken für den Einlagensatz zahlen mussten.

Setzt man diese Summe in Beziehung zu anderen Bankzahlen: Die Bankzinserrträge betragen 2017 165,4 Mrd. € und die Bankzinsaufwendungen 79,9 Mrd. €; die Bankmarge betrug demnach 85,5 Mrd. €. In der nachfolgenden Darstellung 1 von Helmut Creutz, die bis 2017 verlängert ist, sind diese Beträge abgebildet.

Die Gewinnmarge der Banken ist nicht gesunken. Ferner hat sich der Jahresüberschuss aller Banken auch nicht wesentlich verändert (2015: 18,1 Mrd., 2016: 19,9 Mrd., 2017: 19,9 Mrd.; Quelle: Bundes-



¹ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-negativzins-1.4475546>

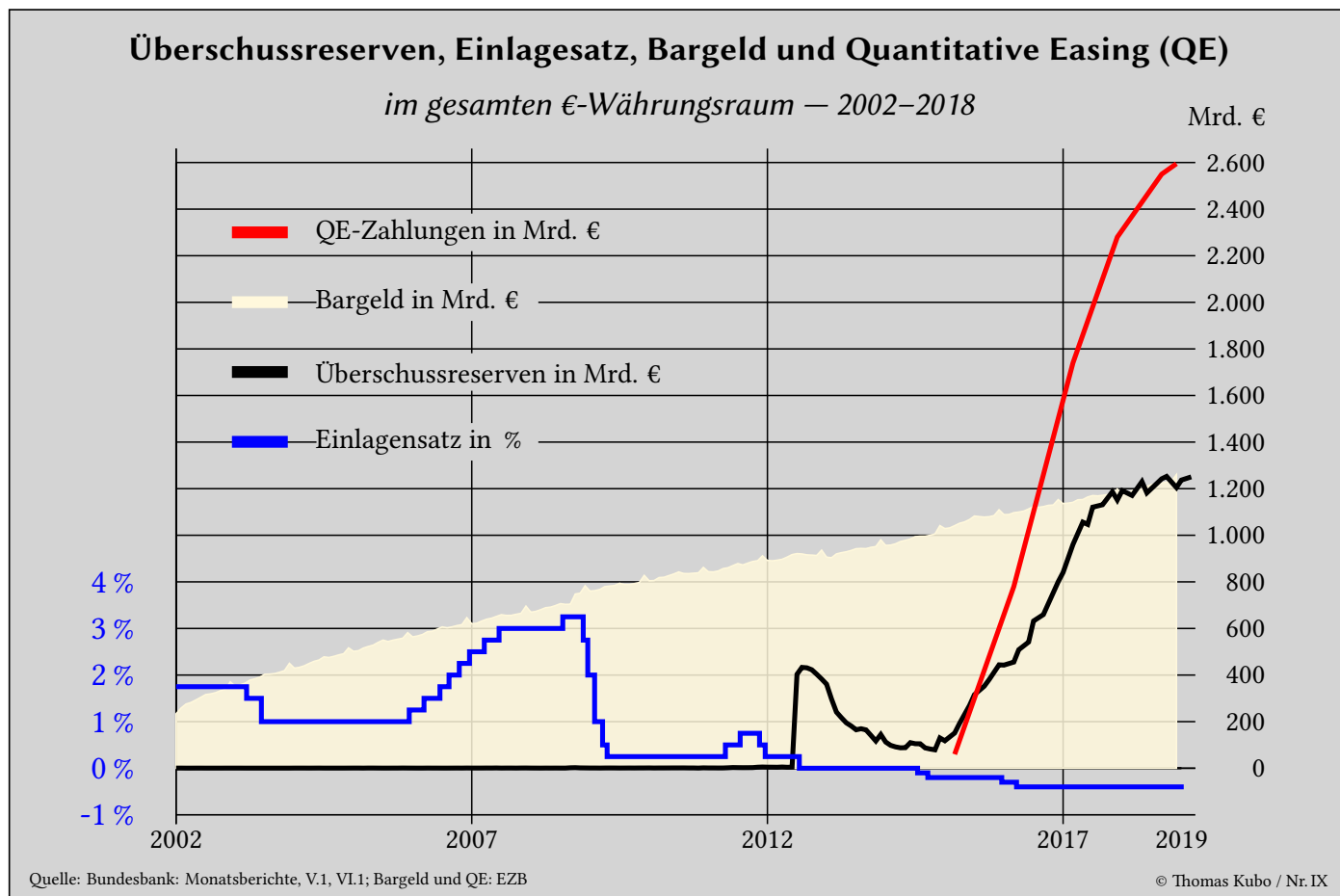
bank Monatsbericht September 2018). Die Klage der Banken ist ein unbegründetes Jammern auf hohem Niveau. Der Zustand ist überdies selbstverschuldet, weil die Geschäftsbanken die Einlagegebühr ja ohne weiteres an ihre Kunden weitergeben könnten. Ein Großteil tut es aber nicht.

„Wenn Banken diese Einlagen nicht als Kredite verleihen, müssen sie den Überschuss in der Regel kurzfristig bei der EZB parken. Das war auch das Hauptmotiv der Zentralbank, den Negativzins einzuführen: Sie wollte die Banken dazu anstiften, ihre Liquidität stärker in den Wirtschaftskreislauf einzuspeisen und damit die seit Ausbruch der Finanz-

Dieser Absatz benötigt einige Ergänzungen: Erst einmal die Mindestreserve. Geschäftsbanken müssen in Höhe von 1 % ihrer reservspflichtigen Einlagen eine Mindestreserve bei der EZB halten. In Zahlen: Reservspflichtige Einlagen betragen im Jahr 2018 laut Bundesbankbericht vom Mai 2019 12.775,2 Mrd. €. Die Mindestreserve betrug 127,8 Mrd. Alles, was darüber hinaus bei der EZB »geparkt« wird, gilt als Überschussreserve. Diese Überschussreserve ist Gegenstand des Artikels, und laut Meinung von Freiberger der EZB offenbar ein Dorn im Auge. In der nachfolgenden Grafik sind die Überschussreserven von 2002 bis 2018 aufgeführt. Zusätzlich ist der Einlagesatz eingetragen:

aktion darauf sank die EZB wiederum den Einlagesatz auf 0 Prozent, wodurch sich die Überschussreserven reduzierten. In einer historischen zu nennenden Entscheidung verringerte die EZB den Einlagesatz im Dezember 2014 in den negativen Bereich auf -0,1 %. Anscheinend folgenlos, denn die Überschussreserven gingen durch die Decke und stiegen auf über 1.000 Mrd. €. Bei oberflächlicher Betrachtung hat Freiberger mit seiner Analyse recht: Die Maßnahme der EZB hat offenbar nicht funktioniert.

Schauen wir uns die Überschussreserven etwas genauer an. Was ist der Grund dafür, dass sie so rasant gestiegen sind? Hierfür gibt es drei Gründe.



krise vor zehn Jahren schwächelnde Konjunktur in Europa anzukurbeln. Doch offensichtlich klappt das nicht. Denn nicht nur die Negativzinssätze sind in den vergangenen fünf Jahren gestiegen, sondern auch die Summe der Einlagen. Das wiederum hat mit der generellen Geldpolitik der EZB zu tun, die mit einem Leitzins von 0,0 Prozent und massiven Aufkäufen von Anleihen dafür sorgt, dass Europas Wirtschaft mit Geld geflutet wird.“

Wir sehen: Die Banken haben bis zum Jahr 2012 Überschussreserven im einstelligen Milliardenbereich gehabt. Dieser Betrag korrelierte nicht wesentlich mit dem Einlagesatz. In Anbetracht der gesamten Einlagen von über 10.000 Mrd. € ist diese geringe Größe bis 2012 ein Indikator dafür gewesen, dass die Geschäftsbanken ihre Einlagen fast gänzlich als Kredite weiterverleihen konnten. Ab 2012 ist dann eine rasante Steigerung zu verzeichnen. Als Re-

(1) Zunächst einmal ist im Jahre 2012 der Mindestreservesatz von 2 % auf 1 % gesenkt worden. Den Banken stand damit ein weiterer Betrag in Höhe von über 100 Mrd. zur Kreditvergabe zur Verfügung.

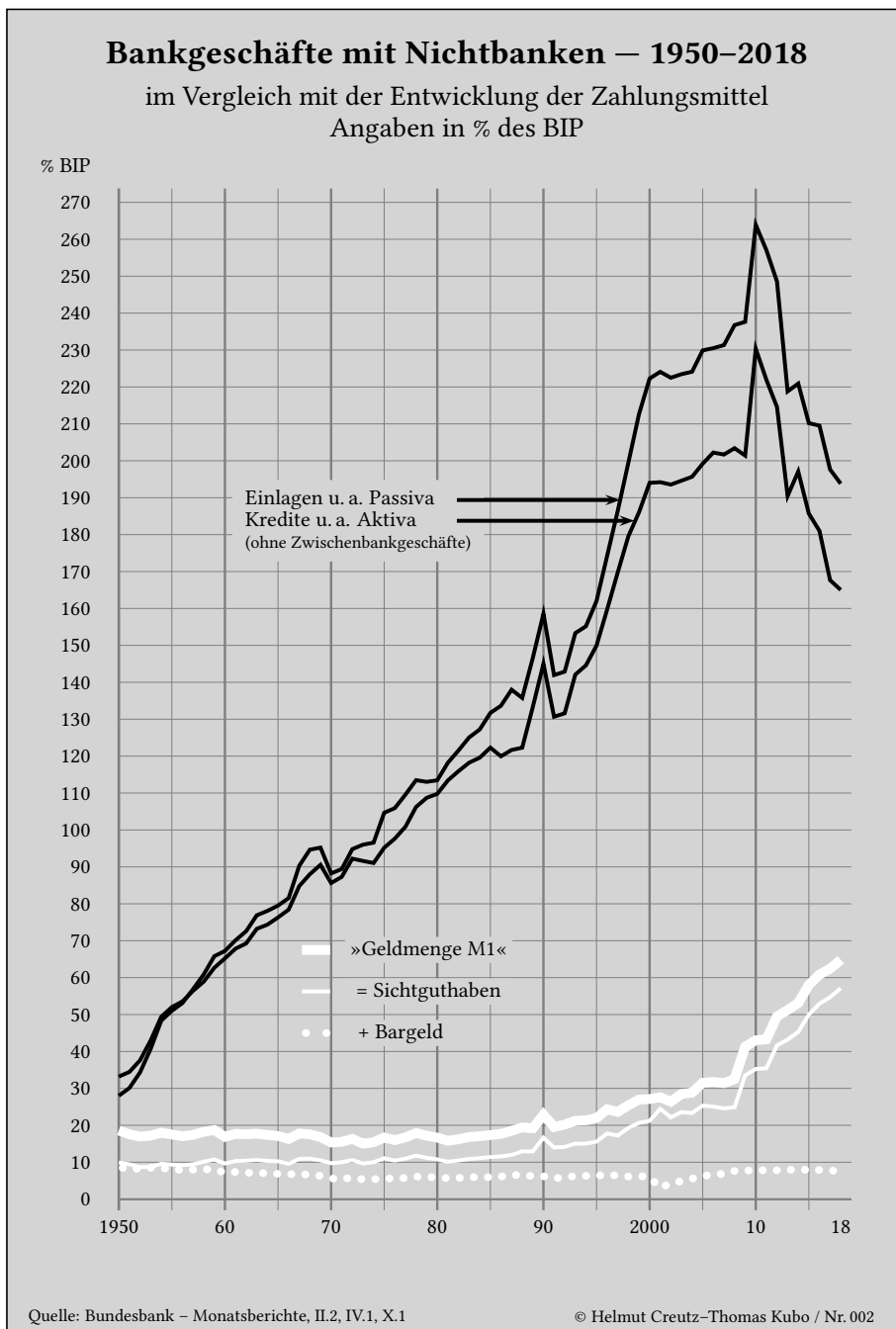
(2) Bankkunden legen überschüssiges Guthaben weniger langfristig an, sondern halten es kurzfristiger vor. Diese überschüssigen Guthaben können die Geschäftsbanken weniger leicht vergeben. Die nachfolgende *Darstellung 3*

Darstellung 2 – Grafik IX

von Helmut Creutz, die bis 2018 verlängert wurde, bildet den Sachverhalt ab:

le erstreckten. Insgesamt hat sie inzwischen über 2.500 Mrd. € dafür ausge-

Das Verhalten der Akteure wird bei dieser Darstellung nun auch schlüssiger: Die EZB möchte gerne den Überschussreserven mit dem Negativzins »Beine machen«. Der Großteil der Geschäftsbanken traut sich allerdings nicht, dies an ihre Kunden weiterzugeben. Der Großteil der Kunden hat als Folge wenig Interesse, ihr Geld langfristig anzulegen. Für sie ist es derzeit mit keinen Kosten verbunden, die Guthaben kurzfristig zu halten, und ggf. sogar auf einen steigenden Zinssatz zu spekulieren – zu ihrem Unglück, das muss ganz deutlich hinzugefügt werden! Als entscheidende Verwässerung ihres eigenen Programms führte das QE dazu, dass die ohnehin schon riesigen Guthabenbestände aufgebläht wurden. Bildlich gesprochen: Anstelle die Dammschleuse zu öffnen, wird mehr reingepumpt.



Darstellung 3 – Grafik 002

In der »Geldmenge« M1 werden Bargeld und Sichtguthaben zusammengefasst. Diese stieg in absoluten Zahlen wie auch in Relation zum BIP sehr stark ab ca. 2008 an. Das emittierte Bargeld stieg auch stark an, blieb jedoch in Relation zum BIP etwa konstant. Die Summe der Einlagen und Kredite, welche die Banken an Nichtbanken vergaben, sanken aber, sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zum BIP!

(3) Die EZB hat unter dem sperrigen Begriff Quantitative Easing (QE) ab 2015 massive Anleihenkäufe durchgeführt, die sich zuletzt sogar auf Firmenantei-

geben. Ein Teil dieser Geldmenge ist nun zwangsläufig bei den Geschäftsbanken über weitere Einlagen bei den Überschussreserven gelandet. Die QE-Zahlungen ab März 2015 sind in der roten Kurve der Darstellung 2 eingetragen. Beinahe zeitgleich mit dem Einsetzen von QE stiegen auch die Überschussreserven an.

QE und Negativzinsen bewirken völlig Verschiedenes: Ersteres erhöht die Guthabenmenge, letzteres soll den Umlauf beschleunigen. Beides zusammen stellt eine inkonsistente Geldpolitik dar.

Die entscheidende Frage, die der Artikel von Freiburger aufwirft, lautet: Was wäre passiert, wenn die EZB den Einlagesatz nicht verändert hätte? Die Banken hätten noch weniger Interesse gehabt, die Guthaben in die Wirtschaft einzuspeisen. Sie hätten die Guthaben ohne negative Konsequenzen bei der EZB »parken« können. Die Überschussreserven wären noch höher gewesen.

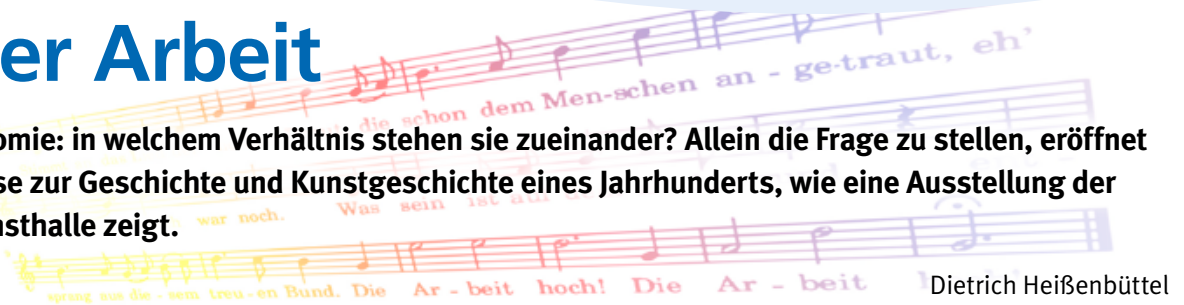
Der letzte zitierte Satz („Doch offensichtlich klappt das nicht.“) ist entweder schlampig formuliert oder schlicht und ergreifend falsch. Er suggeriert nämlich, dass der negative Einlagesatz der Konjunktur geschadet habe. Das Gegenteil ist aber der Fall: Die sinkenden Schulden sind oben schon erwähnt worden. Ferner ist die Arbeitslosigkeit gesunken und die Wirtschaftsleistung gestiegen. Kein Wunder: Sinkende Zinslasten sind ein kostenloses Konjunkturprogramm, von dem der Großteil der Menschen profitiert.

Fazit

Der realwirtschaftliche Vorteil von niedrigen Zinsen tritt deutlich zutage, wenngleich er ohne das QE und mit einer Umlaufsicherungsgebühr noch höher wäre. Die Kritik an der Negativzinspolitik der EZB, die beispielhaft anhand eines Artikels aus der Tagespresse dargestellt wurde, muss differenziert beantwortet werden. Auf der Grundlage von aktuellem Zahlenmaterial entpuppen sich viele der gängigen Vorstellungen schlicht als Mythen.

Lied der Arbeit

Kunst und Ökonomie: in welchem Verhältnis stehen sie zueinander? Allein die Frage zu stellen, eröffnet neue Erkenntnisse zur Geschichte und Kunstgeschichte eines Jahrhunderts, wie eine Ausstellung der Mannheimer Kunsthalle zeigt.



Zwischen den Bereichen der Ökonomie und der Kunst lassen sich verschiedene Verbindungen ziehen. Die offenkundigste betrifft den Kunstmarkt, der einen Großteil der Feuilletonspalten füllt. Rekord-Auktionserlöse, erfolgreiche Künstler und Galerien erwecken den Eindruck, mit Kunst könne man viel Geld verdienen. Was allerdings nur auf einen verschwindend kleinen Teil der Kunstproduktion zutrifft, während die große Mehrheit der Künstlerinnen und Künstler von ihrer Kunst nicht leben kann. Eine genaue Analyse der Marktmechanismen, gleich ob aus kunsttheoretischer oder aus ökonomischer Sicht, müsste eigentlich zu dem Ergebnis kommen: Kunst ist per se keine Ware, kann jedoch in gewissen Grenzen zur Ware gemacht werden.

Kann umgekehrt auch Ökonomie Gegenstand der Kunst sein? Ökonomische Prozesse sind schwer zu greifen, geschweige denn abzubilden. Selbst wenn Geld auf dem Tisch liegt, erklärt das noch nicht die zugrunde liegenden Mechanismen der Geldwirtschaft. Die Auswirkungen ökonomischer Krisen bekommt Jeder zu spüren, ebenso machen sich wirtschaftliche Erfolge für den Einzelnen unmittelbar bemerkbar. Aber im Bild festhalten lassen sich nur die Auswirkungen: Armut oder Wohlstand. Die Scharniere und Transmissionsriemen der Wirtschaftsmaschinerie bleiben der unmittelbaren Anschauung verborgen.

Die Ausstellung „Konstruktion der Welt“ der Mannheimer Kunsthalle hat auf zweierlei Weise versucht, diesem Problem näherzutreten. In den Worten der beiden Kuratoren: „Zehn Jahre nach der großen Finanzkrise 2008“, schreibt Eckhart J. Gillen, „die das kapitalistische Wirtschaftssystem in Amerika und Europa erschüttert hat, zeigt die Ausstellung Konstruktion der Welt erstmals das Wechselverhältnis von Kunst und politischer Ökonomie zwischen den

Kriegen in der Weimarer Republik, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika.“ Sebastian Baden: „Der zweite Teil rückt die gesellschaftlichen Bedingungen nach der Finanzkrise um 2008 – zehn Jahre vor Eröffnung unserer Ausstellung – in den Blick.“ Ein weiterer Ausgangspunkt war die Ausstellung „Neue Sachlichkeit“ 1925 in Mannheim, die entgegen den damals etablierten Richtungen vom Expressionismus bis hin zu klassizistischen Tendenzen einen neuen Blick auf die im Wandel befindliche industrialisierte Welt warf, um, wie der Direktor der Kunsthalle Gustav Hartlaub schrieb, „mit frischem Wagemut eine Kulturtradition in die Zukunft hinein zu bauen.“

Schon allein Ökonomie und Finanzkrise zum Gegenstand einer Kunstausstellung zu machen, impliziert eine ähnliche Umkehr der Blickrichtung. Und zwar nicht nur im Bereich der Gegenwartskunst, wo viele Künstlerinnen und Künstler längst nicht mehr damit zufrieden sind, losgelöst von gesellschaftlichen Problemen ästhetische Objekte zu fabrizieren. Auch im historischen Teil, der sich auf die Jahre 1919 bis 1939 beschränkte, trat etwas völlig Anderes zutage als in herkömmlichen Ausstellungen über die Kunstrichtungen jener Zeit. Die Grenzen des Kunstbereichs wurden unschärfer. Dafür trat die gesellschaftliche Realität deutlicher hervor. Dies begann mit den Medien. Schon im ersten Raum der Ausstellung waren zwischen Gemälden und Zeichnungen auch drei Filme auf großformatigen Leinwänden zu sehen: „Der Mann mit der Kamera“ von Dsiga Wertow; „Berlin – die Sinfonie der Großstadt“ von Walter Ruttmann; und „Manhattan“ von Charles Sheeler und Paul Strand. Neben modernen und suprematistischen Werken hingen realistische Arbeiten, neben freier Kunst auch Plakate und Werbegrafik.

Offenbar bleibt bei der üblichen Beschränkung auf die großen Meister der Moderne ein weiter Bereich der dama-

ligen Kunst links liegen, insbesondere wenn diese Kunst Einblicke in die gesellschaftlichen Verhältnisse eröffnet. Im Bereich der Wirtschaft standen sich zwei Systeme gegenüber: Kapitalismus und Kommunismus, USA und Sowjetunion. Dazwischen das Deutsche Reich, hin- und hergerissen zwischen Novemberrevolution, repräsentativer Demokratie und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft. In den Bilddarstellungen ist jedoch Vieles vergleichbar, bis hin zu einzelnen Motiven: Die von unten aufgenommenen Balkone des Dessauer Bauhauses auf einem Foto von Laszlo Moholy-Nagy finden sich bereits zwei Jahre zuvor bei Alexander Rodtschenko und kehren dann noch einmal auf einer aquarellierten Tuschzeichnung von Alexander Deineka wieder. Vereinfacht gesagt: ohne russischen Konstruktivismus kein Bauhaus. Blasser blieben die amerikanischen Werke.

Wie aber zeigte sich hier nun die Ökonomie? Es überwog das klassische Bild der Arbeit: gigantische Fabriken, Maschinen, Hochhäuser und Staudämme, Arbeiter-Heroen auch in den USA, vereinzelt auch häusliche Arbeit von Frauen oder Büroarbeit: zwei Architekten, ein großartiges „Mädchen mit Reißschiene“ von Nikolaj Sagrekow. Dann aber die Krise: Armut und Elend, in Deutschland schon direkt nach dem Ersten Weltkrieg, nun auch in den Vereinigten Staaten. Der Ton wird schärfer. Künstler wie Ben Shahn oder Philip Evergood malen und fotografieren Streiks und Demonstrationen, ein Grubenunglück, den gewaltsamen Zusammenstoß mit der Polizei im „Memorial Day Massacre“ beim „Little Steel Strike“ 1937 in Chicago. Es gab eine Künstlergewerkschaft und eine „Workers Film and Photo League“, die 1932 einen nationalen Hungermarsch nach Washington dokumentierte. Alice Neel malt 1933 ein Bild unter dem Titel „Synthese von New York. Die große Depression“ und drei Jahre später eine nächtliche Demonstration um ein Schild: „Nazis murder Jews“. Zur selben

Zeit näherten sich Deutschland und die Sowjetunion immer mehr einem partei-verordneten, eindimensionalen, monumentalen Klassizismus.

Hier brach der historische Teil der Ausstellung ab. Achtzig Jahre später hat sich in der Kunst, aber auch in der Ökonomie so viel getan, dass sich kaum noch eine Vergleichsebene herstellen lässt. Muskulöse oder ausgehungerte Proletarier gehören ebenso der Vergangenheit an wie gigantische Zahnräder oder schwarz rauchende Schornsteine. Die körperliche Schwerarbeit der Working Poor ist ausgelagert in den globalen Süden. 54 Videos von Harun Farocki und Antje Ehmann, die verschiedene Arten von Arbeit in 15 Städten der Welt zeigen, homogenisieren freilich eher die Differenz. In den schönen Fotos, die Maha Maamoun in ägyptischen Grundbuchämtern aufgenommen hat, gibt es immerhin noch lange Wartschlangen und von Hand beschriebene Dokumente auf langsam vergilbendem Papier. Heute entzieht sich die Ökonomie dem Blick. Ironischer Weise hat sich, nachdem die Kunst, die sich nach dem Krieg von der sichtbaren Realität zurückgezogen hatte, dieser nun wieder zuwendet, das Wirtschaftsgeschehen ins Undarstellbare verflüchtigt. Am besten verdeutlichte dies eine Arbeit von Simon Denny, der zwei Computer ohne Gehäuse Bitcoins schürfen ließ. Man konnte ihnen ganz genau zusehen und verstand doch nicht, wie es funktioniert – oder ob der Künstler vielleicht nur so tut.


Was bleibt, sind Oberflächen. Ein in Originalgröße nachgebauter Mercedes-C111-Prototyp war in der Ausstellung zu sehen; eine Installation aus Container-Stirnwänden; ein großformatiges Foto vom Saal der größten Warenterminbörse in New York. Andere Arbeiten griffen Einzelaspekte heraus: NS-Zwangsarbeiterinnen in Kassel; einen separaten Arbeitsmarkt für Osteuropäer in Großbritannien. Eine Arbeit von Alicja Kwade ästhetisiert Statistik: Feingold-Würfel hängen an Goldkettchen. Sie stehen für die Goldreserven, die in einzelnen Ländern pro Kopf hinterlegt sind. Das Bureau d'études hat wiederum unter dem Titel „World government“ die globalen Verflechtungen der großen Konzerne kartiert. Das ist genau recherchiert und ansprechend aufbereitet und überfordert doch in seiner Komplexität.

Mit Statistik spielt auch Maja Bajevic. Aktienkurse, den Dow-Jones- oder den Dax-Index ließ sie von Hand auf Industrierstoffe sticken oder maschinell zu Teppichen weben. Dazu war ein Video aus einer bosnischen Teppichfabrik zu sehen: „Eleven million empty houses“, singen die Arbeiterinnen, ebenso viele Obdachlose stünden ihnen gegenüber. „Gas prices are falling, and it helps the middle class most“: Es sind keine Kampflieder, nur Statistik und Analysen wirtschaftlicher Prozesse, die selbst unsichtbar und schwer greifbar sind. Der Gesang setzt jedoch den nüchternen Daten eine menschliche Komponente entgegen. „Arts, Crafts and Facts“ hieß die Arbeit: Das Ideal der Arts-and-Crafts-Bewegung einer Rückkehr zum Handwerk misst die Künstlerin an den „Facts“ der heutigen Ökonomie.


Ein satirisches Singspiel ist die burleske Theaterperformance „The Tower“ des russischen Kollektivs „Chto Delat?“ um einen realen Wolkenkratzer des Energiekonzerns Gazprom. Chto delat? heißt „Was tun?“ – nach Lenin und Nikolai Tschernyschewski. Im Video sitzen die Mächtigen – Finanzhaie und abhängige Politiker – abgehoben um einen Tisch wie Sowjetfunktionäre, während das Volk unten auf dem Boden sich fragt, wie man ihrem Treiben Einhalt gebieten könnte. Kann Kunst ins Getriebe der Welt eingreifen? Zefrey Throwell und 50 Mitstreiter versuchten es in der Wall Street, wo sie eines Morgens sämtliche Hüllen fallen ließen. Sie wurden schnell verhaftet und hätten nicht viel Aufmerksamkeit erregt, wäre die Aktion nicht professionell auf Video registriert und in den Kunstbetrieb eingespeist worden. Ob die Darsteller damit, wie der Titel besagt „all of Wall Street exposed“, also bloßgestellt haben, oder doch nur ganz wörtlich sich selbst, muss offen bleiben. Wenn Thierry Geoffroy seine mit Slogans besprühten Kuppelzelte vor Kunstmessen platziert, provoziert er damit vor allem den Kunstmarkt.

Im Ausstellungsraum kann Kunst letztlich nur den Ausstellungsbesucher erreichen. Sie kann aber ein Fenster öffnen auf Bereiche, die sonst unsichtbar bleiben. So dokumentierten Oliver Ressler und Dario Azzellini in vier Videos, wie Arbeiter in besetzten Fabriken in Griechenland, Italien

und Frankreich, in den Ruinen eines gescheiterten Systems neue Perspektiven entwickeln, die freilich brüchig bleiben, da das System sich zu erhalten trachtet. Näher kam keine Arbeit an die Auswirkungen der Finanzkrise 2008 heran.

Kunst und Ökonomie: zwischen diesen beiden Polen eröffnet sich ein weites Feld. Ökonomie ist in den vergangenen Jahren immer wieder Thema von Kunstausstellungen gewesen, etwa 2010 in der großen Ausstellung „Das Potosí-Prinzip“ in Madrid, Berlin und La Paz über die koloniale Epoche und ihre Auswirkungen bis heute. Einzelne Arbeiten zum Thema waren auch auf der letzten Documenta zu sehen. Was die Mannheimer Ausstellung hervorhebt, ist dass sie vor Augen geführt hat, wie sehr sich beide Bereiche in den letzten achtzig Jahren gewandelt haben. Ein neuer Blick auf die damalige Kunst offenbart aber auch, dass die antagonistischen Systeme von einst gewisse Grundannahmen teilten. Und genau die gilt es heute neu zu befragen. An die Stelle der Helden der Arbeit und der rauchenden Schornsteine sind die Informations- und Freizeitgesellschaft getreten. In Bezug auf die Gegenwart ist es viel schwieriger, einen Überblick zu gewinnen. Einzelne Aspekte hat die Ausstellung beleuchtet. Viele weitere ließen sich ergänzen. Die aktuelle Gegenwartskunst verfügt über ein reiches Spektrum an Verfahren, Medien und konzeptuellen Ansätzen, um auf die per se unsichtbaren Prozesse der Ökonomie einen Zugriff zu finden. Entscheidend ist, dass sie diese nicht nur veranschaulicht, sonst handelt es sich nicht um Kunst, sondern um Illustration oder Didaktik. Entscheidend ist eine kritische Distanz. 

Zum Autor

Dr. Dietrich Heißenbüttel 



Geboren 1956 in Hamburg. Ausbildung zum Schreiner und Möbelerestaurator. Studium der Kunstgeschichte und der Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Stuttgart. Promotion in Kunstgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Arbeitet als Kunsthistoriker, Journalist und Übersetzer.

Website: <http://artwritings.de>

Wer verursacht die aktuelle Krise?

Karl-Dieter Bodack

Jede Woche gibt es neue Prognosen für die Wirtschaft, mal mit Wachstum, mal mit Stagnation, mit Risiken des Wirtschaftswachstums, es gibt Szenarien mit großen Bandbreiten. Warum bewegt dies so viele Menschen, auch solche, die sinnvolle, stets notwendige Arbeit verrichten und gar keinen Grund für Zukunftsängste haben müssten?

Überlagert werden diese Prognosen allerdings von vielspaltigen Berichten über große Konzerne und Unternehmen. Da stehen die Deutsche Bank, Thyssen-Krupp, Bayer-Monsanto, Daimler Benz, BMW, Bosch und der VW-Konzern, ja sogar die Deutsche Bahn AG und der Reisekonzern Thomas Cook mit Krisenberichten in den Blättern und im Netz. Sind deren Krisen Urheber der flatterhaften Prognosen? Wie kann es sein, dass nahezu gleichzeitig so viele Große in Krisen geraten? In einer Zeit lange anhaltender Weltkonjunktur? In einem Jahrzehnt kontinuierlichen Wachstums?

Wenn so viele Konzerne unterschiedlicher Sparten in externer Hochkonjunktur gleichzeitig in Krisen geraten, muss es doch Auslöser, tiefere Ursachen geben, Einflüsse, die entgegen aller bisherigen Erfahrungen solche Dramen verursachen. Sie sind offensichtlich noch nicht entdeckt, denn sonst könnten ja diese absolut unerwünschten und schadenstiftenden Krisen vermieden werden.

Ähnliche Krisen — gleiche Ursachen?

Worin liegen die Gemeinsamkeiten in den Krisen der Konzerne ganz unterschiedlicher Sparten? Ein paar Schlaglichter mögen sie beleuchten:

- Die Deutsche Bank hat sich in ihrem weltweit ausgerichteten Wachstum verzockt und musste hohe Strafen wegen Verstößen gegen Bankreglements bezahlen;
- Thyssen-Krupp hat zwei riesige Stahlwerke in Brasilien und in den USA gebaut, offensichtlich viel zu groß für die Märkte und nun Verluste erzeugend;

- Der Bayer-Konzern hat für 83 Milliarden Dollar Monsanto gekauft, um damit größter Chemiegigant der Welt zu werden und leidet nun unter den Folgen offensichtlich verantwortungsloser Agrarchemie von Monsanto;
- Daimler-Benz, BMW, Bosch und der VW-Konzern haben, um weltgrößte Autohersteller zu werden, Umweltschutzgesetze mit Abschaltvorrichtungen und betrügerischen Tests umgangen. Dies kostete viele Milliarden Strafzahlungen, weitere drohen und bedrohen die Existenz;
- Die Deutsche Bahn AG (1994 schuldenfrei gegründet!) hat zwei Jahrzehntlang viele hunderte Unternehmen in allen Erdteilen aufgekauft, fern dem eigentlichen Bahngeschäft, damit (einschließlich der Leasing-Verbindlichkeiten) fast 25 Milliarden Euro Schulden aufgehäuft und dabei die eigene Bahnsubstanz in Deutschland vernachlässigt, ja teilweise verrotten lassen;
- Der Reisekonzern Thomas Cook musste unbedingt eine eigene Fluggesellschaft haben, kaufte die Condor von der Lufthansa und verliert damit laufend viel Geld.

Gibt es Gemeinsamkeiten in diesen Entwicklungen? Bahnchef Mehdorn, befragt vom „stern“, bestätigte, als er nach dem Warum aller dieser Akquisitionen gefragt wurde, er fühle sich „wie Napoleon“. Greift hier ein Virus „Napoleon“ um sich und infiziert die Vorstände großer, gesunder Unternehmen? Sicher ist nicht ein Virus Auslöser — gemeinsam in all diesen Krisen ist offensichtlich ein unabwendbarer Wille, über jedes normale Wachstum hinaus, andere zu übertrumpfen, Schritte in neue Welten gigantischer Größe machen zu wollen... oder zu müssen? Ist hier eine Kraft hinter allen Beschlüssen, die — koste es, was es wolle — sprunghaft Gigantisches anstrebt und dabei die Risiken verdeckt? In den aktuellen Diskussionen mögen manche an eine Verschwörung denken, geheime Absprachen, die diese sehr gut gehenden Unternehmen ruinieren will. Das erscheint absurd.

Gibt es eine Diagnose?



Bei der Betrachtung der Entwicklungen in diese Krisen erscheint dagegen eine Haltung, eine Tendenz erkennbar, die mit „Größensucht“ oder sogar „Größenwahn“ bezeichnet werden kann und die historisch mit dem Turmbau zu Babel belegt ist. Das Großprojekt „Stuttgart 21“ ist solch ein aktueller Turmbau, bei dem Grundstücke einem Gesamtwert von etwa einer Milliarde Euro mit Baumaßnahmen im Volumen von etwa 10 Milliarden Euro gewonnen werden sollen (abgesehen davon, dass damit auch noch die Bahnanlagen dezimiert werden!)¹. Wie lässt sich eine solche „Sucht“ verstehen, wie ist sie heilbar und vermeidbar?

Ein Begleitphänomen in diesen Dramen ist offensichtlich, dass die Promoter Gespräche mit den Kritikern vermeiden oder sogar ablehnen: Sie werden zu „Bedenkenträgern“, „Kritikern per se“ abgestempelt, egal, welche Kompetenzen sie haben. Dazu sei ein Blick in die ganz generellen Seelensektoren geworfen: Aus dem Sektor Kognition, dem Wahrnehmen, Denken und Erkennen folgt der Wunsch, das Verlangen, nur eigene Erkenntnisse zu verbreiten. Ich vertrete sie und bin stolz auf sie. Ich argumentiere, versuche zu überzeugen und freue mich, wenn andere meinen Erkenntnissen folgen. Im Ich/Selbst entsteht dabei ein Feld, ein Lebensfeld, eine Dimension, die ich „Authentizität“ nenne. Hier agiert jeder mehr oder weniger in allen Kontakten mit anderen und entwickelt diese Dimension mehr oder weniger stark. Offensichtlich dezimiert dies die Empathie, die Bereitschaft des Zuhörens.

In ganz anderer Weise agieren wir, wenn wir willentlich auf Weltgegebenheiten wirken: hier müssen wir uns unsere Lebensgrundlagen sichern, hier wollen wir nicht anderen etwas überstülpen, sondern uns Anteile an materiellen Ressourcen sichern.

¹ Karl-Dieter Bodack: Stuttgart 21 - Babylonischer Turm unseres Gemeinwesens, Humane Wirtschaft, Heft 4, Wuppertal, 2015

Hier praktizieren wir „Besitzstreben“ – in bestimmtem Maße notwendig, damit wir leben können. Die Millionen, die manche glauben verdienen zu müssen, dürfen jedoch als „Egoismus“, ja oft sogar als „Habsucht“ bezeichnet werden, da dieses Streben weit über die tatsächlichen Bedürfnisse hinausgeht. Der hier verwendete Begriff „Sucht“ weist darauf hin, dass es sich um krankhafte Entwicklungen handeln kann, die der Betroffene allein nicht vermeiden oder heilen kann. Diese beiden Suchterscheinungen können offensichtlich das Ich/Selbst der Betroffenen so befallen, dass es nicht mehr in der Lage ist, die Sucht zu erkennen und zu stoppen.

Gemeinsinn und Gemeinwohl im Ich/Selbst gründen und pflegen

Betrachten wir ein drittes, im Ich/Selbst wirkendes Feld. Es basiert offensichtlich auf Empfinden und Fühlen, der Emotion, die mehr oder weniger „Gemeinsinn“ veranlagt.

Alle drei Felder stehen in Wechselbeziehungen. Sie bilden in ihren Ausprägungen das, was allgemein unter „Persönlichkeit“ verstanden werden kann. Sie bildet sich, unabhängig von individuellen biografischen Inhalten, aus den genannten drei Sektoren. Sie bilden ein Ganzes, die „Persönlichkeit“, deren Grundstruktur von den drei Sektoren, von deren Größe und Umfang bestimmt wird. Unstrittig zeigen vielfältige Erfahrungen, dass „Gemeinsinn“ sowohl von wachsendem Egoismus wie auch von stärkerem Geltungsstreben dezimiert wird. Kann dieser Zusammenhang helfen, die Krisen zu verstehen?^[2]

Basieren die Schritte, die die genannten Unternehmen machten, nicht auf grandiosen Ideen, die es den Erfindern wert waren, für sie zu kämpfen? Erlebten sie sich nicht als geniale Weitsichtige, einmalig Begabte mit den Intentionen, an-

² Grundlegende Darstellung der „Dreigliederung“ in: Karl-Dieter Bodack: „Sich selbst entdecken – Andere verstehen, Schritte zu Selbstentwicklung und erfolgreicher Zusammenarbeit“, 8. Auflage, Aachen, 2017.

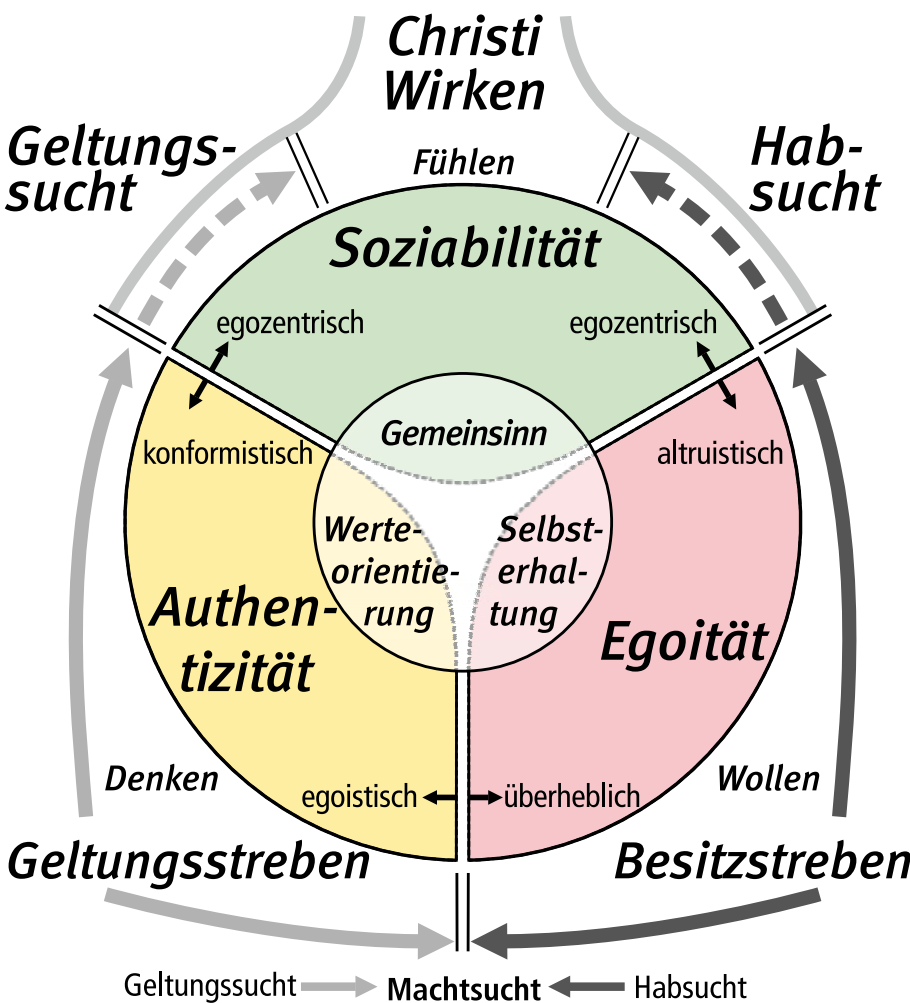
dere zu überzeugen? Waren die Ideen nicht so genial, dass sie dauerhaft Ruhm und Ehren versprachen? Winkten auf der anderen Seite fantastische Boni, Verlängerungen millionendotierter Vorstandsposten und daraus die Frage: Was entsteht aus einem Zusammenwirken von mächtigem Geltungsstreben und knallhartem Besitzstreben, aus Geltungssucht und Habsucht? Machtstreben und zuletzt Machtsucht. Sind dies die tieferen Wirkungsfelder unter und hinter den Krisen der Großunternehmen?

In historischer, esoterischer und anthroposophischer Literatur werden diese beiden Wirkungsfelder als externe Geisteskräfte beschrieben, die den Menschen zunächst helfen, im Laufe positiven Wirkens jedoch zu Überstärke tendieren und dann zerstörend „Böses“ bewirken: Geltungsstreben mit „luziferisch“, Besitzstreben mit „ahrimanisch“.

Liegen hier verborgene Ursachen für die Unsicherheiten und Zweifel in der Einschätzung des Wirtschaftsgeschehens – denn es wird zumindest von den Experten stark vom Gedeihen oder Verderben der Großen abhängig gesehen.

Selbstreflexion als Basis für Verantwortung

Gibt es eine äquivalente Kraft, die Geltungsstreben und Besitzstreben in ihre Schranken weisen und den Gemein Sinn entwickeln und erhalten kann? Die gibt es und ist in den verschiedenen Religionen mit unterschiedlichen Namen belegt. In unserem Kulturkreis wird es traditionell von vielen mit dem Wirken Christi erkannt, als Wirkenskraft, die persönlich erlebt wird – unabhängig von historischen Begebenheiten, überlieferten Berichten oder Glaubensüberzeugungen. Sie wird erlebt im Mitleiden, führt zu Handlungen, die Engagement zeigen aus Kräften, die unabhängig sind vom Gewinn an Ansehen und Streben nach materiellen Gütern. Jeder Mensch hat auch etwas aus diesem Kräftefeld: Es hilft, Verantwortung für andere zu fühlen und wahrzunehmen, Verantwortung, die dazu führt, eigene Geltung und egoistische Vorteilsnahme so zu begrenzen, dass andere gute Lebensmöglichkeiten erhalten und nicht Abenteuerern ausgesetzt werden, wie sie derzeit den Mitarbeitenden der genannten Großunternehmen drohen.



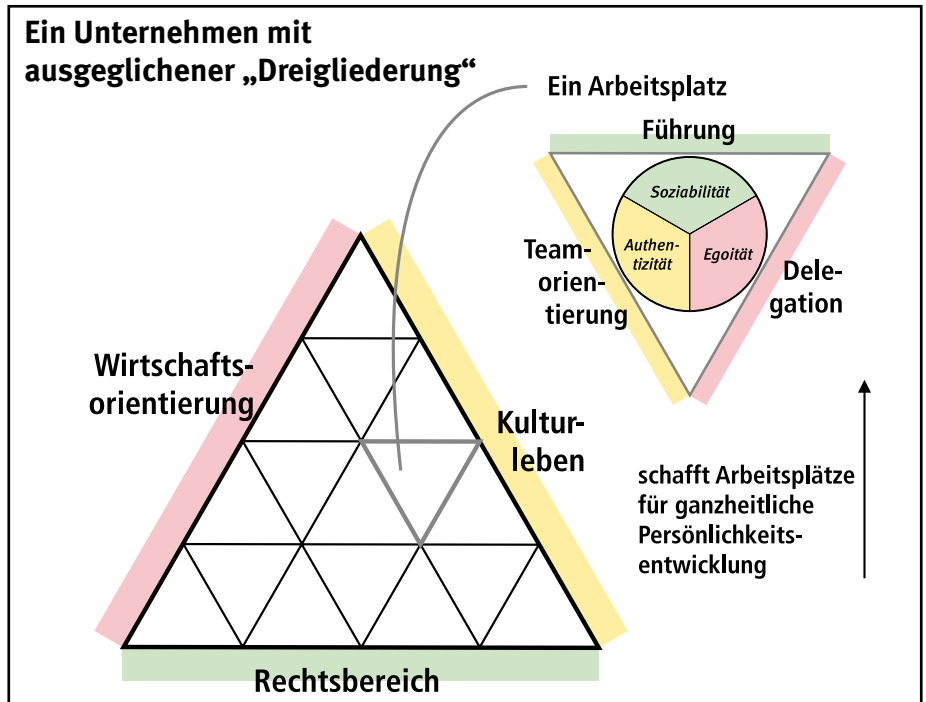
Wie vorbeugen, wie heilen, wie nachhaltig arbeiten?

In Einrichtungen und Unternehmen mit gemeinwohlorientierten Zielen passieren durchaus ebensolche „Ausbrüche“ von Größenwahn. Ja, sie sind besonders gefährdet, weil geisteswissenschaftliches Streben luziferische Kräfte aktiviert und weckt. Diese Kräfte müssen besonders gepflegt und begrenzt werden, weil sie bei den besonders Aktiven Geltungsstreben wecken, das zu Überheblichkeit und Geltungssucht führen kann. Das gelingt zunächst dadurch, dass den luziferischen Kräften ahrimanisch-geführte Aktivitäten gegenübergestellt werden. Sie schaffen eine Erdung und besorgen, dass allzu illusorische Visionen scheitern.

Aber auch hier lässt sich mit Beispielen belegen, wie auch ahrimanische Intentionen zunächst zu gelingen scheinen und fantastische Größen auch im Materiellen möglich erscheinen.^[3] Mir fällt eine Stiftung in der anthroposophischen Szene ein, die Immobilien als Vermächtnisse übernahm und aus den Erträgen Stipendien und Studienarbeiten finanzierte.

Nach einigen Jahren war diese Stiftung beträchtlich gewachsen. Nun kamen Stifter auf, die ihr Grundvermögen gegen Leibrenten anboten, auch sie wurden dankbar lobend aufgenommen. Schließlich nahm der Stiftungsvorstand – hoch angesehen wegen seiner Leistungen – auch tatsächlich wertlose Immobilien an, darunter ein Haus, das ohne Baugenehmigung errichtet und daher abgerissen werden musste, wobei mit den relativ jungen Eigentümern Leibrenten in Höhen von tausenden Euro je Monat vereinbart worden waren. *De facto* geriet damit die Stiftung in Konkurs, sie musste liquidiert werden. Was tun? Wie solchen Entwicklungen vorbeugen? Hier kann die „Dreigliederung“ helfen, die Rudolf Steiner für den „sozialen Organismus“ vorsah. Sie intendiert eine ausgeglichene Struktur im sozialen Umfeld einer Initiative oder eines Unternehmens. Die drei Felder aktivieren und beleben alle drei Dimensionen des Ich/

3 Beispiele aus einer Schule, einem Staatsbetrieb (Deutsche Bundesbahn) und einer großen GmbH, in Karl-Dieter Bodack: Ein Leben mit Spuren, erscheint demnächst, und in: • „Dreigliederung des sozialen Organismus“ im Grundgesetz...? info3, Mai, Frankfurt, 2017; • „Soziale Dreigliederung“... in der Schule? Erziehungskunst, Heft 4, Stuttgart, 2018; • Dreigliederung... im Rahmen jetziger Verfassung, Humane Wirtschaft, Heft 3, 2018.



Selbst, vorausgesetzt, sie werden als Struktur und in ihren spezifischen Eigenschaften gepflegt.

Wie ist dies möglich? Es gilt, im Arbeitsverlauf zu erkennen, in welchem Feld eine Situation, eine Aufgabe verankert ist. Dementsprechend müssen Verhalten und Arbeitsverfahren gewählt werden, damit die drei Ideale

1. Freiheit durch offene Gespräche, Teamverhalten, Forschung usw. verwirklicht wird,
2. Gleichheit durch Vereinbarungen, Realisierung von Gesetzen verwirklicht wird, das erfordert entsprechende Führung, Aufsicht und ggf. Sanktionen
3. Solidarität entwickelt wird, indem jeder auch seinen Bedürfnissen entsprechend arbeiten kann bzw. bedient wird: Dies wird durch die Delegation von Verantwortlichkeiten erreicht.

Die Gestaltung und das reale Leben dieser drei Sektoren in der täglichen Arbeit sollen erreichen, dass die beiden Geisteskräfte sich in der Balance halten und dass die Mitte, die Rechtssphäre, genügend Raum gewinnt und auf Dauer genügend Kraft behält, damit der „Gemeinsinn“ bei allen Mitwirkenden erhalten bleibt.

Ist es dafür, nach nunmehr 3 x 33 Jahren, an der Zeit, den Sozialimpuls Rudolf Steiners, vor allem die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ real ins Leben zu bringen, indem Initiati-

ven, Einrichtungen und Unternehmen gemäß diesem Impuls arbeiten? Denn im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in der Konstitution der Europäischen Union sind ja die wesentlichen Grundzüge der Dreigliederung verankert. Beispiele aus realer Praxis zeigen, dass es die gesetzlichen Grundlagen durchaus ermöglichen, Initiativen, Schulen und Unternehmen als Organismen mit drei spezifischen Organsystemen zu gestalten, mit denen dann die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Solidarität real werden können. Dazu bedarf es allerdings sowohl der Erkenntnis wie auch zielführender Beschlüsse und des Willens, dies zu tun.^[4]

4 Eine Broschüre über die Schritte des Sozialimpulses in die deutsche Verfassung und Konstitution der EU sowie Übungsschritte in die "Dreigliederung des sozialen Organismus" kann beim Verfasser angefordert werden.

Zum Autor Prof. Dipl.-Ing. Karl-Dieter Bodack, M.S.



geboren 1938, studierte in Essen, Stuttgart und Berkeley Maschinenbau und sozialwissenschaftliche Fächer, arbeitete in Stabs- und Führungspositionen der Bundesbahn und DB AG, wirkte mit bei der Gründung einer großen GmbH und einer Waldorfschule. Er berät Einrichtungen und Unternehmen in Fragen der Unternehmenskultur und Sozialstruktur, die die beschriebenen und andere Krisen vermeiden sollen.

Kontakt: kdbodack@icloud.com

Gesprächs- und Leserkreise

Dortmund, jeden ersten Dienstag im Monat

Dortmunder Stammtisch und Diskussionskreis
Ort: Steinstraße 48, im Haus der „Auslandsgesellschaft“, direkt am Hbf.
Kontakt: Mark Brill E-Mail: dortmund@humane-wirtschaft.de

Stuttgarter/Böblinger Leserkreistreffen

Jeden Donnerstag, 19 Uhr Diskussionsrunde, Wichtel in Böblingen
(Kurzlink zur Anfahrt: <https://hwlink.de/wichtel>)

Neben der Verinnerlichung einer Geld- und Bodenreform diskutieren wir aktuelle Geschehnisse in der Wirtschaft, in Finanz- und Geopolitik und deren mögliche Auswirkungen.

Interessierte Menschen sind herzlich willkommen.

Kontakt: Said Ben Sedrine, E-Mail: stuttgart@humane-wirtschaft.de

Jeden ersten Montag im Monat ab 20 Uhr in Plauen

Stammtisch/Leserkreis • Im Malzhaus • Alter Teich 7
• 08527 Plauen • Kontakt: Andreas Wunderlich
• E-Mail: plauen@humane-wirtschaft.de

Kontakt über unsere Geschäftsstelle in **Essen-Rüttenscheid**
E-Mail: service@humane-wirtschaft.de
Telefon: (0201) 45845785 Fax.: (0201) 45845786

Wuppertal, jeden 3. Mittwoch im Monat, 17 - 19 Uhr

Lernort Wuppertal – Treffpunkt für Aktive und die es werden wollen. **Jour fixe** an jedem dritten Mittwoch im Monat.

Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal** weitere Info: <https://lernort-wuppertal.de>

Biberach a. d. Riß , jeden dritten Dienstag im Monat

Stammtisch für „Nachhaltige Finanzen“

Funktionsweise und Hintergründe unseres Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems werden mit unterschiedlichsten Themen vielseitig betrachtet.

Ort: **TG-Heim Restaurant, Adenauerallee 11, 88400 Biberach a. d. Riß** Infos: S. Späth 01 76 - 61 50 74 53
E-Mail: Sebastian.Spaeth@bund.net
Informationen im Internet: <https://hwlink.de/bund-biberach>

Wien (Österreich), Mittwoch, 24. Juli bis Freitag, 9. August 2019

„Alternative Economic and Monetary Systems (AEMS) Summer school 2019“

Weitere Informationen und Anmeldung: <https://summer-university.net/registration-is-open-2/>

Vormerken!

Takayama (Japan), Mittwoch, 11. bis Sonntag, 15. September 2019

5. Internationaler RAMICS-Kongress für Komplementärwährungen

„Going Digital? New Possibilities of Digital-Community Currency Systems“

Webseite der Veranstalter: <https://sites.google.com/view/ramics-2019-takayama>

Vormerken!

Augsburg, Dienstag, 17. September 2019, ab 19:00 Uhr

„Im Labyrinth des Finanzsystems – Was es zu finden gibt und wie wir wieder herauskommen“

Vortrag von Andreas Bangemann auf Einladung von attac Augsburg

Ort: Reichlesaal im Zeughaus Augsburg. <https://hwlink.de/ab-attac>

Vormerken!

Wuppertal, Freitag, 11. bis Sonntag, 13. Oktober 2019

2. Vernetzungstreffen der Freiwirtschaft

Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Weitere Informationen unter: <https://humane-wirtschaft.de/2-vernetzungstreffen>



Vormerken!

Wuppertal, Samstag, 16. bis Sonntag, 17. November 2019

64. Mündener Gespräche in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Informationen ab Oktober unter: <https://www.sozialwissenschaftliche-a.de/de/muendener-gespraech.html>

Direkte Demokratie

Wolfgang Berger

Entspannt besuchen Sie ein sehr besonderes Restaurant und gönnen sich ein gutes Essen. Wenn Sie einen Schutzengel haben, bitten Sie ihn zu kommen und Sie an diesem außergewöhnlichen Abend zu begleiten.

Nachdem Sie das Restaurant betreten haben, hören Sie, wie die Tür hinter Ihnen zufällt. Sie gehen hinein und der *Maître d'* begrüßt Sie mit einem liebevollen Lächeln. Er freut sich, Sie wiederzusehen und reicht Ihnen die Hand. Sie sind überrascht, dass er sich an Ihren Namen erinnert. Er führt Sie zu einem vertrauten freundlichen Gesicht an der Garderobe. Das Mädchen lächelt und sagt: „Darf ich Ihnen Ihre Sorgen und Ihren Kummer abnehmen? Die werden sie hier nicht brauchen, sie könnten Sie daran hindern, Ihr Essen bei uns zu genießen“.

Sie zögern, Sorgen und Kummer abzugeben, diese Dinge sind Ihnen so sehr vertraut. Aber das Mädchen sagt, dass sie alles sorgsam aufbewahren und behüten wird, als Sie es über die Garderobentheke reichen. Sie lächelt als sie Ihre Sorgen entgegennimmt und gibt Ihnen eine kleine Quittungsmarke. „Hier ist Ihre Kummerquittung. Zeigen sie den Zettel hier vor, wenn Sie diese Dinge wieder mitnehmen wollen, nachdem Sie bei uns gewesen sind“. Sie erwidern das Lächeln des Mädchens hinter der Theke, fühlen sich nun wohl damit, dass sie Ihre Wertsachen aufbewahrt und freuen sich auf die Erfahrung des Abendessens.

Das lächelnde Gesicht des *Maître d'* lädt Sie jetzt ein, ihm zu folgen. Er führt Sie zu Ihrem Lieblingstisch. „Ein gutes Menü beginnt mit einem Lächeln“, sagt er und sein eigenes wunderschönes Lächeln lässt den Tisch, an dem Sie mit Ihren Freunden Platz nehmen, in warmem Licht erstrahlen. Die Energie, die er mit seinem Lächeln geschaffen hat, ist wie eine verzauberte Wolke, die alles und jeden an ihrem Tisch durchdringt. Sie beginnen, sich gegenseitig anzulächeln und diese Energie bleibt, auch nachdem der *Maître d'* gegangen ist.

Bald kommt die Bedienung, grüßt Sie, nimmt Ihre Getränkewünsche entgegen und erklärt Ihnen den Stil dieses Essens: „Hier und heute ist ein ganz besonderer Abend für Sie. Wir sind sehr glücklich, dass Sie hier sind. Wir möchten gern Ihre Zeit bei uns zu einer außergewöhnlichen Erfahrung werden lassen. Unser Küchenchef wird das Menü ganz nach Ihren Wünschen zusammenstellen und zubereiten. Auch der anspruchsvollste Gast wird sehen, dass wir seine Wünsche erfüllen“. Die Energiewolke, die durch den *Maître d'* geschaffen worden ist, beginnt sich aufzulösen. Im gleichen Augenblick lächelt die Kellnerin und füllt die Energie, die den Tisch einhüllt, wieder auf.

Die Kellnerin überreicht jedem eine Karte. „Lassen Sie mich erklären, wie unser Menü arrangiert ist und dann werde ich Ihnen jede Frage beantworten, die Sie haben. Das Essen besteht aus sieben Gängen. Im ersten Teil der Karte stehen die Appetizer. Das sind sehr leichte kleine Schleckereien, die Ihren Magen aufwecken, so dass Sie die späteren Gänge richtig genießen können. Jeder der drei nächsten Gänge ist zubereitet worden, um den Hauptgang danach richtig zur Geltung zu bringen. Die beiden letzten Gänge schließlich sind leichte, leckere Desserts“.

Nach diesen Erklärungen beginnen Sie die Karte zu studieren, um zu schauen, worauf Sie Lust haben. Während Sie sie durchblättern fährt die Kellnerin fort: „Es gibt viele Spezialitäten, die nicht in der Karte stehen. Bitte erlauben Sie mir, Ihnen davon zu erzählen.“

Der Spiegel lächelt nie zuerst

„Wir haben ein besonderes Menü, dessen Vorspeisen Hoffnungen und Träume sind. Diese Vorspeisen sind leicht, luftig und angenehm und machen überhaupt nicht satt. Dabei können Sie jeden beliebigen Traum aus Ihren Phantasien wählen. Danach folgen drei Gänge mit Aufgaben, die Ihnen das Hauptgericht wunderbar schmecken lassen. Der

zweite Gang beruht auf Angst und bildet so einen großartigen Kontrast zum letzten Gang der Liebe und auch eine Motivation, die anderen Gänge nicht zurückgehen zu lassen.

Der dritte Gang ist eine schöne Portion Beziehungen, eingelegt in einer Kommunikations-Soße. Der vierte Gang sind Stachelbeeren des Beurteilens, bedeckt mit Blättern aus freiem Willen. Das Hauptgericht ist eine gut gewürzte üppige Platte mit Leidenschaft, die wir auf der Grundlage von Tatkraft gewürzt mit Drama servieren. Die beiden letzten Gänge sind Zufriedenheit und – zum Abschluss – von Tiramisu, diesem köstlichen Dessert aus Venetien bedeckte Liebe. Zwischen den Gängen servieren wir – um den Magen zu reinigen – jeweils eine kleine Kugel von leichtem, übersinnlichem Eis“.

Nachdem Sie nun wissen, welche Art von Gerichten es in diesem Restaurant gibt, studieren Sie die Karte sorgfältiger. Wenn Sie an die große Auswahl und die vielen Möglichkeiten denken, bekommen Sie richtig Appetit.

Kurz darauf wählen Sie Ihre Speisefolge aus und die Bedienung verschwindet in der Küche. Wann immer ein Gang aufgetischt wird, wird Ihnen etwas klar: Wenn Sie nicht ausdrücklich etwas Bestimmtes bestellen, wird Ihnen das serviert, was der Küchenchef in diesem Augenblick gerade zur Hand hat. Was Sie dann bekommen, ist nicht so gut wie die Gänge *à la carte*. Schließlich weiß jeder, dass Eifersucht und Vertrauen niemals zusammen serviert werden. Sie müssen immer nur selbst auswählen und es der Bedienung sagen. Trotzdem sind viele Leute im Restaurant und einige sogar an Ihrem Tisch, die – weil sie nichts von dem bestellen, was auf der Karte steht – bekommen, was gerade übrig ist. Einigen fällt es schwer sich zu entscheiden und sie nehmen einfach das, was gebracht wird.

Am Ende der Mahlzeit kommen die Kellnerin und der *Maître d'* zurück zu Ihrem Tisch. Während dieses für Sie sehr be-

sonderen Menüs sind beide gelegentlich an Ihrem Tisch gewesen und haben die Energiewolke mit ihrem Lächeln wieder aufgefüllt. Nun ist die Mahlzeit vorüber und beide stehen an Ihrem Tisch und danken Ihnen, dass Sie zum Essen hier gewesen sind. Sie greifen in Ihre Tasche, um die Kummer-Quit-tung herauszuholen, die Sie beim He-reinkommen erhalten haben. Für einen Augenblick schauen Sie erstaunt auf den Zettel, dann knüllen Sie ihn in Ihrer Hand zusammen und lassen ihn auf den Tisch fallen. Sie haben sich ent-schieden, Ihre Sorgen und Nöte nicht wieder mitzunehmen, weil sie jetzt für Sie keine Bedeutung mehr haben. Ein Essen wie dieses hat Ihre Schwingung verändert. Den Kummer, mit dem Sie hereingekommen sind, brauchen Sie jetzt nicht mehr.

Sie wollen schon nach draußen gehen und werfen noch einen kurzen letz-ten Blick zurück in das Restaurant. Dort sehen Sie eine andere Gruppe von Gästen an einem Tisch sitzen und auch den Maître De, wie er dabei ist, ihnen das wunderbare Menü zu erklä-ren. Einer am Tisch fragt etwas, was Sie zufällig mitbekommen: *„Und was ist, wenn mir ein Gang, den ich bestellt habe, nicht schmeckt?“* Er lächelt breit und sagt: *„Wir sind hier, um Sie zu be-dienen und wir möchten jedem von Ihnen das nach seinem Geschmack Bes-te bringen. Deshalb denken Sie bitte immer daran: Wenn Sie nicht mögen, was Sie auf dem Teller haben, suchen Sie einfach etwas anders aus.“*

Damit verlassen Sie das Restaurant und gehen zurück zum Ausgangs-punkt dieses Ausflugs. Sie spüren ein Lächeln auf Ihrem Gesicht und Zufrie-denheit in Ihrem Herzen – wie wenn Sie gerade von einem wunderbaren Essen kommen. Und so ist es auch...

Bestellungen beim himmlischen Großversand

Mit einer einheitlichen und klaren Aus-richtung von Gedanken, Glaubenssät-zen und Sprache geben Sie Ihre „Bestel-lungen“ auf. Ihr bisheriges Leben und Ihr Umfeld haben Sie mit Ihren Denk- und Handlungsmustern „bestellt“. Sie haben die Umstände des Seins für Ihr eigenes Leben erschaffen und für die Welt miter-schaffen. Ihre Möglichkeiten als Schöp-fer sind unendlich und nur durch Ihr Den-

ken beschränkt. Was Sie nicht denken, bewirken Sie auch nicht.

Sie können Entscheidungen über die Zukunft an Parteipolitiker abgeben. Sie erleiden dann das Schicksal, das sich für Sie und Ihre Mitbürger aus den Ent-scheidungen der politischen Klasse er-gibt. Aber jeder einzelne weiß selbst am besten, was gut und richtig für ihn ist. Die politischen Parteien und ihre Reprä-sentanten wissen es nicht. Autovertre-ter verkaufen Autos, Versicherungsver-treter verkaufen Versicherungen – und Volksvertreter? Bevormundung ist un-würdig. Ein Staatswesen, das nicht über mündige Bürger verfügt, hält sich ein Volk von Sklaven. „Sklaverei“ – lateinisch *servitudo* – heißt abhängig sein von der Willkür eines anderen, dessen Macht über uns wir nicht zugestimmt haben. Menschliche Würde setzt Selbst-bestimmung voraus. Selbstbestimmung ist auch der Schlüssel zum Glück.

Es nützt nichts, Bestellungen beim himmlischen Großversand aufzugeben. Wir müssen etwas tun für das, was uns zusteht und gegen das, was uns miss-fällt. Jeder von uns hat die Schöpfer-kraft, diesen Planeten in einen Ort zu verwandeln, wo alle Menschen würdig leben können. Jeder hat die Macht, sei-ne Mitmenschen dabei zu unterstützen, rücksichtsvoll und kultiviert zu sein. Vie-le glauben, dass Demokratie sich in dem Satz „Mehrheit gilt!“ erschöpft. Das ist nicht richtig. Demokratie ist vor allem ein System von Werten.

1. Der erste Grundwert ist, dass nie-mand staatlichen Willen als obrigkeit-lich akzeptieren muss, dass er sich also auch gegen den Staat wehren kann.
2. Der zweite Grundwert ist, dass jeder nach seinen Fähigkeiten und seinem Willen leben kann, sofern er das ent-sprechende Recht anderer Bürger nicht verletzt.
3. Der dritte Grundwert ist, dass der Staat nur dort tätig werden darf, wo ihm die vom Volk beschlossene Ver-fassung Zuständigkeiten einräumt.

Eine Postdemokratie?

In vielen Demokratien wird die Beherr-schung der Mehrheits-Mechaniken für alle möglichen Zwecke missbraucht. Hier heiligt nicht der Zweck die Mittel, sondern die Mittel heiligen einen Zweck. Unsere Zivilisation treibt auf einem Tita-

nic-Kurs dem Untergang zu. Klimakrisen, politisches Durcheinander, Aufruhr – das alles sind Botschaften, die uns war-nen. Wer steuert diesen Kurs – Politiker, Vertreter machtvoller privater Interessen oder das Volk? Unüberbrückbare Unver-einbarkeiten und Gräben stören das so-ziale und politische Klima. Eigenstän-dig denkende Menschen bedrohen die Macht der Parteien und Interessengrup-pen, werden deshalb kollektivem Druck ausgesetzt und mundtot gemacht.

„Erfolgreich ist nur, wer seine Hand-lungsweise mit dem Zeitgeist in Einklang bringt“, schreibt Niccoló Maciavelli vor 500 Jahren. Wir brauchen einen Neu-anfang, auch wenn es Gegenwind gibt. Kräftiger Wind schadet nicht. Wir soll-ten einfach Kurs halten und in eine bes-sere Welt aufbrechen. Der Zeitgeist ver-langt jetzt nach Mitverantwortung der Bürger. „Ver-ant-wort-ung“ heißt, dass wir die Antworten auf die Fragen des Le-bens selbst finden, dass wir Herausfor-derungen annehmen. Es ist keine Last, sondern eine Folge von Freiheit und In-tegrität. Mitverantwortete Autorität der Bürger bedarf einer grundlegenden Än-derung unserer Rechtsordnung. Wenn der Neuanfang gelingt, wird unsere Zeit-epoche in den Geschichtsbüchern ein-mal einen besonderen Namen bekom-men. Ob dies der von Colin Crouchs 2008 geprägte Begriff „Postdemokra-tie“^[1] ist, wird sich zeigen.

Die Selbstbestimmung des Volkes muss „unten“ beginnen (bei den Bürgern in der Gemeinde) und dann stufenweise nach „oben“ (auf die staatliche und die überstaatlichen Ebenen) fortgesetzt werden. Eigentlich ist ja „unten“ oben, die Bürger sind der oberste Souverän – deshalb die Führungszeichen. In den Gemeinden können sich Initiativen bil-den, welche die repräsentative Vertre-tung der Bürger im Gemeinderat durch eine Mitentscheidung bei konkreten Vorhaben und Projekten ergänzen. So wird das Potenzial der Einwohner der Ge-meinde aktiviert. Die Mitwirkung an Ent-scheidungen fördert die Identifikation mit den getroffenen Maßnahmen und auch mit der Gemeinde.

In einer Kommune kann es sinnvoll sein, sich in einem Bürgerentscheid zuerst über das „Ob“ eines Vorhabens zu ei-nigen. Danach kann dann in einem dia-

¹ Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008

logorientierten Beteiligungsprozess das „Wie“ erarbeitet werden. Ein Beispiel aus München war der Bau der Allianz-arena. Das planende Architekturbüro hat den Bürgerentscheid gefordert. Über den Bau ist entschieden worden, bevor mit der Planung überhaupt begonnen wurde.

Kingersheim, eine Kleinstadt mit 18.000 Einwohnern im südlichen Elsass, ist ein Vorbild für Bürgerbeteiligung in Frankreich. Es ist ein institutionell gestalteter Prozess, den die Einwohner *démocratie constructionnelle* (konstituierende Demokratie) getauft haben: Regelmäßig finden Bürgerkonferenzen statt, wo Bürger und Kommunalpolitiker ergebnisoffen und konstruktiv zusammenwirken. Wird auf einer solchen Versammlung festgelegt, dass ein eingebrachtes Projekt umgesetzt werden soll, bilden Experten, per Los ausgewählte Bürger und Vertreter der Initiative, die das Projekt vorgeschlagen hat, einen „partizipativen Rat“. Hier wird diskutiert, verhandelt und unter Anleitung des zuständigen Abgeordneten eine Beschlussvorlage für den Rat der Stadt erarbeitet. Als verfassungsmäßiges Organ der Französischen Republik muss dieser Rat die Vorlage formal beschließen. Trotz dieses gesetzlich vorgeschrieben formalen Akts sind die gewählten Repräsentanten nicht mehr die Entscheider, sondern die Moderatoren. Sie geben nicht die Antworten, sondern arbeiten die Fragen heraus.

Joseph Spiegel, Jahrzehnte lang Bürgermeister der Kleinstadt, beschreibt die Voraussetzungen dieser Form der Mitbestimmung in der Gemeinde:

1. Es braucht eine Kultur der Empörung, des Widerstands, der Gegenmacht. Politiker mokieren sich gern über Wutbürger. Diese decken aber Missstände auf.
2. Es braucht eine Utopie, eine Vision, einen Traum von der Zukunft. Politiker, die utopische Dinge nicht mehr denken können, sind nur noch Verwalter des Alltags.
3. Es braucht Engagement, um den Unsinn der Welt durch ein konkretes Zukunftsbild mit den Herzen und der Intelligenz der Betroffenen zu überwinden.
4. Es braucht eine gewisse Demut, eine Mäßigung in den Machtbeziehungen und der Ethik des öffentlichen Handelns – den Mut, langsam und geduldig zu sein.

Auch in Deutschland wird die von Joseph Spiegel beschriebene Kultur in einigen Gemeinden gelebt. Artikel 28 des Grundgesetzes sagt: „(1) ...In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten. (2) Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln... Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen finanzieller Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“

Der Prophet Moses und die Europäische Union

Auf staatlicher Ebene aber sind wir von einer Demut in den Machtbeziehungen und Ethik des öffentlichen Handelns, von der Joseph Spiegel spricht, weit entfernt. Nur 17 Prozent der Deutschen vertrauen noch den politischen Parteien, die dafür verantwortlich sind.^[2] Die Politikverdrossenheit entwickelt sich zu einer Politikverachtung. Die gesetzliche Regelungswut gängelt uns umfassend und entmündigt uns systematisch.

Der Prophet Moses erlässt mit den 275 Worten seiner zehn Geboten Vorschriften für sämtliche Lebensbereiche. Heute zementiert ein Paragraphenschwungel das System und macht es unbeweglich. Mehr als 6.000 Bundesgesetze und Verordnungen, deren Worte sich nicht mehr zählen lassen, regeln das Leben in Deutschland. Dazu kommen noch Gesetze und Verordnungen der Bundesländer und das etwa 200.000 Seiten starke Regelwerk der Europäischen Union. Ja, es ist eine Scherzfrage: Kennen Sie das alles? Weil es unmöglich ist, alle Gesetze zu befolgen, brechen wir viele von ihnen vermutlich regelmäßig.

Wenn wir ein Gesetz nicht befolgen und deshalb verklagt werden, haben wir keinen Einfluss auf die Rechtsprechung. Die Institutionen der Gerichtsbarkeit werden nicht demokratisch besetzt. Von ihnen ist das Volk ausgeschlossen. Glauben Sie, dass es einen Rechtsanwalt gibt, der durch diese gewaltige Gesetzes- und Regelungsflut noch durchsteigt? Welche Seite hat bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung wohl die größere Erfolgs-

chance? Wahrscheinlich doch die Partei, die mehr und besseren juristischen Sachverstand einkaufen kann.

Glauben Sie, dass die gewählten Abgeordneten sich in diesem Irrgarten noch orientieren können? Nun, es gibt so genannte „Spin Doctors“ und „Public Affairs Manager“, die den Abgeordneten Orientierung bieten. Auf höchstem Niveau beraten sie – wahrscheinlich im Auftrag von Mächtigen, die andere Interessen haben als die Wähler. Sie können die Abgeordneten für die eigenen Belange einsetzen, darauf gründen sie ihre Macht.

Vorbild des bürgerlichen Rechts im kontinentalen Europa ist das römische Recht. Es orientiert sich an Gesetzen. Das britische Recht stützt sich dagegen auf gerichtlich entschiedene Präzedenzfälle. Dies führt in den nordamerikanischen Kolonien Großbritanniens zum Geschworenen-Prozess und einer gewissen Unabhängigkeit von Richtern, welche die Kolonialherren eingesetzt haben. Im Grunde aber entscheidet eine Jury von zwölf Geschworenen lediglich, wer den besseren Rechtsanwalt hat – wohl kaum ein Vorbild für eine Neugestaltung der Gerichtsbarkeit. Die hohe Anwaltsdichte in den USA ist erschreckend: Auf 100.000 Einwohner kommen dort ca. 300 Anwälte, in Europa etwa 100 und in Japan 11 – Ausdruck einer auf Konsens ausgerichteten Gesellschaft.

Der römischen Kaiser Justinian I beauftragt zehn Rechtsexperten mit der Modernisierung des Rechts. Leiter dieser Gruppe ist Flavius Tribonian, der bedeutendste Jurist des Kaisers und letzte große Rechtsgelehrte der Antike. Der erste Teil des so geschaffenen Corpus Juris Civilis mit den Gesetzen des Reiches wird im Jahre 529 eingeführt. Das Gesetzeswerk ist rational, präzise und umfassend. Es gilt fast ein Jahrtausend. Sein Einfluss auf die Entwicklung der europäischen Nationalstaaten ist wohl nur mit der Bedeutung der Bibel für die europäische Kultur vergleichbar.

Heute brauchen wir eine vergleichbare Initiative, die unser Recht entschlackt, transparent gestaltet und jedem Bürger zugänglich macht. Die Vorarbeit ist im Rahmen eines umfassenden Forschungsprojekts zu leisten – zum Beispiel durch ein Institut der

² Ergebnis einer repräsentativen Studie des Forsa-Instituts von 2016 im Auftrag des Magazins Stern

Max-Planck-Gesellschaft. Ein solches Institut soll dem Bundeskanzleramt zugeordnet sein und befristet bis zur Erledigung seines Auftrags errichtet werden.

Ein Bundespräsident mit gelber Weste?



Nach dem Grundgesetz schlägt der Bundespräsident dem Bundestag den Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor. Das Parlament kann diesen Vorschlag annehmen oder ablehnen. Erst nach einer Ablehnung geht die Verantwortung für die Aufstellung der Kandidaten auf die Fraktionen über. Die gängige Praxis ist allerdings anders: Die Mehrheitsparteien nennen dem Bundespräsidenten ihren Kandidaten und dieser schlägt ihn dann dem Bundestag vor. Diese Praxis reduziert den Bundespräsidenten auf eine Botenfunktion. Das Grundgesetz hingegen will ihn als eine über den Parteien stehende, neutrale politische Macht.

Die deutsche Praxis der Koalitionsbildung macht aus den Mehrheitsfraktionen im Bundestag ein Verteidigungsbündnis der Regierung. Über 50 Koalitionsabgeordnete sind gleichzeitig Staatssekretär oder Minister und genießen – wie im Schlaraffenland – eine doppelte Vergütung und auch noch steuerfreie Privilegien. Die Parteiklüngel zementieren die Herrschaftsstrukturen, demoralisieren den öffentlichen Dienst und blockieren notwendige Änderungen. Politik ist zur Methode verkommen, die vorgegebenen Strukturen zum eigenen Vorteil auszunutzen. Den Bürgern wird die Mitsprache versagt, sie gelten als unmündig. Selbst der Bundespräsident ist lediglich der höchstbezahlte Bote des Landes. Dies passt nicht mehr auf die sich rasch ändernde Welt von heute.

Eine neutrale politische Macht könnte in Deutschland Prozesse anstoßen, die sozial verträgliche Strukturen neu entstehen lassen. In Frankreich kommt dieser Anstoß von der Bewegung der *gilets jaunes*, der „Gelbwesten“. Jacqueline Mourand aus der Bretagne hat sie mit einem harmlosen Facebook-Eintrag ausgelöst: „Was wird aus Frankreich? Wer die Schnauze voll hat und schweigt, macht sich zum Komplizen. Jeder kann dem Präsidenten einen kleinen Hinweis geben.“ 6,1 Millionen Mal wurde dieser

Aufruf am 18. Oktober 2018 angeklickt. Der einfachen Forderung, die Benzinsteuern nicht zu erhöhen, konnten viele zustimmen. Frau Mourand legte als Zeichen des Protests eine gelbe Weste an die Heckscheibe ihres Autos. Jüngere zogen diese Westen dann an und blockierten zu Hunderttausenden die Straßen. Mit den gelben Westen entstand spontan eine mächtige Bewegung und forderte den Präsidenten heraus.

Im Gegensatz zu Frankreich ist Deutschland ein Land unbegrenzter Zumutbarkeiten. Über die Intensität des revolutionären Geschehens im Nachbarland schweigen sich die deutschen Medien aus. Offenbar haben die Deutschen kein revolutionäres Gen. Aber es könnte auch anders funktionieren: Nach einer Bundestagswahl lehnen Bürger die Regierungsbildung durch Parteiklüngel ab. Sie fordern ein Ende der Addition opportunistischer Möglichkeiten. Sie erwarten vom Bundespräsidenten, die Regierungsbildung einer unabhängigen Persönlichkeit mit Autorität anzuvertrauen. Machtvolle Demonstrationen mit gelben Westen vor dem Bundespräsidialamt verleihen dieser Erwartung Nachdruck und ermöglichen dem Präsidenten, ein Experiment zu wagen. Um zu zeigen, dass er nicht nur Bote ist, legt er vielleicht sogar selbst eine gelbe Weste in das Heckfenster seines Autos.

Das Parlament wird sich dann mit den Konzepten und personellen Vorschlägen einer Persönlichkeit mit selbstständiger und unabhängiger Autorität auseinandersetzen müssen. Es ist ein Prozess, der Demokratie in etwas umbaut, das nicht von oben übergestülpt wird, wie es nach dem zweiten Weltkrieg auf Veranlassung der Besatzungsmächte geschehen ist. Dieser Prozess birgt die Chance, dass eine neue Demokratie in Deutschland von unten wächst. Mündige Bürger üben sich in mitverantworteter Autorität. Sie verlangen mündige Politiker, die sich nicht von der Presse und den Demoskopen treiben lassen. So bekommen wir reife Bürger und reife Politiker, die wissen, was sie wollen und auf welchen Fundamenten sie stehen.

Der Dämon des Parlaments



Wir kommen nicht als Bürger auf die Welt. Unsere Erfahrungen im Laufe des

Lebens machen uns zu Bürgern. Von klein auf treffen wir immer wieder Entscheidungen und müssen dann mit den Konsequenzen leben. In vielen Bereichen müssen wir auch mit den Folgen von Entscheidungen leben, die andere getroffen haben. Jeder muss mit den Konsequenzen politischer Entscheidungen leben – wir können auch sagen: Er muss sie ausbaden. Wenn Bürger Anregungen, Kritik oder Ideen vorbringen, bleibt es im Belieben von Politik und Verwaltung, ob sie aufgenommen werden.

Die Menschenwürde verlangt danach, selbstbestimmt zu leben. Artikel 20 des Grundgesetzes sagt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Das Volk steht damit als einziges Organ über den anderen Verfassungsorganen. Sie alle haben zu schweigen, wenn der Souverän selbst spricht. Obwohl der Souverän noch nicht über eine Verfassung abgestimmt hat, haben Regierungen und politische Parteien grundgesetzwidrige Übertragungen der Souveränität an Organe der Europäischen Union vollzogen. Damit ist Deutschland nicht mehr demokratisch verfasst.

Wenn die Bürger eine Sachfrage unmittelbar selbst entscheiden, nennen wir das „direkte Demokratie“. Das Volk kann dem Parlament Themen vorgeben, Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat korrigieren, über Gesetze abstimmen – also das erste und das letzte Wort haben. Wenn es das tun kann, ist es tatsächlich der Souverän.

Eine vernünftig ausgestaltete direkte Demokratie versachlicht die Debatten, weil die gefühlte Ohnmacht der Menschen schwindet. Deshalb soll jeder, der dies will, über die Instrumente einer direkten Demokratie an konkreten Entscheidungen beteiligt werden.

In manchen romanischen Ländern gibt es einen „Kassationshof“, der ein Gesetz aufheben kann. Dies sind Gerichtshöfe mit ähnlichen Befugnissen wie das deutsche Bundesverfassungsgericht. Die italienische Verfassung kennt in Artikel 75 den negativen Volksentscheid³ – keine Gesetzgebung durch das Volk, sondern ein „Volksveto“. Das Volk kann ein vom Parlament beschlossenes Gesetz aufheben. Die Italiener haben sich

³ Die Informationen in diesem Absatz verdanke ich Herrn Nils Maxen-McIntire aus Darmstadt

mehrheitlich gegen neue Atomkraftwerke und gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung ausgesprochen. Sie haben die zugunsten ihres früheren Regierungschefs Silvio Berlusconi vom Parlament verabschiedete „Lex Berlusconi“ zurückgewiesen. Jetzt müssen auch Regierungsmitglieder vor Gericht erscheinen. Bis 2015 hat es in Italien 70 solcher Referenden gegeben.

Diese in der Verfassung Italiens verankerte Bedeutung der Negation, des Nein-Sagens, können wir bis auf Sokrates' innere Stimme – sein Gewissen – zurückführen, die er als seinen „Dämon“ bezeichnet. Dämonen sind übermächtige Wesen, deren Kräfte menschliche Möglichkeiten übersteigen. Sokrates' Dämon sagt ihm nie, was er tun soll – das ist immer seine eigene Entscheidung – er warnt ihn immer nur davor, etwas Bestimmtes zu tun. Ein Volksveto – ein Referendum – macht das Volk zum Gewissen, zum „Dämon“ des Parlaments. Gesetze, die das Parlament beschließt, kommen auf den Prüfstand einer möglichen Ablehnung durch den Dämon des Parlaments – das Volk.

Vorbild für eine die parlamentarische Demokratie ergänzende direkte Demokratie ist die Schweiz. Hier erleben sich die Bürger sich als Teil des politischen Prozesses. Entscheidungen, die partizipatorisch vorbereitet und gefällt werden, werden stärker akzeptiert. Wer gefragt wird, wendet sich nicht ab. Weil die Schweiz kein Mitglied der Europäischen Union ist, haben ihre Erfahrungen und Anregungen die anderen europäischen Staaten nicht veranlasst, ähnliche Regelungen zu erproben.

Die Schweizer entscheiden auch über den Einsatz ihrer eigenen Steuergelder. Deshalb gehen die öffentlichen Ausgaben zurück, die Verschuldung sinkt und kaum ein Schweizer versucht, Steuern zu hinterziehen. Volksabstimmungen haben die Armee der Schweiz fast auf die Hälfte reduziert, ein Gentechnik-Verbot in der Landwirtschaft durchgesetzt, homosexuelle und lesbische Lebenspartnerschaften ermöglicht und ein Rentensystem eingeführt, das dem deutschen weit überlegen ist und nicht viele Generationen mit Altersarmut bedroht.^[4] Deutschland ist das einzige Land in Eu-

ropa, das auf Bundesebene noch eine Volksentscheid durchgeführt hat.

Der Kampf gegen Atomwaffen



Initiativen durch das Volk haben die Parteien bisher meist niedergebügelt. 1950 bereitet Bundeskanzler Konrad Adenauer die Wiederbewaffnung Westdeutschlands vor. Aus Protest hiergegen tritt Innenminister Dr. theol. Dr. jur. Gustav Heinemann – der spätere Bundespräsident – zurück. Er hat die CDU mitgegründet. 1954 unterzeichnen die drei Westalliierten Frankreich, Großbritannien, die USA und die Bundesrepublik Deutschland die „Pariser Verträge“, welche die Wiederbewaffnung ermöglichen. Landesweit kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen und Protesten.

1955 verabschiedet die „Paulskirchenbewegung“ in Frankfurt a. M. das „Deutsche Manifest“ gegen die Pariser Verträge. Nach dem Willen von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß soll die Bundeswehr Trägersysteme für amerikanische Nuklearsprengköpfe erhalten. Dagegen protestiert 1957 in ihrem „Göttinger Manifest“ eine Gruppe angesehener deutscher Atomphysiker, unter ihnen die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg. Die vom Präsidenten des Evangelischen Kirchentags Martin Niemöller gestartete Kampagne „Kampf dem Atomtod“ führt zu riesigen Demonstrationen im ganzen Land. 1958 beschließt der Bundestag, die Bundeswehr mit Trägersystemen für Nuklearwaffen auszurüsten.

1978 wird ein Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum gesucht. Nicht Geologen, sondern Politiker entscheiden sich für einen Standort im dünn besiedelten östlichen Niedersachsen, der von drei Seiten von der innerdeutschen Staatsgrenze eingezäunt ist. Über dem Salzstock Gorleben soll eine Wiederaufbereitungsanlage für hochradioaktive abgebrannte Brennelemente, ein Zwischenlager, eine Brennelementefabrik und tief unten im Salzstock Gorleben ein atomares Endlager entstehen. Die Geologie des Salzstocks ist nicht optimal. Der Salzstock hat Kontakt zu wasserführenden Schichten. Eine von

Experten geforderte durchgehende Tonsschicht gibt es nicht. Aber bei einem Störfall wird der Westwind die Radioaktivität wohl in den Osten wehen. Das kümmert die Repräsentanten der Bonner Republik wenig.

Protestler bauen ein Hüttendorf über der Stelle, wo die Tiefbohrung vorgesehen ist. Ihr Slogan ist: „Wiederaufforsten statt Wiederaufbereiten“. Die Bundesregierung zahlt Niedersachsen für Polizeieinsätze zum Schutz des Bauprojekts zunächst 200 Millionen DM. 1980 kreisen Polizeihubschrauber über dem Hüttendorf. 2.000 Atomkraftgegner sind am Boden versammelt und von 4.000 Polizisten umstellt, die sie wegtragen, weschleifen und in Gewahrsam nehmen. Bulldozer walzen das Hüttendorf platt und auch den zehn Meter hohen Turm in der Dorfmitte.

Nach dieser brutalen Räumung rücken die Menschen in der Region enger zusammen. Nicht mehr nur die aus Hamburg und Berlin zugereisten linksökologischen Gruppen stellen sich gegen die Atompläne in Gorleben. Auch alteingesessene Landwirte, Pfarrer, Lehrer, Gewerkschafter, Anwälte und fast alle Adelsfamilien aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg schließen sich dem Widerstand an. Viele von ihnen werden vom Verfassungsschutz observiert, klagen gegen Demonstrationsverbote, lassen Übergriffe der Polizei von Gerichten überprüfen und erreichen nach einigen Jahren, dass der gesamte Strombedarf des Landkreises mit regenerativen Energien gedeckt wird.

Prominentester Widerständler ist Graf Andreas von Bernstorff, 35, Nachkomme des preußischen Außenministers Albrecht Graf von Bernstorff. Ihm gehören die dichten Wälder der Gegend und die Abbaurechte am Salz darunter. Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht – Vater der späteren Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen – bietet ihm 30 Millionen D-Mark für den Salzstock. Der Graf lehnt ab und sagt: „Ich bin zutiefst erschüttert, dass eine der schönsten Gegenden in Deutschland zum Ruhrgebiet der Atomindustrie werden soll, zur Schuttgrube der gefährlichsten Abfälle unserer Zivilisation“. Er

4 Claudine Nierth und Ralf-Uwe Beck, Politik braucht Beteiligung – eine Broschüre von Mehr Demokratie e. V. Berlin, 2018, S. 19

gewinnt weitere Adelsfamilien aus der Region für das Engagement gegen die Atompläne.

Die Wiederaufbereitung atomaren Mülls ist kein Recycling. Ziel ist die Gewinnung hochgiftigen, waffentauglichen Plutoniums. Die Technologie ist der Schlüssel für den Bau von Atomwaffen. Deutschland bringt die Hälfte der ausgedienten Brennelemente in die beiden französischen Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague. Damit baut Frankreich seine Nuklearstreitmacht aus. In Gorleben demonstrieren bis zu 8.000 Menschen gegen die Pläne der Regierung in ihrer Region. Die Atomindustrie und der Staat bieten dem 600 Einwohner-Dorf Gorleben und der Region Strukturhilfen und „Akzeptanzgelder“ in Höhe von mehreren hundert Millionen D-Mark.

Um die Situation zu befrieden verordnet die Bundesregierung ein zehnjähriges Moratorium. Ein „Arbeitskreis Endlager“ soll verschiedene Standorte transparent und ergebnisoffen vergleichen. Die Aktivisten aus der Region empfinden den Arbeitskreis als Alibi-Veranstaltung. Mit einem „Erkundungsbergwerk“ wird die Geologie des Salzstocks Gorleben auf seine Eignung als Endlager überprüft. 1999 soll das Endlager seinen Betrieb aufnehmen. 1,5 Milliarden Euro werden investiert, aber seit 2006 werden keine neuen Stollen mehr ins Salz gesprengt.

2013 beschließt der Bundestag ein „Endlagersuchgesetz“, das die Suche nach anderen möglichen Lagern für Atom- müll ebnet. 2016 werden die Untersuchungen in Gorleben abgebrochen. Das Erkundungsbergwerk wird zurückgebaut und eingemottet. Noch immer aber stehen am Eingang des Bergwerks zwei Wachleute, ebenso gegenüber auf dem Bernstorffschen Grund. Dort ist als Mahnmahl ein altes Schiff der Umweltorganisation Greenpeace aufgestellt. Dieses nach dem weißen Gründelwal in arktischen Meeren „Beluga“ benannte Schiff wird 2013 zerlegt, nach Gorleben gebracht und steht jetzt dort als Mahnmahl gegen Kernwaffentests und gegen den Walfang.

Das Bundesverfassungsgericht schreibt Geschichte

Ohne schwere Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gelingt es, in Gorleben ein oberirdisches

Zwischenlager für 420 Castorbehälter anzulegen und 1995 in Betrieb zu nehmen. Castoren sind Spezialbehälter zur Lagerung und zum Transport hochradioaktiver Materialien, wie abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken oder Abfallprodukte aus der Wiederaufarbeitung. Die Zwischenlagerung ist für 35 Jahre vorgesehen. 2010 sind nur 113 Behälter in Gorleben eingelagert. 2011 werden die Castor-Transporte ins Zwischenlager eingestellt. Jetzt ist es in Gorleben ruhiger geworden. Ob aus der Zwischenlagerung eine oberirdische Endlagerung wird, wenn kein geeignetes Endlager gefunden wird?

Mitte der 1970er Jahre modernisiert die Sowjetunion ihre atomaren Mittelstreckenraketen. 1979 beschließt die NATO Gegenmaßnahmen. In den 1980er Jahren begegnen viele Bundesbürger dem Rüstungswettlauf mit großer Skepsis. Diese Ablehnung lässt eine Massenbewegung für Frieden entstehen. Mehrere hunderttausend Menschen beteiligen sich an Großkundgebungen im Bonner Hofgarten, städteübergreifenden Menschenketten und Protestaktionen an den geplanten Raketenstützpunkten. Die Proteste nützten nichts. 1983 billigt der Deutsche Bundestag die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise-Missile-Marschflugkörpern auf westdeutschem Territorium. Cruise-Missiles sind unbemannte militärische Lenkflugkörper, die einen Sprengkopf selbstständig ins Ziel steuern.

In den 1980er Jahren geht es der 5.000-Einwohner-Gemeinde Wackersdorf in Bayern finanziell schlecht. Gemeinsam mit dem bayerischen Umweltminister beschließt der Landrat den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage, einer Brennelementefabrik und großer Lagerhallen für Atom- müll. 1988 liegen 880.000 Einsprüche dagegen vor. An diesem Widerstand scheitert das Projekt. 1989 werden die Bauarbeiten eingestellt.

1972 beschließt die Siemens-Tochtergesellschaft Kraftwerk Union AG in Brokdorf nordwestlich von Hamburg ein Atomkraftwerk zu bauen. Dagegen formiert sich breiter Widerstand. 1976 kommt es bei einer Großdemonstration mit 30.000 Teilnehmern zu Gefechten zwischen Polizei und Demonstranten. Immer wieder verfügen Gerichte Bau- stopps und heben sie wieder auf. Für

Februar 1981 kündigen Atomkraftgegner eine Großdemonstration an, die der Landrat des Kreises Steinburg verbietet. 10.000 Polizeibeamte sichern das Baugelände. Die Polizei sperrt Zufahrtsstraßen und die Autobahn. 35.000 Demonstranten gelingt es, zum bewachten Bauzaun durchzukommen. Am Bauzaun kommt es zu Gewaltszenen.

Die Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit des Verbots der Demonstration in Brokdorf geht bis vor das Bundesverfassungsgericht. 1985 erklärt das Gericht das Verbot für unzulässig. In einem Aufsehen erregenden Urteil gibt das Gericht Verwaltungs- und Polizeibehörden Regeln zum Umgang mit Demonstrationen vor: Demonstrationen sind ein von der Verfassung geschütztes Grundrecht der Bürger, das nicht behindert werden darf. Versammlungsfreiheit lässt die Bürger aktiv am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess teilnehmen. Sie ist deshalb ein unentbehrliches Funktionselement der Demokratie. Auch wenn mit Ausschreitungen zu rechnen ist, bleibt der Schutz der Versammlungsfreiheit für friedliche Demonstranten erhalten.^[5]

Volksgesetzgebung

Die Herbstrevolution 1989 in der DDR ist ein Ergebnis direkter Demokratie. Ihre Einführung in ganz Deutschland liegt nahe. Nach der deutschen Vereinigung tagt 1990 eine Kommission zur Überarbeitung des Grundgesetzes. 266.319 Eingaben fordern, Elemente zur Volksbefragung einzuführen. Die Politik der CDU/CSU würgt das ab.^[6] In den Koalitionsverhandlungen 2013 wird das Thema „Volksentscheid bundesweit“ beraten. Die Einführung direkter Demokratie scheitert am Veto von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Unsere Sprache stellt eine Volksgesetzgebung in ein schräges Licht: Lateinisch *populus* heißt „Volk“. In der Kultur ist „populär“ massentauglich, in der Wissenschaft oberflächlich. „Populistisch“ wird als Banalisierung verstanden, die mit nicht qualifizierten Konzepten die Menschen verführen will. Die sprachliche Wurzel deutet dagegen auf einen

5 Leitsätze BVerfGE 69, 315 ff (Grimm/Kirchhof, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Auflage 1997, S. 46 – 65)

6 Lt. Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung

Dienst am Volk. In fast allen „demokratischen“ westlichen Staaten dient der Parlamentarismus aber nicht mehr dem Volk, sondern wird von der Finanzwelt zur Marktkonformität gezwungen.

Gern gebrauchte Argumente gegen direkte Demokratie sind:

- Viele Sachverhalte sind für die meisten Menschen zu kompliziert.
- Das Volk neigt zu einfachen, opportunistischen Lösungen.
- Demagogen können populistische Entscheidungen bewirken.

Der ermordete Ministerpräsident Schwedens Olof Palme (1927 – 1986), eine machtvolle Stimme für Abrüstung und Verständigung, entkräftet diese Argumente: *„Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß oder zu kompliziert sind, ... Politik ist zugänglich, ist beeinflussbar für jeden...“*.

Wir brauchen einen respektvollen Blick auf die Menschen: Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Die direkte Demokratie gibt den Anstoß, komplexe Sachverhalte verständlich darzustellen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

71 Prozent der deutschen Bevölkerung sprechen sich für Volksentscheide aus. Am höchsten sind die Zustimmungswerte bei Anhängern der Linken (85 Prozent), am niedrigsten – aber immer noch hoch – bei den Anhängern der christdemokratischen Parteien (59 Prozent). Grüne und Sozialdemokraten liegen mit 62 bzw. 61 Prozent dazwischen.^[7]

In deutschen Bundesländern führt Volksgesetzgebung zur gründlichen Beschäftigung vieler Menschen mit schwierigen, kontroversen Sachverhalten und bewirkt verantwortungsvolle Entscheidungen: Im Frühjahr 2019 fordert ein Volksbegehren in Bayern u. a., strengere Regeln bei der landwirtschaftlichen Düngung zu erlassen, das Naturschutzgesetz zu ändern und den Ökolandbau bis zum Jahre 2030 auf 30 Prozent zu erweitern. Eine Volksabstimmung offenbart, dass die Bevölkerungsmehrheit ein Rauchverbot in Gaststätten wünscht. In Hamburg und Berlin werden nach Volksentscheiden die Energienetze wieder kommunalisiert und die Verwaltungen

⁷ Nach einer Umfrage der auf politische Meinungs- und Wahlforschung spezialisierten infratest dimap vom November 2016

veranlasst, Verträge zur Privatisierung von öffentlichem Eigentum offenzulegen. In Hamburg sind amtliche Informationen wie Senatsbeschlüsse, Gutachten und Verträge der Stadt ab 100.000 Euro frei im Internet zugänglich.

Eine rein repräsentative Demokratie schränkt die Entscheidungsgewalt der Politik auch über Schicksalsfragen wie z. B. Krieg oder Frieden nicht ein. Sogar der Justiz sind die Hände gebunden. Richter werden in Deutschland auf deutsches Recht vereidigt, unterwerfen sich aber der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Auf die über dem nationalen Recht stehende europäische Rechtssetzung haben unsere Parlamentarier allerdings kaum Einfluss. Auf dem Umweg über europäische Regelungen stellt sich die Politik über die Justiz.

Die Allmacht der Politik wird erst begrenzt, wenn Elemente einer direkten Demokratie das repräsentative System ergänzen. Direktdemokratische Verfahren werden in das repräsentative System eingebettet. Die Bürger entscheiden dann Sachfragen unabhängig von möglichen parteipolitischen Loyalitäten. Bei der Wahl einer Partei stimmen wir einem ganzen Paket von Dingen zu, das Parteifunktionäre zusammengeschnürt haben. Bei einzelnen Sachfragen sind wir vielleicht ganz anderer Meinung als die Partei unserer Wahl.

Direkte Demokratie muss Verfassungsrang haben. Die Einführung erfolgt durch ein Gesetz, das die Vorbereitung und Durchführung von Volksabstimmungen regelt. Der Verein Mehr Demokratie e. V. hat für Deutschland einen Gesetzentwurf für direktdemokratische Instrumente auf Bundesebene erarbeitet.^[8] Das Gesetz klärt, in welcher Form die erforderlichen Unterschriften für Volksabstimmungen gesammelt werden und wie die Unterschreibenden ihr aktives Wahlrecht nachweisen.

Auch elektronische Unterschriften sollen ermöglicht werden. Die Datenschutzbelange hierfür müssen sorgfältig geprüft und geplant werden. Elektronische Unterschriften vermeiden es, die Wähler zu einem Gang aufs Amt zu verpflichten.

⁸ abrufbar unter www.mehr-demokratie.de/gesetzentwurf. Wir folgen hier nicht unbedingt den Detailvorschlägen von Mehr Demokratie, sondern schlagen im hier vorgestellten Kontext plausible erscheinende Lösungen vor.

ten. Für Wahlberechtigte, die im Ausland wohnen, wird ein Onlineverfahren eingerichtet, das die jeweilige deutsche Botschaft beaufsichtigt.

Das Gesetz zur Einführung direkter Demokratie errichtet ein unabhängiges „Kontrollorgan der direkten Demokratie“ (KondiDem), das dem Bundespräsidenten verantwortlich ist. Dieses Kontrollorgan betreibt eine Website, auf der die Bürger Ideen und Vorschläge einbringen können. Es gibt keine Themenverbote. Ein Vorschlag ist auch ohne Aussagen zur Kostendeckung zulässig. Nachdem der Vorschlag die ersten Hürden im Prozess der Volksgesetzgebung genommen hat, ermittelt die Verwaltung mögliche Kosten, die sich daraus ergeben.

Sofern erforderlich bearbeitet das KondiDem die eingehenden Vorschläge redaktionell. Es fordert die Bürger dazu auf, eine mögliche Unterstützung durch elektronische Unterschrift zu dokumentieren. Bei Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit eines Vorschlags oder an seiner Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht, können die hierzu befugten Institutionen das Bundesverfassungsgericht anrufen. Das KondiDem kann den Bundespräsidenten um diesen Schritt bitten, wenn es ihm angebracht erscheint.

In einer direkten Demokratie können wir Entscheidungen, die uns betreffen, selbst vorbereiten. Die beiden zentralen Worte dabei sind JA und NEIN. Ein Beispiel: Jeder Haushalt in Deutschland finanziert die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten mit Gebühren, obwohl auch deren Programme mit Werbung verseucht werden. Eine JA-Initiative will den Beitragsservice in Köln (die frühere „Gebühreneinzugszentrale“) abschaffen. Eine NEIN-Initiative blockiert das Gesetz, das die Beitragspflicht begründet.^[9]

Die JA-Initiative



Bürger können einen politischen Vorschlag oder einen Gesetzentwurf präsentieren. Eine JA-Initiative kann alles aufgreifen, was auch Sache des Parlaments ist, wie z. B. die Abschaffung der Gebührenpflicht für den öf-

⁹ Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erklärt am 18. Juli 2018 (Az. 1 BvR 1675/16 u. a.) die Beitragspflicht als mit der Verfassung vereinbar. Eine direktdemokratische NEIN-Initiative richtet sich gegen die gesetzlichen Grundlagen für diese Entscheidung.



fentlich-rechtlichen Rundfunk. Für eine solche Initiative sind 100.000 Unterschriften zu sammeln. Das KondiDem legt den Vorschlag mit den Unterstützerunterschriften der Bundestagsverwaltung vor. Das Präsidium des Bundestags lässt ihn sodann zeitnah im Parlament behandeln. Im Bundestag hat die Initiative, die die JA-Initiative vorbereitet und die Unterschriften gesammelt hat, bei den Beratungen über ihren Vorschlag Rederecht. Die Initiatoren der JA-Initiative können auf die Diskussion reagieren, Anregungen aufnehmen, Mängel beheben und die Initiative entsprechend anpassen.

Lehnt der Bundestag den Vorschlag ab, können seine Initiatoren oder auch andere Interessierte ein „Volksbegehren“ durchführen. Ein solches Begehren signalisiert der Politik, dass das Thema wichtig ist und Handlungsbedarf besteht. Das Volksbegehren ist eine Zwischenstufe, mit dem Ziel, die JA-Initiative in einer Volksabstimmung durch das Volk entscheiden zu lassen. Für ein Volksbegehren wird die Unterschriftenhürde auf eine Million Unterschriften erhöht. So wird vor einer Volksabstimmung geklärt, ob in der Bevölkerung ausreichend Rückhalt für den Vorschlag vorhanden ist. Wird das Unterschriftenquorum nicht erreicht, fehlt offenbar der notwendige starke Rückhalt.

Wird das Unterschriftenquorum im Volksbegehren erreicht, muss der Vorschlag der JA-Initiative dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Bundestag kann reagieren, einen Alternativvorschlag präsentieren und diesen auch mit zur Abstimmung stellen. Das gleiche kann jede im Bundestag vertretene politische Partei durch ihre Bundestagsfraktion oder durch die Parteiführung tun. Wenn Vertreter einer Partei keinen Fraktionsstatus haben, kann die Führung dieser Partei einen Alternativvorschlag mit zur Abstimmung stellen. Wenn sich Bundestag, Bundesrat und Initiatoren nach einem erfolgreichen Volksbegehren auf einen Kompromiss einigen, wird über diesen gemeinsam mit der ursprünglichen Vorlage in einem Volksentscheid abgestimmt.

Das KondiDem gibt zu jedem Volksentscheid ein Abstimmungsheft mit Für-

und Gegenargumenten, Vor- und Nachteilen im gleichen Umfang heraus. Dieses Heft enthält auch detaillierte Informationen und Erläuterungen zum Sachverhalt und vermittelt die Empfehlungen der einzelnen Parlamentsfraktionen und der Regierung. Das Abstimmungsheft wird allen Haushalten zugestellt. In einem Volksentscheid nimmt das Volk die JA-Initiative mit einfacher Mehrheit an oder lehnt sie ab.

Quoren für eine Mindestzustimmung oder Mindestbeteiligung bei Volksentscheiden gibt es nicht. So kann die Nichtbeteiligung an Wahlen nicht missbraucht werden, um einen Volksentscheid zu sabotieren. Die Beteiligung an Volksentscheiden ist naturgemäß niedriger als die Beteiligung an allgemeinen Wahlen. Ein Volksentscheid dreht sich um eine einzelne Sachfrage, für die sich nicht jeder interessiert.

Verfassungsändernde Volksentscheide müssen immer in einem Volksentscheid und zusätzlich von der Mehrheit im Bundesrat – der Länderkammer – befürwortet werden. Übertragungen von Kompetenzen an supranationale Organisationen wie die Europäische Union und andere setzen immer die Genehmigung durch eine Volksabstimmung voraus, ebenso Vorhaben zur Privatisierung öffentlicher Einrichtungen.

Immanuel Kant, Bertrand Russell, Albert Einstein und andere große Denker haben dafür plädiert, dass die Staaten – alle Staaten – auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität verzichten.^[10] Dabei gehen sie von den europäischen Machtstrukturen im 18., 19. und 20. Jahrhundert aus. Entscheidungen werden von Regenten gefällt – mit oder ohne Rückhalt in einer politischen Partei. Direktdemokratische Entscheidungen schaffen eine neue Situation. Das Volk zu entmündigen wäre eine Einschränkung der Menschenrechte. Das wird keiner dieser Denker erwogen haben. Das Konzept einer direkten Demokratie haben sie einfach noch nicht gekannt. Es ist ein stärkerer Impuls für Verantwortung als es eine mächtige Weltpolizei sein kann.

¹⁰ Diesen Hinweis verdanke ich Gero Jenner: „Die Freiheit, die uns umbringt“, siehe <http://www.gerojenner.com/wp/?p=2891>

Die NEIN-Initiative



Auch wenn die direkte Demokratie ausgebaut ist, beschließt das Parlament die meisten Gesetze, aber die repräsentative Demokratie wird repräsentativer. Die Verantwortung für Entscheidungen der Politik wird dem Volk zurückgegeben. Das Volk kann zu einzelnen Sachverhalten direkt seine Stimme erheben. Bürger, denen ein bestimmter Sachverhalt wichtig ist, werden einbezogen und lösen eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung zu dieser Frage aus. Konzepte und Ideen werden politikfähig, der Trend zur inhaltsleeren politischen Inszenierung wird umgekehrt. Wer mit etwas nicht einverstanden ist, kann sich dann fragen: „Warum habe ich keine NEIN-Initiative gestartet?“



Lucas Cranach der Ältere: Portrait Martin Luthers (1529) gemeinfrei, Quelle: Wikipedia

Der Whistleblower (Geheimnisverräter) Martin Luther startet 1517 eine NEIN-Initiative. Er nagelt die Thesen seiner Initiative eigenhändig an die Kirchentüre in Wittenberg. Seine 50. These lautet

„Wenn der Papst wüsste, wie die Ablassprediger das Geld eintreiben, ließe er lieber die Peterskirche zu Asche verfallen, als sie mit Haut, Fleisch und Knochen seiner Schafe aufzubauen.“

Danach sagen die Initiatoren NEIN zu den Regeln der Römischen Kirche, spalten sich von ihr ab und bilden eine evangelische Kirche. Hier dürfen die Gläubigen selbst lesen und selbst denken.

1525 – mitten im Bauernkrieg – versammeln sich die Bürger im bayerischen Memmingen hinter einer NEIN-Initiative

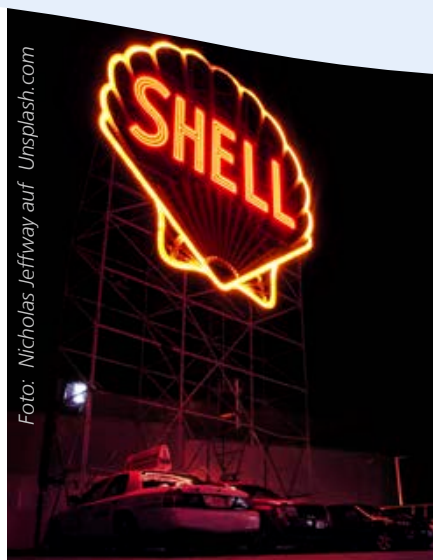
ve. Die Obrigkeit der Kirche soll nicht länger den Gemeindepfarrer benennen. Die Gläubigen wollen ihren Pfarrer selbst wählen und ihn, wenn er sich ungebührlich benimmt, auch wieder absetzen können. Die Bauern in Memmingen arbeiten einen Text mit 12 Artikeln aus. Dieser Text gilt als die erste Menschenrechtserklärung in Europa. Die Treffen der Bauern sind die ersten verfassungsgebenden Versammlungen auf deutschen Boden.^[11]

Wenn wir an diese Tradition heute anknüpfen wollen, brauchen wir Zeit, um die Entscheidungen des Parlaments zu prüfen. Wollen wir NEIN dazu sagen, muss das möglich sein. Deshalb treten Gesetze des Bundestages erst nach vier Monaten in Kraft. Wird in dieser Zeit ein Volksbegehren gegen das Gesetz gestartet und kommen die dafür erforderlichen eine Million Unterschriften nicht zusammen, wird das Gesetz nach diesen vier Monaten gültiges Recht. Wird die NEIN-Initiative von einer Million Wahlberechtigten unterschrieben, wird das Inkrafttreten des Gesetzes zunächst ausgesetzt.

Das KondiDem organisiert dann darüber einen Volksentscheid. Auch hier können das Parlament oder die politischen Parteien Alternativvorschläge einbringen. Für Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids gehen wir von einer Zeit von einem Jahr aus. Je länger Argumente und Alternativen diskutiert werden und die Meinungsbildung beeinflussen, desto fundierter wird entschieden. Eine NEIN-Initiative löst eine gesellschaftliche Debatte aus. Die intensive Auseinandersetzung mit einem Thema kann den „Wind“ in der Öffentlichkeit auch drehen. Das Volk trifft schließlich die endgültige Entscheidung. Bei einer Mehrheit für die NEIN-Initiative tritt das Gesetz nicht in Kraft. Wird eine solche Mehrheit nicht erreicht, wird das Gesetz mit entsprechender Verzögerung gültiges Recht.

Wir haben Erfahrung mit NEIN-Initiativen, allerdings nicht in der Politik, sondern als Konsumenten. Unser Konsumverhalten ist eine permanente Volksabstimmung. Immer wieder erfah-

11 Nach Ralf-Uwe Beck, dem Sprecher des Bundesvorstands von Mehr Demokratie in mdmagazin (Zeitschrift für Direkte Demokratie) Ausgabe 4.2018/ www.mehr-demokratie.de. Ralf-Uwe Beck beruft sich auf Dokumente aus dem deutschen Bauernkrieg, hrsg. Von Werner Lenk, Leipzig 1974.



ren wir von Ölkatastrophen. 1979 explodiert im Golf von Mexiko die Ölplattform Ixtoc I. Über 20 Arbeiter sterben, 1,4 Millionen Tonnen Rohöl fließen ins Meer. 1991 gerät im Hafen von Genua ein Tanker mit 144.000 Tonnen Rohöl in Brand und versinkt. 1995 will der Mineralölkonzern Royal Dutch Shell die ausgediente Ölplattform Brent Spar in der Nordsee versenken.

Die Umweltorganisation Greenpeace organisiert in vielen Ländern Proteste und fordert die Autofahrer auf, nicht mehr an Shell-Tankstellen zu tanken. Der Tankboykott funktioniert, zeigt dem Konzern die Grenzen seiner Macht auf und bewegt ihn zum Einlenken.^[12] Die Brent Spar wird in einen norwegischen Fjord geschleppt und dort abgewrackt.

Greenpeace wagt das scheinbar Unmögliche. Die Zeit ist reif für den Widerstand gegen die Ölindustrie. 2019 führen die Ölmultis eine neue Preisstrategie ein, welche die Verbraucher verwirren soll. Mehrfach am Tag werden die Preise herauf- und wieder herunter, herunter- und wieder heraufgesetzt und das an jeder Tankstelle unterschiedlich. Es kostet viel Zeit und viele gefahrene Kilometer, um hier einigermaßen ungeschoren davon zu kommen. Die Strategie will eine Volksabstimmung beim Tanken vereiteln. Ob es gelingt, hiergegen eine NEIN-Initiative zu entwickeln?

Natürlich gibt es auch erfolglose NEIN-Initiativen. Elke Koller aus Cochem an der Mosel ist die Initiatorin der jährlichen Ostermärsche gegen Atombomben am Fliegerhorst Büchel in der Eifel. Viele hundert Demonstranten kommen jedes Jahr dorthin. Konkreter Anlass 2019 sind die Vorbereitungen der US-Ar-

12 Diesen Hinweis verdanke ich Irene M. Klöppel, www.kloepfel-beratung.de.

mee für die Modernisierung der Atomsprenkköpfe. Die 20 Jahrzehnte alten Bomben vom Typ B61-4 sollen bis 2021 durch Bomben vom Typ B61-12 mit größerer Zerstörungskraft ersetzt werden. Die Zerstörungskraft der US-amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 ist bescheiden dagegen. Der Fliegerhorst ist ein Bundeswehr-Stützpunkt. Deutsche Tornado-Flugzeuge sollen diese Bomben im Ernstfall abwerfen.^[13] Ein Erfolg dieser NEIN-Initiative ist nicht absehbar.

Unsere Konsumententscheidungen betreffen uns elementar. Wenn wir sie nicht selbst treffen können, sind unsere Menschenrechte verletzt. Wenn die Regierung in Berlin oder die Kommission in Brüssel nicht eingreifen, vertreten sie nicht die Belange des Volkes, sondern schützen raffinierte turbokapitalistische Methoden. Direkte Demokratie befreit uns aus dieser unwürdigen Situation und führt uns auf einen Weg zum Einklang mit uns selbst, zum Einklang mit unseren Mitmenschen und zum Einklang mit der Natur.

13 „Amerikanische Atomstrategie: Nuklearwaffen bleiben in Deutschland“, Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 04. 02. 2018.

Zum Autor Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. Wolfgang Berger, M. A. (Econ)



Ökonom und Philosoph, hat in Deutschland, Ghana, Frankreich, Indien, Italien, Argentinien, den USA und dem Iran studiert, geforscht, gelehrt und als Industriemanager gearbeitet, am längsten bei

der Schering AG, dort zuletzt als Personalchef. Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel veröffentlicht.

Bücher:

„Business Reframing – Humanes Management in Resonanz mit Herz und Hirn“, Springer Gabler, 6. Auflage 2018

„Anleitung zur Artgerechten Menschenhaltung – Wo Potenziale sich entfalten dürfen, macht Arbeit richtig Spaß“, Kamphausen Media, 3. Auflage 2018



Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

Einladung zur Umsetzung eines Szenarios der Evangelischen Landeskirche in Baden bis zum Jahr 2040

Ralf Becker

Projektkoordinator „Sicherheit neu denken“ der evangelischen Landeskirche in Baden

1. Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik

Europa steht aktuell vor einer erneuten Aufrüstungsspirale. Die NATO-Mitgliedsstaaten erhöhen ihre Militärbudgets deutlich, obwohl die NATO bereits jetzt ungefähr das 15-fache für Militär ausgibt wie Russland. In Deutschland ist angesichts dieser Entwicklung ein deutliches Bauchgrimmen spürbar. Doch die seit Jahren anhaltende Unterstützung dieser Entwicklung durch Politik und Medien lässt sie scheinbar alternativlos erscheinen.

Die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden hat 2013 beschlossen, „gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung ... ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen.“

Daraufhin hat seit 2015 eine Arbeitsgruppe ein entsprechendes Szenario erarbeitet, das im April 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dieses Szenario zeigt auf, wie die deutsche Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 auf eine rein zivile Sicherheitspolitik umgestellt werden könnte.

Dabei stützt sich das Szenario auf bereits erprobte und umgesetzte Instrumente ziviler Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, wie sie im entsprechenden Aktionsplan der Bundesregierung im Jahr 2004 vereinbart und seitdem entwickelt und ausgebaut worden sind. Das Szenario ist eine Zusammenstellung und Weiterentwicklung vieler von anderen Autor*innen geleisteter Beiträge, auf deren Quellen auch verwiesen wird. Die 167-seitige Langfassung des Szenarios sowie eine 36-seitige Kurzfassung sind gedruckt und als Download erhältlich bei der Arbeitsstelle Frieden

der Ev. Landeskirche Baden, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe.

Weitere Informationen siehe:
<https://www.ekiba.de/friedensszenario>



2. Positivszenario „Nachhaltige zivile Sicherheit“

Das Szenario umfasst fünf Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik als auch Meilensteine zu deren Entwicklung (inklusive einer zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Kampagne) bis zum Jahr 2040:

Die Pfeiler nachhaltiger ziviler Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025

Nach Beschlüssen des Deutschen Bundestags der Jahre 2025 und 2035 beruht die nachhaltige zivile Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025 auf folgenden Säulen:

1. Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen
2. Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU
3. Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur: Deutschland als Mitglied der EU, der OSZE, der NATO und der UNO
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

2.1 Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen

Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande

- praktizieren ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen mit ausgeglichener Außenhandelsbilanz
- erhöhen stetig den Anteil des zertifizierten Fairen Handels
- praktizieren einen Lebens- und Wirtschaftsstil, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur noch entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt
- setzen ihre im Klima-Abkommen von Paris 2015 zugesicherten Klima-Ziele konsequent um
- investieren in Kooperation mit ihren europäischen Partnern weltweit in die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten. Mit 4 Mrd. Euro jährlich ist Deutschland der größte Beitragszahler des UN-Welternährungsprogramms.

Die Folgen aus dieser Politik sind:

- Die EU hat die Subventionierung von Agrarexporten eingestellt.
- Die strukturelle Benachteiligung des „globalen Südens“ durch eine westlich dominierte Welthandels- und Weltfinanzordnung ist überwunden.
- Es gibt weltweit transparente und klare gesetzliche Regelungen und leistungsfähige Institutionen im Rohstoffsektor, die Konfliktfreiheit sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards entlang der Rohstoffketten garantieren.
- Deutschland zahlt jährlich 6 Mrd. Euro in den UN-Fonds für Nachhaltige Entwicklung ein.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert darüber hinaus jährlich 6 Mrd. Euro in den weltweiten Klimaschutz.

*Beispiel***Die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative**

Die Anfang 2012 entstandene entwicklungspolitische Rohstoffinitiative (GeRi) unterstützt die Schaffung transparenter und klarer gesetzlicher Regelungen und den Aufbau leistungsfähiger Institutionen im Rohstoffsektor.

Basierend auf den Empfehlungen des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm, entwickelte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2007/2008 im Auftrag der Bundesregierung gemeinsam mit Partnerinstitutionen ein Rohstoff-Zertifizierungssystem (Zertifizierte Handelsketten – *Certified Trading Chains*), das erstmals gezielt die Herausforderungen des artisanalen Kleinbergbaus berücksichtigte und neben der „Konfliktfreiheit“ auch andere Umwelt- und Sozialstandards überprüfte.

Die Relevanz des Themas Rohstoffe und Krisenprävention sowie die deutschen Aktivitäten und diesem Bereich wurden durch den 2014 veröffentlichten EU-Verordnungsentwurf zu verantwortungsvollen Importen von Zinn, Tantal, Wolfram sowie Gold auch im internationalen Rahmen betont.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase mit fünf Minen in Ruanda setzte sich die deutsche Unterstützung von Zertifizierungsmaßnahmen bis zum Jahr 2018 in der Region der Großen Seen fort. Bei konsequenter Weiterentwicklung des Projekts könnten wir im Jahr 2040 weltweit alle Rohstoffe aus zertifizierten Handelsketten importieren.

2.2 Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU

- Die Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas bilden einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU.
- Ab 2030 regelt die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der EAWU unter Führung Russlands die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten in einem gemeinsamen Vertrag durch die Ausgestaltung einer gemeinsamen Wirtschaftszone.

- Deutschland ist der wichtigste Unterstützer der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) und trägt mit über 60 % zur entsprechenden EU-Unterstützung des Budgets der Afrikanischen Union (AU) bei.
- Deutschland trägt jährlich 12 Mrd. Euro zum UN-Entwicklungsplan mit den Staaten der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga bei. Schwerpunkte sind Fairer Handel, Gute Regierungsführung, Private und Öffentliche nachhaltige Investitionen, Wirtschaftliche Entwicklung von unten, Unternehmerische Entfaltung sowie Jobs und Beschäftigung.
- Die afrikanischen und Nahost-Staaten tragen einen Anteil von 30 % des Energiebedarfs der EU aus regenerativen Quellen bei. Dafür investiert Deutschland jährlich weitere 5 Mrd. Euro in die energetische Infrastruktur der Mittelmeer-Anrainerstaaten.

*Beispiel***Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika**

Eine wichtige aktuelle Maßnahme der Bundesregierung ist die Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika. Schwerpunkt der Förderung ist die Ausbildung afrikanischer Polizistinnen und Polizisten für UN- und AU-Friedensmissionen.

So finanziert die Bundesregierung seit 2008 Ausbildungskurse am Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) in Accra, Ghana.

Die Unterstützung afrikanischer regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren wird flankiert durch eine deutsche Förderung von UNITAR (United Nations Institute for Training and Research). UNITAR unterstützt die afrikanischen zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren bei der Ausbildung für UN-Missionen und baut ein regionales afrikanisches Netzwerk von zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren auf.

Bei konsequenter Fortführung dieses Projekts könnten bis zum Jahr 2040 mehr als 100.000 westafrikanische Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden.

2.3 Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur (EU, OSZE, NATO, UNO)

- Deutschland beteiligt sich aussch. an den zivilen Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP).
- Die OSZE ist die Schlüsselorganisation für Frühwarnung, Krisenprävention, Konfliktlösung und -nachsorge im gesamteuropäischen Raum. Als Unterorganisation der UNO bearbeitet sie sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit rein zivilen und polizeilichen Mitteln.
- Unter der Perspektive Gemeinsamer Sicherheit wird Sicherheit in Europa unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Akteure gedacht. Die eigene Sicherheit berücksichtigt stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers.
- Deutschland investiert jährlich 6 Mrd. Euro in den Aufbau der gesamteuropäischen UNO-Polizei unter dem Dach der OSZE, die dank ihrer ständigen Einsatzbereitschaft ebenso schnell und durchsetzungsstark ist, wie man es früher nur von Armeeverbänden kannte.
- Die NATO akzeptiert den rein zivilen Beitrag seiner Mitglieder Deutschland und Niederlande.
- Die Ausbildung der Bevölkerung in Resilienter Demokratie ist als Säule der Gemeinsamen Sicherheitspolitik in der EU, OSZE und NATO etabliert.
- Deutschland trägt mit über 5.000 Polizei- und 50.000 zivilen Fachkräften zu internationalen UNO-Friedensmissionen bei und ist größter Einzahler in den UN-Peacebuilding Fund.
- Deutschland wirbt intensiv für das Ziel, UN-Friedensmissionen generell als Polizeieinsätze zu organisieren und richtet jährlich die UN-Polizeikonferenzen aus.
- Der UNO-Sicherheitsrat besteht nun aus Vertreter*innen regionaler kontinentaler Sicherheitsräte.

2.4 Resiliente Demokratie

- Flächendeckende Aus- und Fortbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in konstruktiver Konfliktbearbeitung und reflexivem Konfliktverständnis.
- Verstärkte Sozialarbeit verhindert die Ausbreitung von Feindbildern und die Diffamierung von Fremden.

- Flächendeckende Mediationszentren verhindern gewaltsame inter- und intragesellschaftliche Konflikte. Die Zentren stehen allen UN-Mitgliedsländern offen.
- Der Bundesverband Gewaltfreiheit sowie zahlreiche Stiftungen und Lehrstühle befördern die weitere Professionalisierung und Verbreitung nicht-militärischer Konfliktkultur.
- Staat und Zivilgesellschaft sind gegen Freiheitseinschränkungen von innen und außen – auch durch strukturelle Planung und Vorbereitung organisierten Zivilen Widerstands – resilient.
- Alle Kirchen und Religionsgemeinschaften bieten Aus- und Fortbildungen zu Friedensstifter*innen an.
- Zivile Krisenprävention ist das Markenzeichen deutscher, österreichischer, schwedischer und niederländischer Außen- und Sicherheitspolitik.
- Zur Verhinderung und Aufarbeitung terroristischer Anschläge sind Polizei und Justiz mit ausreichenden Personal- und Finanzmitteln ausgestattet.
- Regelmäßige unabhängige Studien überprüfen den Ausbildungsstand und die Wirksamkeit der zivilen Konfliktkultur hinsichtlich der Sicherheit des Landes.

2.5 Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

- Der Mythos der Wirksamkeit von Gewalt ist überwunden.

Explizit beschreibt das Szenario die Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt, die durch die Studien von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan aus den Jahr 2011 („*Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*“) sowie 2016 („*How the world is proving Martin Luther King right about nonviolence*“) eingeleitet ist. Chenoweth und Stephan haben anhand von 460 untersuchten internationalen Beispielfällen der Jahre 1900 bis 2015 nachgewiesen, dass gewaltfreie Aufstände doppelt so erfolgreich sind wie bewaffnete.

- Die Bundeswehr hat ihre letzten Einrichtungen an das Internationale Technische Hilfswerk übergeben.

- Aus Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden werden keine Waffen mehr exportiert.
- Die Konversion von der Rüstungszur zivilen Produktion ist sozialverträglich gestaltet worden.
- Der Internationale Strafgerichtshof hat sowohl führende Köpfe des IS als auch westliche Regierungschefs wegen ihrer Gewalttätigkeit verurteilt.
- Eine globale Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission hat die Vorwürfe islamischer und afrikanischer Staaten gegen westliche Staaten aufgearbeitet.
- Die Finanzquellen von Terror-Organisationen sind weltweit ausgetrocknet.
- Alle Atomwaffen sind aus Deutschland abgezogen.

3. VON 2019 BIS 2040 – MÖGLICHE MEILENSTEINE DER ENTWICKLUNG

2019 EKD fordert Studie zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik Deutschlands

Das Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik wird dank bundesweiter von verschiedenen Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen finanzierter Zeitungsanzeigen und großflächiger Infoplakate sowie Aktionstage einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Über das europäische Netzwerk Church and Peace, den Internationalen Versöhnungsbund, die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE sowie den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf und die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft COMECE wird das Szenario auch im europäischen Kontext in die gesellschaftliche Debatte eingespeist.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Wüstner, beschwert sich öffentlich, dass der Bundestag der Bundeswehr keine klaren Ziele für Auslandseinsätze vorgebe und damit die Soldat*innen regelmäßig in unhaltbare Situationen bringe.

Die EKD fordert die Finanzierung einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

2020 Gründung der zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik

Gründung der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik mit zunächst 30 Mitgliedsorganisationen, die gemeinsam das Ziel eines entsprechenden Bundestagsbeschlusses im Jahr 2025 formulieren.

Fünfzehn der 30 Mitgliedsorganisationen der Kampagne richten Stellen zur Unterstützung der Kampagne ein. Ein Kampagnenrat mit Vertreter*innen der Evangelischen Landeskirche in Baden sowie sonstiger kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen stimmt die Planung der Kampagnen-Policy sowie konkreter Aktionen miteinander ab. Erster Schwerpunkt der Kampagne ist die Aufforderung an die Bundesregierung, auf europäischer und internationaler Ebene für ein vollständiges weltweites Verbot von Atomwaffen einzutreten.

2021 Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern

Der Bundestag beschließt die definitive Verbannung jeglicher Atomwaffen von deutschem Boden.

Die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ erreicht einen Bundestagsbeschluss zur Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern. Ihre Forderungen zum Stopp jeglicher Rüstungsexporte wurden von der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik übernommen.

Durch erfolgreiche Aktionskampagnen sowie eine sehr kreative Öffentlichkeitsarbeit gewinnt die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik bereits über 1.000 Mitgliedsorganisationen. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 gelingt der Kampagne die Bekanntmachung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ bei Bundestagskandidat*innen aller Parteien durch zahlreiche Podiumsdiskussionen in ganz Deutschland.

2022 Vergabe einer Studie zur nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik

Der Dialog der in der Kampagne zusammengeschlossenen zivilgesellschaft-

lichen und kirchlichen Organisationen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern intensiviert sich durch flächendeckende Veranstaltungen kirchlicher Akademien und parteinaher Stiftungen.

Flächendeckende Postkartenaktionen an die Bundestagsabgeordneten sowie kreative Veranstaltungen in jedem Wahlkreis fördern und unterstützen diesen Dialog.

Die EKD erreicht im Zusammenspiel mit der Kampagne die Vergabe einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

2023 Papst-Enzyklika „fructus iustitiae pax“

Als der Papst in seiner Enzyklika „Fructus iustitiae pax“ – Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein. (Jesaja 32,17) alle Staaten, insbesondere die Industriestaaten auffordert, ihre finanziellen Mittel deutlich von militärischer in Richtung nicht-militärischer Sicherheitspolitik umzuschichten, engagieren sich immer mehr Pfarrgemeinden und Kirchen in Deutschland und Europa für die Kampagne, die Ende des Jahres bereits 3.000 Mitträger-Organisationen aufweist.

In Umfragen sprechen sich bereits 40 % der Bevölkerung für einen Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik aus.

2024 Studie der Bundesregierung empfiehlt die Umsetzung des Kampagnen-Szenarios

Die im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik belegt die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele und empfiehlt eine schrittweise Umsetzung des von der Kampagne vertretenen Szenarios.

Die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik findet dank monatelanger flächendeckender Aktionen ihrer jetzt 5.000 Mitträger-Organisationen vor

Bundeswehrstützpunkten und breiter Unterstützung aus den Bistümern und Landeskirchen bundesweite mediale Aufmerksamkeit und Sympathie. In Umfragen sprechen sich bereits 60 % der Bevölkerung für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik aus.

2025 Bundestagsbeschluss zum Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik

Das Szenario findet auf dem ökumenischen Kirchentag in Bonn breite Unterstützung und beherrscht die bundesweite Berichterstattung. Spitzenpolitiker*innen fast sämtlicher Parteien öffnen sich für das Konzept und sichern eine schrittweise Umsetzung nach der anstehenden Bundestagswahl zu.

In einer historischen Sitzung beschließt der neu gewählte Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit den Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik.

2026 Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Bildung einer Wirtschaftszone

Unter dem Dach der OSZE nehmen auf Betreiben Deutschlands die EU und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), die Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan umfassen, Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok auf. Diese gemeinsame Wirtschaftszone soll die Grundlage für eine zeitgleich zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bilden.

2027 Das ITHW übernimmt erste Ausrüstungen der Bundeswehr

Im Zuge der Konversion der Bundeswehr übernimmt das Internationale Technische Hilfswerk (ITHW) erste zivil nutzbare Ausrüstungen für verstärkte künftige zivile Einsätze der weltweiten medizinischen und technischen Katastrophenhilfe.

Rüstungsbetriebe entwickeln und bauen das vom ITHW benötigte Equipment und beginnen auf diese Weise die Konversion zur Produktion ziviler Produkte.

Die NATO kritisiert den Bundestagsbeschluss von 2025 zum beabsichtigten Umstieg Deutschlands zu einer vollständig zivilen Sicherheitspolitik. Das Bundeskabinett hält dem Druck der anderen NATO-Mitgliedsländer stand und verweist auf die eindeutige Stimmung der Bevölkerung hinsichtlich der beschlossenen Transformation. Die USA stellen daraufhin vorübergehend die Zusammenarbeit ihrer Geheimdienste mit den deutschen Behörden ein.

2028 Beginn von Verhandlungen über eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland

Aufgrund der erfolversprechenden Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland/der EAWU beginnen Verhandlungen zum Aufbau einer Sicherheitspartnerschaft mit Russland unter dem Dach der OSZE.

Die Münchner Sicherheitskonferenz und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik richten ihre Programme ab sofort durchgängig am Bundestagsbeschluss von 2025 aus, d. h. an der beabsichtigten rein zivilen Sicherheitspolitik. Dazu haben insbesondere auch die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ sowie die bundesweite Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik beigetragen.

2029 Gewaltfreier Umgang mit Konflikten und Resiliente Demokratie werden verbindliche Lehrinhalte an allen Schulen

Die Bundesländer übernehmen den gewaltfreien Umgang mit Konflikten sowie Resiliente Demokratie in den Kanon verbindlicher Lehrinhalte für alle Schulformen. Der Unterricht wird bundesweit in Abstimmung mit den Bildungsministerien von zivilgesellschaftlichen Organisationen des Verbands Gewaltfreiheit durchgeführt und verantwortet, um die Bedeutung einer funktionierenden Zivilgesellschaft für eine Resiliente Demokratie zu unterstreichen.

2030 Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen mit Russland / der EAWU

Unter dem Dach der OSZE wird die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland / der

EAWU begründet. Mit der Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok überwindet Europa seine wirtschaftliche Spaltung, die mit der Ukraine-Krise 2014 ihren Höhepunkt erreichte. In der vereinbarten Partnerschaft werden sowohl die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Russlands wie all der anderen EU- und EAWU-Partner vollumfänglich anerkannt und miteinander austariert.

Die Bundeswehr beendet ihre Informationsveranstaltungen an Schulen in Deutschland.

2032 Eröffnung des OSZE-Zentrums „Zivile Krisenprävention und -intervention“ in Stockholm und des UN-Zentrums für Sozialen Widerstand in Bonn

Die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland / der EAWU ermöglicht in ganz Europa eine ständige militärische Abrüstung und den Aufbau einer gemeinsamen OSZE-Polizei. 70 % der Deutschen zeigen Vertrauen in die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland / der EAWU.

In Folge des deutschen Engagements baut die OSZE ihre Zivile Krisenprävention und -intervention zu einem eigenen Zentrum aus, das in Stockholm eröffnet wird.

In Bonn wird zeitgleich von der UN-Generalsekretärin das UN-Zentrum für Sozialen Widerstand als Ausbildungsstätte für Resiliente Demokratie eingeweiht.

2035 Bundestagsbeschluss zur vollständigen Konversion der Bundeswehr im Jahr 2040

Dank intensiver und kooperativer Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit dem Forum Zivile Sicherheit sowie dem Verband Gewaltfreiheit gelingt die Schaffung der Voraussetzungen für den Bundestagsbeschluss im Jahr 2035 zur vollständigen Konversion der Deutschen Bundeswehr zu einem rein zivilen Teil des Internationalen Technischen Hilfswerks (ITHW).

Die OSZE wird zur Schlüsselkraft für Frieden und Sicherheit in Europa.

2037 Die NATO akzeptiert rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung.

Beim NATO-Gipfeltreffen akzeptieren die Bündnispartner den zukünftig rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung innerhalb des NATO-Bündnisses.

Die letzten deutschen Rüstungsbetriebe stellen ihre Produktion auf die zivil-technische Ausrüstung des Internationalen Technischen Hilfswerks um.

2040 Vollständige Konversion der Bundeswehr


Das bisherige Bundesministerium für Verteidigung wird zum Ministerium für Zivile Krisenprävention. Die Bundeswehr übergibt ihre letzten Einrichtungen und Ausrüstungsgegenstände an das Internationale Technische Hilfswerk.

Deutschland hat seine Sicherheitspolitik komplett auf nachhaltige zivile Sicherheitspolitik umgestellt.


4. Kampagnen-Vorbereitung zur Umsetzung des Szenarios

Im Dezember 2018 haben in Karlsruhe auf Einladung der Badischen Landeskirche 30 meist bundesweite Orga-

nisationen die Gründung einer Kampagne zur Umsetzung des Szenarios sondiert und die Einsetzung eines entsprechenden Kampagnenvorbereitungsrats vereinbart.

Die Evangelische Landeskirche in Baden unterstützt den Aufbau dieser Kampagne durch eine zunächst bis Ende 2023 finanzierte Projektstelle. 

Zum Autor

Ralf Becker, Diplom Kaufmann 



Jg. 1966, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (1987-1993) und war Stipendiat der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als Mitbegründer der Entschuldungskampagne erlassjahr.de und früherer Referent für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

beschäftigt er sich seit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos im Jahr 1982 mit den internationalen Finanzmärkten. Er wirkte an der Erstellung des Club-of-Rome-Berichts „Finance and Sustainability: The Missing Link“ (2012) mit (Deutsch: Geld und Nachhaltigkeit – Von einem überholten Finanzsystem zu einem monetären Ökosystem, 2013)

Als langjähriger Koordinator des Fachbeirats im Regiogeld e. V. verfügt Ralf Becker über ein fundiertes Wissen unterschiedlicher Geldsysteme und deren Umsetzungsmöglichkeiten. Er hält als Social Entrepreneur Vorträge zu den Themen Nachhaltige Geld- und Finanzarchitektur und hat an Universitäten und Akademien in mittlerweile sieben europäischen Ländern referiert.

Siehe auch: <http://monnetta.org/ralf-becker/>

Die Evangelische Landeskirche in Baden hat eine 5-jährige Projektstelle eingerichtet, um eine Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik aufzubauen. Seit 1. April 2019 ist die Stelle mit Herrn Ralf Becker, einem der Ko-Autoren des Szenarios „Sicherheit neu denken“ besetzt. Er hat durch sein Engagement und seine Fachkenntnisse maßgeblich zum bisherigen Erfolg des Szenarios beigetragen.

Die Badische Landeskirche freut sich, dass er in Zukunft hauptamtlich für das Szenario tätig sein wird.

Ralf Becker, Stefan Maaß & Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.]: „Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“; im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrats Karlsruhe; 2. Auflage; Karlsruhe, Januar 2019; 168 Seiten € 9,95; ISBN 978-3-8079-9992-0



Gibt es eine Alternative zur militärischen Sicherheitspolitik? In diesem Buch zeigt wie eine Alternative bis zum Jahr 2040 aussehen könnte. Mit diesem Szenario soll die Diskussion um eine zivile Sicherheitspolitik neue Energie bekommen.

Das Buch kann über die Arbeitsstelle Frieden erworben werden: <https://www.ekiba.de/html/content/buecher.html>

steht aber auch zum kostenlosen Download bereit: <https://hwlink.de/sicherheit>

Vom Herzen in die Hände

Ein Ostertagebuch

Stefan Nold

Samstag, 20. April 2019

Es ist Ostersonntag, 10:00 Uhr. Filomena und ich sitzen auf unserer Veranda, frühstücken, schauen auf unseren schönen Garten und unterhalten uns über das, was wir gerade lesen und was heute zu erledigen ist. Am Samstag gehe ich morgens um sieben oder halb acht in mein etwa 100 Meter entferntes Büro, arbeite zwei oder drei Stunden und hole dann die Brötchen für unser gemeinsames Frühstück. Es ist ein schönes Ritual.

Tucholsky hat einmal gesagt: *„Für die Arbeit ist der Mensch auf der Welt, für die ernste Arbeit, die wo den ganzen Mann ausfüllt. Ob sie einen Sinn hat, ob sie schadet oder nützt, ob sie Vergnügen macht –: das ist alles ganz gleich. Es muss eine Arbeit sein. Und man muss morgens hingehen können. Sonst hat das Leben keinen Zweck.“* Danach blättere ich ein wenig in dem Buch *„Überzeugen im Handumdrehen“* von Robert Cialdini – ein Buch, das besser ist, als der Titel vermuten lässt. Ich liege noch ein wenig auf der Couch und dann schwinde ich mich auf mein Fahrrad und fahre in die Innenstadt. Gestern ist eine Mail gekommen, dass im Depot der Solidarischen Landwirtschaft im Martinsviertel, von wo wir einen Teil unseres Gemüses beziehen, noch ein paar Wirsingköpfe, Schwarzwurzeln und Schnittlauch übrig sind. Filomena gibt mir einen kleinen Einkaufszettel mit Dingen mit, die es in unserem Ortsteil Arheilgen nicht zu kaufen gibt.

Anschließend will ich im Baumarkt vorbeifahren und eine Schachtel mit Kompostbeschleuniger kaufen. Es ist Frühling, die Sonne scheint, es ist angenehm warm. Die Tour in der Stadt dauert seine Zeit, aber es ist ganz schön, wenn man für jedes Ding, das man kaufen möchte, in verschiedene Läden geht, so wie der Onkel Tobi aus

dem alten Kinderbuch, der mit seinem Pferd und Wagen samstags in die Stadt fährt und Besorgungen macht: *„Einen Besen für den Stall, für die Katze einen Ball, für die Äpfel eine Schüssel und den neuen Haustürschlüssel; na für diesmal ist's nicht viel, das behalt ich, das behalt ich, das ist ja ein Kinderspiel.“*

One-stop-shopping geht schneller, aber wie sagte der chinesisch-amerikanische Philosoph Lin Yutang vor gut 80 Jahren: *„Four thousand years of efficient living would ruin any nation“* (Viertausend Jahre effiziente Lebensführung richtet jede Nation zugrunde). Nachdem in der Stadt alles erledigt ist, komme ich auf dem Weg zum Baumarkt an einem Flohmarkt vorbei, der jeden Samstag auf einem großen Firmenparkplatz stattfindet. Einer plötzlichen Eingebung folgend stelle ich mein Fahrrad ab und steuere einen Stand an, wo auch Bücher verkauft werden. Aus mehreren Kisten, hauptsächlich – aber nicht nur – angefüllt mit Herz-Schmerz-Literatur, fische ich nach längerer Suche vier Bücher heraus: *„Automation: Risiko und Chance“*, der zweite Band einer internationalen Arbeitstagung der IG Metall aus dem Jahr 1965 in Oberhausen, ein schmales Bändchen mit autobiografischen Fragmenten von Martin Buber, die Biographie einer Türkin in Deutschland, Inci Y. mit dem Titel *„Erstickt an euren Lügen“* und *„Bruder Abel“* eine Sammlung von Erzählungen zum Thema Barmherzigkeit, herausgegeben von Elisabeth Kumpf aus dem St. Benno Verlag, Leipzig *„nur zum Vertrieb und Versand in der Deutschen Demokratischen Republik und in den sozialistischen Ländern“* wie auf der ersten Seite vermerkt ist. Das scheint nicht ganz geklappt zu haben. Aus dem Buch fällt mir eine kleine gefaltete Dankeskarte des Marianischen Missionsvereins in Hünfeld bei Fulda aus dem Jahr 1956 mit weihnachtlichen Segenswünschen an seine Förderinnen und Förderer ent-

gegen: *„Möge das Licht, angezündet an Bethlehems Stern, auch Ihre Herzen erhellen, erwärmen und froh machen; trotz aller Nacht, die uns bedroht“.* Ich liebe diese alten Bücher und ihre Geschichte. Ich bezahle vier Euro für die vier Bücher und die Händlerin wünscht mir frohe Ostern.

Mein Rucksack ist jetzt sehr schwer und prall gefüllt. Ich überlege, wie ich wohl die große Schachtel mit dem Kompostbeschleuniger auf dem Fahrrad nach Hause bekomme. Das wird schwierig und ich werde – wenn überhaupt – nur ganz langsam fahren können. Aber das Wetter wird jetzt warm, wir brauchen das jetzt und so steuere ich den Baumarkt „Bauhaus“ an, der direkt danach auf meinem Weg nach Hause liegt. In der Gartenabteilung ist eine ganze Batterie von Grills aufgebaut. Dort entdecke ich unseren Nachbarn Taizier bei der intensiven Begutachtung der Besonderheiten eines Grills. Wir begrüßen uns und es entwickelt sich ein kleines Frage-Antwort-Spiel: *„Was machst du hier?“* Er schaut auf den Fahrradhelm in meiner Hand und stellt fest: *„Viel kannst du ja hier nicht einkaufen. Du warst vorher in der Stadt? Was hast du da gemacht?“* Nachdem ich alle Fragen zu seiner Zufriedenheit beantwortet habe, kommt seine Frau Karin angeschlendert und meint, dass sie die große Schachtel mit dem Kompostbeschleuniger prima im Auto mitnehmen können. Dieser Vorschlag kommt wie gerufen. Ich suche aus was ich möchte, gebe Ihnen das Geld und wir verabschieden uns. Beschwingt fahre ich davon, freue mich über diesen schönen Zufall und darüber, so nette Nachbarn zu haben. Auf dem Rückweg, etwa auf der Höhe von „Hornbach“, dem zweiten Baumarkt im Darmstädter Industriegebiet, sehe ich zwei Kinder, ein Mädchen von etwa 10 oder 12 Jahren und einen etwas älteren Jungen, vermutlich Bruder und Schwester. Ihre Fahrräder haben sie abgestellt. Sie stehen um eine Lage von 12 Einliterpackungen fettarmer H-Milch, zwei Lagen Joghurt und einer Tasche mit Einkäufen. Alles ist ihnen vom Fahrrad gefallen. Das eine Fahrrad ist ein Rennrad ohne Gepäckträger und Schutzblech, das andere hat als Gepäckträger zwar eine Ablage, aber keinerlei Möglichkeit, dort etwas festzuklammern oder zu befestigen.

Die beiden Kinder stehen ratlos vor diesem Kladderadatsch. Ich halte an, biete meine Hilfe an und überlege was zu tun ist. Ich probiere, die Milch auf mein Fahrrad zu stellen und sie mit einer Schnur, die ich zufällig im Rucksack habe, am Fahrrad zu befestigen. Das gelingt nicht. Das Mädchen ist pfffig: „Jetzt hast du die Schnur nur um die Milch festgemacht, aber gar nicht am Fahrrad“. Sie hat recht. Wir nehmen Karton wieder herunter, aus einer Tüte läuft schon etwas Milch aus. Jetzt muss eine Lösung her. Ich schlage vor, zum Baumarkt gegenüber zu laufen und Restkartons zu holen. Das Mädchen geht mit. Der Junge spricht nicht, vielleicht kann er kein Deutsch. Er bleibt und passt auf die Sachen auf. Am Packtisch finden wir zwar keine fertigen Kartons, aber stabile, große Kartonstücke und eine große Rolle mit Schnur.

Mit vielen Kartonstücken und einer langen Schnur kommen wir zurück. Mit meinem kleinen roten Taschenmesser mit der Aufschrift „Spende Blut beim Roten Kreuz“, das ich immer dabei habe, schneide ich Kartonstücke zurecht. Damit gelingt es, eine hinreichend große und stabile Unterlage auf dem Gepäckträger des einen Fahrrads zu schaffen, so dass wir die 12 Liter Milch, die zwei Lagen Joghurt und die Einkaufstasche dort übereinander abstellen können. Mit weiteren Kartonstücken können wir die Ladung seitlich absichern und mit der Schnur festzurren. So machen sich die Kinder auf den Heimweg, die Fahrräder nebeneinander herschiebend. Ich bringe die übrig gebliebenen Kartonstücke zum Baumarkt zurück und fahre ihnen hinterher. Als ich sie einhole, haben sie schon ein großes Stück Weg zurückgelegt. Ich rufe Ihnen einen Abschiedsgruß zu und fahre nach Hause.



Nach dem Abendessen schmökere ich in den neu gekauften Büchern und lese mich im Vorwort von „*Bruder Abel*“ fest: „Im Alten Testament fragt Gott den Menschen: Wo ist dein Bruder Abel? Und der Mensch antwortet: Ich weiß es nicht. Bin ich denn der Hüter meines Bruders? Ist es möglich, dieses Wort Kains ohne Erschrecken zu lesen? Das Wort des Mörders, der die Schuld auf das Opfer legen möchte. Im Neuen Testament fragt der Mensch Gott: Wer ist mein Nächster? Und Gott gibt ihm gleichsam Kains Antwort zurück, er erzählt ihm die Parabel vom Barmherzigen Samariter, in der er den Menschen zum ‚Hüter seines Bruders‘ bestellt. Zwischen diesen beiden Polen, der Ablehnung und der Annahme der Verantwortlichkeit für den Nächsten, für den Bruder, bewegt sich unser Leben. Wir könnten diese Frage über unsere tägliche Gewissenerforschung stellen und dem Tag sein Gewicht geben je nachdem wir uns dem einen oder anderen Pol genähert haben. Oder war der Tag vielleicht ‚neutral‘ war er weder kalt noch heiß, so dass er nur verdient, ausgespien zu werden. Denn selbst aus der Untat kann aus Reue noch Tat werden, aus der Gleichgültigkeit scheint es fast unmöglich, aufgeweckt zu werden.“ Danach folgt ein kurzer Abriss der ausgewählten Geschichten. Das Vorwort von Elisabeth Kumpf schließt mit den Worten: „Wer hat als Nächster gehandelt an dem, der unter die Räuber gefallen war?“ fragt Jesus am Ende der Parabel den Gesetzeslehrer. ‚Der ihm Barmherzigkeit erwiesen hat‘, antwortet dieser. Und Jesus gebietet: Gehe hin und tue desgleichen.“

Damit hätte diese kleine Geschichte einen runden, erbaulichen Abschluss gefunden. Gott hat es anders gewollt. Vor dem Einschlafen lese ich weiter im Buch „*Bruder Abel*“. Nach den ersten anrührenden, teilweise tragikomischen Geschichten beginnt auf Seite 85 die Erzählung „*Das Wunschkonzert*“ von Stanislaw Wygodzki. Es ist die Geschichte von Heniek, von einem, der den Holocaust überlebt hat. Er schreibt: „Die erste Erschießung war Ende September an der Betonmauer. Hundertzweiundsechzig Mann. Genickschüsse mit Sprenggeschossen aus nächster Nähe. Sie wissen nicht, was Sprenggeschosse sind? Haben Sie von Dumdumgeschossen gehört? Na also. So eine Kugel macht

kein Loch, sondern zerschmettert den Schädel und reißt ihn in Stücke. Das Hirn und kleine Schädelstückchen, scharf wie Holzsplitter, bleiben an der Mauer kleben. Größere Stücke fallen ab. Wir vierundvierzig mussten die Ermordeten beerdigen und die Mauer reinigen. Das geschah folgendermaßen... Ach was für schöne Musik! Sie gefällt ihnen nicht? Also, sie ließen uns in einer Linie antreten, das Gesicht zur Mauer, und wir mussten ablecken, was an der Mauer klebengeblieben war. Einen Zentimeter nach dem anderen. Die SS-Männer standen mit Gummiknüppeln dahinter und passten auf, das niemand ausspuckte. Das war nämlich verboten. Man musste die kleinen Gehirnkümpchen und Schädelstückchen runterschlucken. Zum Glück waren das winzige Knöchelchen. Die größeren waren ja abgefallen. Aber wenn sich einer vergaß und ausspie, bekam er eins mit dem Knüppel. Den Schlag spürte man kaum, man sah die Welt bloß wie im Nebel, wankend und verschwommen, und den Nacken hinter lief das warme Blut und tränkte das Hemd.“ All das geschah vor rund 75 Jahren vielleicht 750 Kilometer von hier entfernt – unter deutscher Leitung. „Unter deutscher Leitung“ – so hat man früher gelegentlich im Reiseprospekt Hotels im Ausland beworben. Vielleicht hat zur selben Zeit mein Vater auf der Schulbank im Lateinunterricht Julius Caesars „*De bello gallico*“ übersetzt. Mit diesen Bildern im Kopf lege ich das Buch zur Seite und schlafe ein.



Sonntag, 21. April 2019

6:00 Ostersonntag. Um 10 Uhr werden wir in den Gottesdienst gehen, um die Auferstehung Jesu zu feiern. Es hält mich nicht mehr im Bett. Ich muss aufstehen und anfangen, diese Geschich-

te aufzuschreiben. Hermann Weber, unser Pastor in der Stadtmission Arheilgen, hat seine Osterpredigt unter das Motto gestellt: „Plötzlich und unerwartet – Jesus lebt“. Auch wenn sich sein und mein Glaube in der Frage der Auferstehung grundlegend unterscheidet, so schafft Hermann es doch immer wieder, eine Brücke zu schlagen. „*Neues Leben beginnt dort, wo wir nicht tote Formen pflegen, sondern Jesus begegnen, wo durch Jesus das Trennende und Blockierende weggeräumt wird, wo Jesus durch mich handeln kann.*“ Diese drei von seinen fünf Punkten sind es, die mich bewegen. Mittags haben wir Besuch von unseren Kindern. Die Sonne scheint, unser Enkel Luis sucht Ostereier, die Filomena zwischen den blühenden Blumen und Sträuchern versteckt hat. Ich sitze allein auf der Schaukel und denke an die bitteren Sätze, mit denen „Das Wunschkonzert“ beginnt: „*Das ist hübsch, nicht?*“ Was sagte doch der Sprecher? „*Dem lieben Großvater wünschen die Söhne, Töchter, Enkel und Urenkel... Zeigen Sie mir mal einen Juden, der von sich sagen kann, er habe Söhne und Töchter großgezogen, und seine Töchter hätten ihre Kinder großgekriegt und deren Kinder wiederum ihre Kinder.*“ Unser Sohn Alexander setzt sich neben mich: „*Du bist melancholisch?*“ Ich antworte nicht. Nach einer Pause sage ich: „*Wichtig ist mir, dass du dich mit deinem Bruder gut verstehst.*“ Abends sitzen Filomena und ich auf der Veranda. Am blauschwarzen Himmel sieht man in großer Höhe die hellen Kondensstreifen der Flugzeuge. Im Garten gehen vier Laternen mit fackelartig brennenden ockerfarbener LED-Beleuchtungen an. Es ist eine schöne, vertraute Stimmung, wie an einem Kamin. Nach einer langen Zeit gehen wir ins Haus und schließen die Tür.

Montag, 22. April 2019

Ostermontag. Es ist der Tag der Friedensdemonstrationen. Die Zeiten haben sich geändert und sind doch wieder gleich: Der Russe ist wieder der Böse. Aber es gibt einen Unterschied. Früher gab es noch genug Menschen, die den Vernichtungsfeldzug der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS entweder unmittelbar selbst mitgemacht oder doch zumindest erahnt und erspürt haben, was da vor sich ge-

gangen war. Die unzähligen Vergewaltigungen auf dem Vormarsch der Roten Armee wurden mit gesenktem Kopf hingenommen wie eine Kollektivstrafe Gottes für die eigenen, von vielen nur schemenhaft erahnten Gräueltaten, ebenso wie die verbrecherischen und militärisch völlig sinnlosen Flächenbombardements deutscher Städte durch Engländer und Amerikaner. Bei Kriegsende war mein Vater 18 Jahre alt und nur gut zwei Monate an der Front gewesen. Als er mit anderen Kriegsgefangenen auf dem Lastwagen saß und klar wurde, dass sie an die Russen ausgeliefert werden würden, kippte die Stimmung. Er berichtete, die einhellige Meinung von denen, die länger dabei waren, sei gewesen: „*Für das, was wir denen angetan haben, behalten die uns mindestens 10 Jahre dort.*“ Für Mitglieder der Waffen-SS, leicht erkennbar an der eintätowierten Blutgruppe unter dem Arm, und für Angehörige von Truppenteilen, die lange in Russland waren, stimmte die Vorhersage: Die letzten kamen 1954 nach Hause.

20 Millionen Sowjetbürger haben wir Deutsche in diesem Krieg umgebracht. Allein die über zwei Jahre dauernde deutsche Belagerung Leninsgrads, dem heutigen St. Petersburg, haben eine Million Russen mit dem Leben bezahlt. In Leningrad ist auch Wladimir Putin geboren, nach dem Krieg, den seine Mutter mit viel Glück überlebt hat. Unter dem Titel „*Das Leben ist eine einfache und grausame Sache*“ hat er die Erinnerungen seiner Eltern beschrieben. Die FAZ hat diese Erzählung am 7. Mai 2015 zum siebzigsten Jahrestag des Kriegsendes abgedruckt. Er schreibt dort über das Ende der Belagerung: „*Als meiner Mutter das Kind (Putins während der Belagerung an Diphtherie gestorbener Bruder) schon weggenommen worden war und sie allein daheim war und meinem Vater wieder erlaubt war zu gehen, ging er auf Krücken nach Hause. Als er ankam, sah er, wie Sanitäter Leichen aus der Eingangstür tragen, unter ihnen meine Mutter. Er trat näher heran, und ihm schien, als atmete sie noch. Er sagte den Sanitätern: ‚Sie lebt doch noch!‘, ‚Den Transport‘, bekam er zur Antwort, ‚wird sie nicht überleben.‘ Da ging er mit den Krücken auf die Sanitäter los und zwang sie, sie in die Wohnung zurückzutragen. Sie sagten: ‚Gut, wir tun jetzt, was du*

willst, aber sei dir darüber im Klaren, dass wir die nächsten zwei bis vier Wochen hier nicht mehr vorbeikommen werden. Du musst dann allein zurechtkommen.‘ Er pflegte sie gesund. Sie lebte bis zum Jahr 1999. Er verstarb Ende 1998.“ Fünf der sechs Brüder des Vaters sind im Krieg gefallen. Putin schließt mit den Worten: „*Aber es gab ja keine einzige Familie, in der nicht jemand gefallen ist. Es gab viel Kummer, viel Unglück, Tragödien. Was verwunderlich ist: Sie empfanden keinen Hass gegenüber dem Feind. Ich kann das, ehrlich gesagt, bis heute nicht ganz begreifen. Meine Mutter war überhaupt ein sehr weichherziger, gütiger Mensch... Sie sagte: ‚Wie soll man diese Soldaten hassen? Es waren einfache Leute, und sie sind auch im Krieg gefallen.‘ Das ist erstaunlich. Wir wurden von sowjetischen Büchern und Filmen erzogen... Und wir hassten. Aber bei ihr war das aus irgendeinem Grund überhaupt nicht so. Ich habe mir ihre Worte eingepägt: ‚Was will man denn von ihnen? Sie waren fleißige Arbeiter wie wir auch. Man hat sie einfach an die Front getrieben.‘ Von Kindheit an erinnere ich mich an diese Worte.*“ Putins Bericht ist für mich eine Brücke zu den Erinnerungen meines im letzten Jahr verstorbenen Vaters. Über seine Zeit in einer Glasfabrik in Saratow hat er gesagt: „*In der Fabrik waren die Natschalniks, also die Vorarbeiter, drei Jüdinnen, für jede Schicht eine. Die hatten natürlich mitbekommen, was die Deutschen mit den Juden während des Krieges gemacht haben, aber da ist nie ein böses Wort gefallen.*“ Trotz der schlechten Ernährung, die ihn beinahe das Leben gekostet hätte, hat er immer gesagt: „*Man hat uns immer menschlich behandelt.*“

Die Verantwortung für die fürchterlichen Verbrechen, die Deutschland begangen hat, und der große Respekt vor dem großen Herz und der Fähigkeit zur Vergebung von Russen und Juden war bei meinen Eltern immer vorhanden. Als der SPIEGEL mit dem Titelblatt von Willy Brandts Kniefall vor den Toten des Warschauer Ghettos bei uns auf dem Wohnzimmerisch lag, hat meine Mutter geweint. Meine Mutter. Wir haben uns nicht gut verstanden. Erst die letzte Nacht hindurch, als ich an Ihrem Bett gesessen und ihre Hand gehalten habe, habe ich mich mit ihr versöhnt. Am Morgen, um sieben Uhr in der Frü-

he, ist sie gestorben. Ich erinnere mich, wie ich als Jugendlicher in der elterlichen Wohnung Beethovens Neunte Sinfonie gehört habe – still für mich mit Kopfhörer – und mich von Schillers' Begeisterung habe anstecken lassen: „Seid umschlungen Millionen. Diesen Kuss der ganzen Welt“. Als ich, berauscht in jugendlicher Begeisterung, meiner Mutter davon berichtete, entgegnete sie: „Küsse, die man der ganzen Welt gibt, kosten nichts.“

Wo sind wir falsch abgelenkt? Wo haben wir den Weg der gegenseitigen Verantwortung für den Frieden verlassen und sind den Parolen des blinden Hasses gefolgt? „Zu Wasser zu Lande und zu Luft sind heute Nacht amerikanische, deutsche und andere europäische Verbündete unterwegs nach Estland, um die russischen Verbände zurückzuschlagen“. Mit dieser Meldung hat vor wenigen Tagen eine Nachrichtensendung des Zweiten Deutschen Fernsehens begonnen. Erst danach wurde mitgeteilt, es handle sich um eine freie Erfindung, die aber sehr gut Realität werden könne.


Nachrichten als kollektive Hypnose? Ich glaube, dass ist selbst George Orwell nicht eingefallen. Für jeden Euro, den Russland für Rüstung ausgibt, geben die NATO-Staaten knapp 20 Euro aus – und es soll noch viel mehr werden. Wie irre sind wir geworden? Eine Antwort findet sich in Cialdinis eingangs erwähntem Buch. Er beschreibt den Fall von Catherine Genovese, einer jungen Frau, die im Stadtteil Queens in New York nach einer halbstündigen Verfolgungsjagd ermordet wurde – vor den Augen von 38 Menschen, die vom Fenster aus der Ermordung zusahen, ohne die Polizei zu rufen. Cialdini führt dies auf „pluralistische Unwissenheit“ zurück: Die Menschen schauen auf den Nachbarn, um einen Anhaltspunkt dafür zu bekommen, wie sie sich selbst verhalten sollen. Er schreibt: „Diese Seite des Phänomens der sozialen Bewährtheit erinnert mich immer an die Art, wie einige Indianerstämme – die Schwarzfußindianer, die Kri, die Schoschonen und die Krähenindianer – früher den nordamerikanischen Büffel gejagt haben. Der Büffel hat zwei Eigenarten, die ihn besonders anfällig für einen falschen sozialen Augenschein machen. Erstens sitzen die Augen so im Kopf, dass er besser zur

Seite als nach vorne sehen kann. Zweitens haben sie, wenn sie laufen, wie zum Beispiel während einer panischen Flucht, den Kopf gesenkt, so dass sie nicht über die Herde hinwegsehen können. Die Indianer erkannten, dass es demzufolge möglich war, Büffel in ungeheurer Zahl zu töten, wenn man eine Herde dazu brachte, auf eine Klippe zuzulaufen. Die Tiere, die auf das sozial bewährte Dröhnen der Hufe um sich her reagierten und nie aufblickten, um zu sehen, was vor ihnen lag, besorgten alles andere.“

Diese Taktik funktioniert auch bei uns Menschen sehr gut. Es ist vom Standpunkt der Massenpsychologie interessant zu beobachten, wie es einer Gruppe von Lobbyisten der US-amerikanischen Militär-, Erdöl- und Gasindustrie sowie der transatlantischen Militärbürokratie schrittweise gelingt, ein Land zu dämonisieren, mit dem wir seit Jahrhunderten spiritueller verbunden sind, und das obwohl größere ideologische Differenzen fehlen. In den siebziger Jahren ist Willy Brandt für seine Entspannungspolitik mit der Sowjetunion gefeiert worden. Als Dissidenten zu Tausenden eingesperrt waren, ist Brandt mit Breschnew auf die Jagd gegangen. Ich fand das – bei aller Sympathie für Willy Brandt – befremdlich, aber damals hat das im freien Westen sonst kaum jemand gestört.

Auch heute ist Russland nicht die Schweiz, aber es herrscht doch eine sehr weitreichende Meinungsfreiheit, was für einen Vielvölkerstaat mit vielen unterschiedlichen Glaubensrichtungen, ungünstigen wirtschaftlichen Startbedingungen und hohem Konfliktpotenzial nicht selbstverständlich ist. Für mich ist es unbegreiflich, dass wir zu einer uns völlig fremden, geistig und politisch im tiefsten Mittelalter verhafteten islamistischen Monarchie wie Saudi-Arabien, einem maßgeblichen Paten des weltweiten Terrors, so freundschaftliche Beziehungen pflegen, sie sogar im großen Stil mit Waffen beliefern, während wir Russland verteufeln, dessen Geistesfürsten von Tolstoi bis Solschenizyn uns einmal so nahe waren. Gerade im Hinblick auf die gewaltige weltweite Herausforderung unsere Umwelt zu erhalten und zu bewahren, wäre es so wichtig, sich auf dieses tiefe und weitsichtige Erbe zu besinnen, statt es als Ausdruck von Ewiggestrigem abzu-

tun. Wir sind wirklich wie eine Büffelherde, die eine kleine Gruppe von Jägern über die Klippe springen und ins Verderben stürzen lassen kann. Wir bewegen uns auf einem Weg des lupenreinen Materialismus und Imperialismus, sehr ähnlich dem, der uns in den ersten Weltkrieg geführt hat – nur dass beide Seiten diesmal Atomwaffen zur Verfügung haben.

Wie finden wir wieder in die Spur? Warum habe ich meine Erzählung nicht mit der hübschen kleinen Moral beendet und die große Politik bemüht, die ich doch nicht ändern kann? Martin Buber erzählt in seinen Autobiographischen Fragmenten von einer eher unbedeutenden Begegnung mit einem Mann, der ihn um Rat gefragt hatte, und zieht über seine Rolle folgendes Fazit: „Ich, wahrlich kein Zaddik, kein in Gott gesicherter, sondern ein von Gott gefährdeter, ein immer neu um Gottes Licht ringender und immer neu an Gottes Abgründen vergehender Mensch, erlebte, nach Trivialem befragt und Triviales entgegnend, dennoch den wahren Zaddik, den nach Offenbarendem Befragten und Offenbarendes Entgegnenden, von innen – damals zum ersten Mal. Ich erlebte ihn in dem Grundverhalten seiner Seele zur Welt: in seiner Verantwortung.“ Und so möge dieser Text dazu beitragen, dass in einer tiefen Symbiose von Glaube und Verstand Jesus eines Tages tatsächlich vom Herzen der Menschen in ihre Hände kommt, damit das, was er und die großen Propheten des Alten Testaments verheißen haben, unter unseren Händen Realität wird. Das und nur das ist es, was das Gesetz uns befahl. 

Zum Autor
Dr.-Ing. Stefan Nold



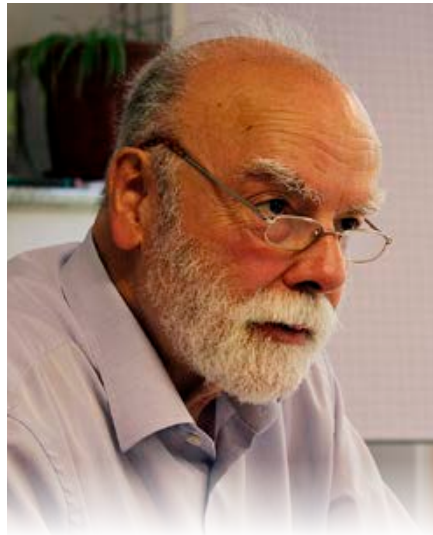
Jg. 59. Studium der Elektrotechnik und Promotion an der TH Darmstadt. Nach Berufsabschluss einige Jahre in der Elektronik-Entwicklung bei KSB Pumpen in Frankenthal. Seit 1991 Inhaber eines Ingenieurbüros (SOFT CONTROL GmbH in Darmstadt) mit den Schwerpunkten optische Inspektionssysteme und intelligente Kameras für die Landtechnik. Aktivist und Mitbegründer verschiedener erfolgreicher lokaler Bürgerinitiativen (u. a. BI ONO Darmstadt gegen die Nordostumgehung).

Fritz Andres

* 26. März 1946 † 6. Juni 2019
in Kirn/Nahe

Mit großer Trauer müssen wir Abschied nehmen von unserem hoch geschätzten Freund Fritz Andres, der die idealen Tätigkeiten unserer „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ 20 Jahre lang als deren 1. Vorsitzender kenntnisreich und umsichtig geleitet und mitgestaltet hat. Während vieler Jahre arbeitete er auch im Vorstand der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ mit. Fritz Andres starb nur wenige Monate, nachdem wir uns mit allen Beteiligten darauf verständigt hatten, unsere Tätigkeiten so umzustrukturieren, dass sie sich auch in Zukunft gut fortsetzen lassen.

Aufgewachsen ist Fritz Andres in der rheinland-pfälzischen Stadt Kirn, wo sein Vater und weitere Familienangehörige die seit 1798 im Familienbesitz befindliche Privatbrauerei Ph. & C. Andres betrieben. Im benachbarten Bad Sobernheim besuchte er das Gymnasium. Als er 16 Jahre alt war, nahm ihn sein Nachbar Fritz Penserot, Kaufmann für Lederzubehör in Kirn, zu einer Tagung des „Seminars für freiheitliche Ordnung“ in Herrsching am Ammersee mit. Dort lernte Fritz Andres die Gebrüder Diether, Heinz-Hartmut und Lothar Vogel kennen und schätzen, die das Seminar leiteten, verstand aber, wie er selbst einmal sagte, zunächst noch kaum etwas von den Themen und Zielen des Seminars. Diese erschlossen sich ihm erst während seines Studiums der Rechtswissenschaften in Frankfurt/M. Zwar teilte er den gesellschaftskritischen Impetus mit der damals einflussreichen Kritischen Theorie der Frankfurter Schule der Soziologie; jedoch folgte er nicht deren marxistischer Grundausrichtung, sondern suchte Orientierung bei drei Denkrichtungen, die das „Seminar für freiheitliche Ordnung“ zum Ziel einer macht- und privilegierten gerechten Welt miteinander verband: Es waren die Pläne zur Reform der Geld- und Bodenordnung von Silvio Gesell, die Drei-



gliederungsidee zur Ordnung des Sozialen Organismus vom Anthroposophen Rudolf Steiner sowie der Ordoliberalismus der Freiburger Schule zur Ordnung der Wirtschaft von Walter Eucken, Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth.

Nach dem Jurastudium ging Fritz Andres auf eine siebenmonatige große Reise durch Nordamerika. Zu Fuß, per Anhalter oder mit Bus, Bahn und Schiff führte ihn sein Weg durch die Region mit den vier großen Seen, durch Kanada bis nach Alaska, die Westküste entlang bis in den Norden Mexikos und entlang der Ostküste wieder hinauf bis Toronto.

Es folgten berufliche ‚Wanderjahre‘ als Referendar im Bundeskartellamt und in mehreren Brauereien, um anschließend Mitverantwortung in der Leitung der familieneigenen Kirner Brauerei zu übernehmen.

Im ‚Nebenberuf‘ wirkte Fritz Andres fortan zusammen mit den Gebrüdern Vogel, Fritz Penserot und Heinz-Peter Neumann, einem damaligen Direktor aus der Landesversicherungsanstalt Berlin, im „Seminar für freiheitliche Ordnung“ mit und beteiligte sich an der Organisation zahlreicher Tagungen des Seminars - zunächst in Herrsching und später in Bad Boll, wo das Seminar mit dem „Trithemius-Haus“ eine eigene Tagungsstätte unterhielt. Dabei entstanden enge Freundschaften mit den beiden Juristen Eckhard Behrens und Jobst v. Heynitz. Mit ihnen übernahm Fritz Andres ab 1987 die Leitung des Seminars und die Herausgabe von dessen Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“, als die vorherige Generation abtrat. Zu-

gleich begann er, bei diesen Tagungen auch selbst Vorträge zu halten und Aufsätze in den „Fragen der Freiheit“ zu veröffentlichen, zunächst über Themen aus dem Bereich der Reform der Bodenordnung und über die „Bedeutung der Bodenfrage für den Frieden in der Welt“. Auch mit der Idee einer „gemeinschaftlichen Wasserordnung von Israelis und Palästinensern“ und mit der „neuen Bodenordnung in Russland“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion beschäftigte sich Fritz Andres damals; ebenso mit dem jüngst wieder sehr aktuell gewordenen Zusammenhang zwischen dem bestehenden Boden(un)recht und der Wohnungsnot sowie mit einem Übergang von der herkömmlichen Grundsteuer zu einer reinen Bodenwertsteuer.

Nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 in Mittel- und Osteuropa starteten Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst v. Heynitz und Prof. Dr. Roland Geitmann eine „Erbbaurechts-Initiative“ für die fünf ostdeutschen Bundesländer. Sie reisten häufig dorthin, um mit Vorträgen vor Stadt- und Kommunalverwaltungen auf die Möglichkeit hinzuweisen, anstelle einer Privatisierung des bis dahin „volkseigenen“ Bodens den Boden im kommunalen und sonst öffentlichen Eigentum zu lassen und nur die Nutzung durch Gebäude und Bauwerke mit dem Erbbaurecht zu privatisieren. Da Fritz Andres die Mitarbeiter/innen in der Geschäftsführung der Kirner Brauerei für die Erledigung der umfangreichen Korrespondenz mit Bürgermeistern und Kommunalverwaltungen in der früheren DDR mit einspannte, machte bald das Wort vom „neuen Politbüro in Kirn“ die Runde. Leider folgte die große Politik dem verfehlten Motto „Rückgabe vor Entschädigung“, was nicht nur zu unzähligen unnötigen Investitionshemmnissen auf dem Weg zur Erneuerung der Wirtschaft in der Ex-DDR führte. Noch bedauerlicher war, dass die Politik damit eine historisch einmalige Chance vergab, das Unrecht der sog. Bodenreform in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ, 1945-1949) im Sinne eines sozialpflichtigen Umgangs mit dem Boden wiedergutzumachen und ein weithin leuchtendes Exempel einer rechtsstaatlichen Prinzipien und dem Grundrechtsschutz des Eigentums entsprechenden Reform der Bodenordnung einzurichten.

Obwohl diesem Ausflug in die aktuelle Tagespolitik kein Erfolg beschieden war, blieb die Reform der Bodenordnung das große Herzensanliegen von Fritz Andres. Ab der Mitte der 1990er Jahre vermochte er die Sicherung seiner Existenz so zu regeln, dass es ihm bei einem bescheidenen Lebensstil möglich wurde, seinen bisherigen ‚Nebenberuf‘ zu einem unbezahlten Hauptberuf zu machen und sich seitdem mit ganzer Kraft für unsere gemeinsamen ideellen Ziele einzusetzen. Obwohl er also einer Familie mit gewissen Privilegien entstammte, galt sein gesamtes Engagement einer macht- und privilegienfreien, gerechten Ordnung von Kultur und Wirtschaft und einer Staatsordnung, in der der Rechtsstaat sein legitimes Machtmonopol nur für die interessenneutrale Gesetzgebung und die Durchsetzung des Rechts zum Schutz der Freiheit der Menschen vor Macht und Gewalt einsetzt. Oberstes Leitbild seines Denkens war eine freiheitliche und zugleich gerechte Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft, in der die Menschen entsprechend ihrer in der Verfassung verankerten Grundrechte ihre Persönlichkeit frei entfalten können, ohne dabei andere Menschen durch Ausübung von Macht zu unterdrücken.

Zusammen mit Eckhard Behrens und Jobst v. Heynitz intensivierte Fritz Andres fortan seine Tätigkeiten im „Seminar für freiheitliche Ordnung“ in Bad Boll, wo die eigene Tagungsstätte übrigens später in „Schule der Freiheit“ umbenannt wurde. Zeitweise führte er auch Veranstaltungen für Studierende im Umfeld der privaten Universität in Witten-Herdecke durch. Außerdem



begann er auch in der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ mitzuarbeiten, indem er Vorträge bei den „Mündener Gesprächen“ hielt und Aufsätze in unserer „Zeitschrift für Sozialökonomie“ schrieb. Bei alledem erweiterte sich sein Themenspektrum erheblich. Es entstanden Aufsätze über Fragen der Vermachtung der Wirtschaft und der Reformen von Unternehmensverfassung und Patentrecht, über Fragen des Generationenvertrags, der Bildungs- und Kulturordnung sowie der Demokratie. Parallel dazu beschäftigte sich Fritz Andres weiter mit der schon von Leo Tolstoi gestellten großen Menschheitsfrage „Wie

viel Erde braucht der Mensch?“ Daraus entwickelte er Vorstellungen von einem „erweiterten Begriff von Nachhaltigkeit“ und nicht zuletzt war er derjenige, der wohl als Erster die Grundgedanken der Reform der Bodenordnung auf die Lösung der klimapolitischen Problematik übertrug. Dabei plädierte er u. a. für eine Pro-Kopf-Rückverteilung von CO₂-Abgaben. Fritz Andres machte deutlich, dass der Boden, die natürlichen Ressourcen der Erde und die Erdatmosphäre Gemeinschaftsgüter aller gegenwärtig und zukünftig lebenden Menschen sind. Angesichts der großen Widerstände gegen diese Einsicht und der immer drängender werdenden Klimaproblematik erwartete er, dass die Menschen am ehesten den Charakter der Erdatmosphäre als Gemeinschaftsgut der Menschheit erkennen werden und dass dann - wie er es manchmal in Vorträgen formulierte - „die Reform der Bodenordnung eines Tages aus der Luft kommt“. Wenn nämlich die Erdatmosphäre erst einmal als Menschheitsgut anerkannt werde, dann könne sich danach die Einsicht durchsetzen, dass auch andere Ressourcen und schließlich auch die Grundstücke als Gemeinschaftsgüter behandelt werden müssen, damit das Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen verwirklicht werden kann.



Ein ganz besonderes Highlight war eine gemeinsame Tagung der „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) und der „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO) im Jahr 2006. Damals fragte uns Fritz Andres, ob er an einem langen Tagungswochenende alle Vorträge halten dürfe, um einmal die große „Interdependenz der einzelnen Teilordnungen“ einschließlich der Boden- und Geldordnungen, der Unternehmensverfassung, der Bildungs- und Kulturordnung und des Generationenvertrags in einen Gesamtüberblick zu nehmen, um den ordnungspolitischen Blick aufs Ganze zu schärfen und um in den Diskussionen das Bewusstsein für den Gesamtzusammenhang der Teilbereiche des Lebens zu vertiefen. In den folgenden Jahren erhielt Fritz Andres auch Lehraufträge am Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier, wo er auch zeitweise im Vorstand und zuletzt als Beisitzer im Verein „Freunde der Hochschule e. V.“ mitwirkte, sowie am Lehrstuhl für Entrepreneurship, den Prof. Dr. Götz Werner, der Inhaber der dm-Drogeriemärkte und Motor der Grundeinkommensbewegung, an der Universität Karlsruhe innehatte.


Zeitweise arbeitete Fritz Andres auch im „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ (FÖS) sowie in der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen“ von Bündnis 90 / Die Grünen mit, um dort Verständnis für die Notwendigkeit einer erweiterten Bodenreform für die Lösung der Flächenverbrauchs-, Ressourcen- und Klimaproblematik zu wecken. Diese Hoffnung erfüllte sich leider nicht.

Im Laufe der Zeit verfasste Fritz Andres etwa 75, zum großen Teil längere Aufsätze, in denen er seine Lebensthemen grundsätzlich und mit aktuellen Bezügen behandelte. Sie alle bilden einen kostbaren Fundus, auf den Wissenschaftler/innen in Zukunft hoffentlich zurückgreifen werden, wenn sie die Bedeutung der Reformgedanken zur Geld- und Bodenordnung einmal allgemein anerkennen und fragen werden, wer zu ihren Vordenkern und Wegbereitern gehörte. (Eine Liste der in den „Fragen der Freiheit“ erschienenen Aufsätze von Fritz Andres findet sich auf der Internetseite: https://www.sffo.de/sffo/FdF/Alle-Hefte_Autoren.pdf.)

Neben seinem großen Arbeitspensum nahm sich Fritz Andres auch Zeit für seine musischen Begabungen. Mit besonderer Vorliebe widmete er sich dem Klavierspiel. Sonaten von Beethoven, Schubert und anderen Komponisten vermochte er auswendig zu spielen. Häufig erfreute er auch die Teilnehmenden von Tagungen in Bad Boll mit seiner wohlthuende Atmosphäre stiftenden Musik, für die er im Tagungsgebäude des Seminars eigens einen Flügel anschaffen ließ. Wegen ihrer klaren inneren Ordnung bezeichnete Fritz Andres uns gegenüber im Gespräch manchmal die Sonaten von Beethoven als „hörbare Reform der Bodenordnung“. Neben seiner Leidenschaft für die Musik war er auch ein wandelndes Lexikon der Literatur- und Philosophiegeschichte. Am Rande von Tagungen konnte er Tischgespräche und abendliche Gesprächsrunden zuweilen mit frei rezipierten Passagen aus Gedichten von Goethe und Schiller oder Conrad Ferdinand Meyer sowie mit spontanen geistreich-humorvollen Äußerungen verschönern. Besonders liebte er Meyers Gedicht „Der römische Brunnen“ sowie den Roman „Der Graf von Monte Christo“ von Alexandre Dumas und auch die Romane von Josef Ortheil.

Zusätzlich zu seinen Tätigkeiten als Organisator von Veranstaltungen sowie als Vortragender und Autor hatte Fritz Andres seit dem Jahr 2000 auch noch die Rolle als 1. Vorsitzender der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ inne, wofür er als versierter Jurist die beste Besetzung war, die wir uns wünschen konnten. Auf allen Ebenen war unsere Zusammenarbeit mit ihm ein großes Geschenk für uns - in der Stiftung, in der SG und in unserem gesamten Umfeld. Fritz Andres verkörperte für uns eine seltene Verbindung von fachlicher Kompetenz mit Gewissenhaftigkeit, Herzenswärme und Humor. Er verstand es, unseren ideellen Bestrebungen als *primus inter pares* eine verlässliche Struktur zu geben, ohne sich dabei selbst in den Vordergrund zu stellen. Und als in den letzten Jahren finanzielle Engpässe im Haushalt der Stiftung auftraten, sorgte Fritz Andres sogar noch unauffällig für ihre Handlungsfähigkeit, damit unser Ziel, die Printausgabe unserer Zeitschrift bis zur 200. Folge herausgeben zu können, nicht in Gefahr geriet. Großzügig unterstützte er auch die Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“

Vor zwei Jahren musste sich Fritz Andres einer großen Herzoperation unterziehen, die er zu seiner und unserer Erleichterung erfreulich gut bewältigen konnte. Jedoch litt er schon seit Jahren an einer Schlafapnoe, die er die meiste Zeit in halbwegs erträglichem Rahmen halten konnte. Seit dem letzten Jahreswechsel verschlimmerte sie sich aber und alsbald traten auch wieder Herzprobleme auf. Bei unseren letzten „Mündener Gesprächen“ im vergangenen März war ihm die Erschöpfung seiner Kräfte anzumerken. Danach äußerte er die Hoffnung, wieder in diejenige Reha-Klinik gehen zu können, in der ihm vor zwei Jahren gut geholfen worden war, und dort wieder zu Kräften zu kommen. Doch wurde ihm diese Reha-Maßnahme nicht bewilligt und es setzte bald ein rapider Kräfteverfall ein. Bei unserem letzten Telefonat sagte Fritz Andres mit schwacher Stimme: „Hier ist gerade Land unter. Ich melde mich in den nächsten Tagen wieder.“ Schon am übernächsten Tag ging sein Leben zu Ende.

Mit Fritz Andres verlieren wir eine tragende Säule unseres ideellen Netzwerks, die sich nicht ersetzen lässt. Bei allem Schmerz bleibt uns nur zu akzeptieren, dass alles seine Zeit hat, und für viel Gutes dankbar zu sein, was in dieser Zeit möglich war und hoffentlich weiterwirkt. 

Dipl.-Kfm. Thomas Betz

2. Vorsitzender der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Gudrun Müller und Alwine Schreiber-Martens

Vorstandsmitglieder der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Prof. Dr. Dirk Löhr

1. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

Dipl.-Volkswirt Ass.jur. Jörg Gude

2. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

Werner Onken

Redakteur der Zeitschrift für Sozialökonomie

Christoph & Gabriele Gauke

Verlag für Sozialökonomie

Andreas Bangemann

Redakteur der „Humanen Wirtschaft“

Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig! Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönlichen Meinungen. Wir bemühen uns, so viele Leserbriefe unterzubringen, wie möglich. Wenn wir Leserbriefe kürzen, dann so, dass das Anliegen der Schreibenden gewahrt bleibt. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Negativer Zins = Umlaufgebühr?

Folgendes Teilsatz (HUMANE WIRTSCHAFT Heft 3/2019, S. 46 Spalte 2) möchte ich zum Versuch einer Abgrenzung der „Umlaufgebühr“ vom „negativen Zins“ heranziehen:

„...während des Vortrags...wies Fuders dabei auf den innovativen Vorschlag von Silvio Gesell hin, der vor mehr als 100 Jahren veröffentlicht wurde, und vorsah, einen negativen Zins zuzulassen, um...“

Das Zitat vermittelt den Eindruck einer Gleichsetzung von Gesellschaftlicher Umlaufgebühr und negativem Zinsfuß.

Während der „positive Zinssatz“ sich dahingehend auswirkt, dass der Kreditgeber mehr zurückerhält als er verleiht, ist es mit dem „negativen Zins“ umgekehrt: Der Kreditgeber erhält vom Borger weniger zurück als er darlehnt. Beidem liegt ein Kreditverhältnis zu Grunde, wobei positiver und negativer Zins im Gegensatz voneinander abhängen, also oppositiv – gleichsam spiegelbildlich – aufeinander bezogen sind. Beides sind kapitalistische Verhältnisse, insofern als auch beim negativen Zins, hier nur für den Schuldner als „typischen Kapitalisten“ ein Einkommen ohne Arbeit entsteht – was u. a. die Reform des Geldwesens mit ihrem ethischen Aspekt ja vermeiden will.

Die Umlaufgebühr basiert nicht auf einem Schuldverhältnis. Bei dem allerdings ist gemeinsam, dass jeweils dieselbe Person belastet wird, wenngleich jedoch in anderer ökonomischer Funktion: beim negativen Zins als Geber von Geld, bei der Umlaufgebühr als Vorenthalter von Geld. Das darf meines Erachtens aber nicht dazu führen, beide miteinander gleichzusetzen.

Albrecht Müller, Lohnsfeld

Gesell

Dich doch dazu



Bestellschein:

Bitte per Fax an +49(0)201 - 458 457 86
oder im Briefumschlag
senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
Katharinenstraße 14

45131 Essen

Ich bestelle die umseitig eingetragenen Artikel
gegen Rechnung:

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
ggf. Kundennummer: _____
Datum: _____
Telefon/Fax: _____
E-Mail: _____
Unterschrift: _____



Bestellschein:

Bitte per Fax an (+49)201 -458 457 86
oder im Briefumschlag
senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
Katharinenstraße 14

45131 Essen

Ich bestelle das umseitig eingetragene Abonnement
gegen Rechnung
 Ich zeichne eine Fördermitgliedschaft

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Kundennummer (falls vorhd.): _____
Datum: _____
Telefon/Fax: _____
E-Mail: _____
Unterschrift: _____

BUCHEMPFEHLUNGEN

Silvio Gesell: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1920)
Verlag für Sozialökonomie, letztmalig 1920 von Silvio Gesell überarbeitete 4. Auflage,
2009, Paperback, 440 Seiten, 25,00 €, ISBN 978-3-87998-421-3 (Band 11)



Das Standardwerk des Begründers der Natürlichen Wirtschaftsordnung, das in seiner Logik nichts an Aktualität verloren hat. Mit seinem Reformkonzept war Silvio Gesell seiner Zeit voraus.

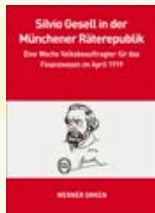
Anmerkung des Verlags: „Bei dieser Ausgabe handelt es sich um die letzte von Silvio Gesell selbst überarbeitete und durchgesehene Auflage

aus dem Jahr 1920. Die seinerzeit verwendete Frakturschrift wurde in einer besser lesbaren Schrift neu erstellt. Die frühere Rechtschreibung wurde beibehalten. Wir haben lediglich einige Schreibfehler und technische Mängel behoben und Abbildungen verkleinert, um sie aus dem Querformat in eine lesefreundlichere Position zu bringen. Am Inhalt wurde nichts verändert.

Um auch auf neuere Veröffentlichungen hinweisen zu können, wurde als Geleitwort die erweiterte Fassung aus dem Buch „Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Werner Onken (Lütjenburg 1999) verwendet und für diese Ausgabe 2007 nochmals bearbeitet.“

<https://shop.humane-wirtschaft.de/NWO>

Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“, Oldenburg 2018, 110 S., Softcover, 16,00 €, ISBN 978-3-933891-31-0



Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Es geht in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie er die wirtschaftspolitische

Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug.

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über:

Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.

E-Mail: post@dieterfauth.de (Lieferung frei Haus)

NEU

Michael Kopatz: „Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten“
oekom verlag, München, Juli 2016, 416 Seiten, 24,95 €, ISBN 978-3-86581-806-5



Dieses Buch macht Schluss mit umweltmoralischen Appellen! Es zeigt: Wir können nachhaltig leben, ohne uns tagtäglich mit Klimawandel oder Massentierhaltung befassen zu müssen. Wir machen ökologisches Leben einfach zur Routine!

Was unmöglich erscheint, ist konzeptionell einfach: Mülltrennung, Sparlampen, Effizi-

enzhäuser – alles längst akzeptiert oder in Reichweite. Was wir zur Durchsetzung einer gelebten Nachhaltigkeit brauchen, ist eine Politik, die neue, innovative Standards und Limits durchsetzt: Wenn Geräte weniger oft kaputtgehen, die Tierhaltung artgerechter wird oder bedenkliche Zusatzstoffe aus Lebensmitteln verschwinden – welcher Ver-

braucher würde sich darüber beschweren? Michael Kopatz präsentiert in diesem Buch eine Vielzahl leicht umsetzbarer, politischer Vorschläge für alle Lebensbereiche, damit die Utopien von heute schon bald die Realitäten von morgen werden.

Weitere Informationen unter: www.oekoroutine.de

Zu beziehen im Shop: https://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz_oekoroutine

Eugen Drewermann: „Geld, Gesellschaft und Gewalt – Kapital und Christentum (Band 1)“
Patmos Verlag, 406 S., Hardcover m. Schutzumschlag, 32,00 €, ISBN 978-3-8436-0817-6



Immer mehr, immer schneller, immer weiter: Die derzeit herrschende Wachstumsdoktrin ist nicht nur schädlich, sie ist ruiniös. Es werden immer mehr Produkte auf den Markt geworfen – zu Lasten der armen Bevölkerung und der Natur.

Eugen Drewermann zeigt auf, dass eine nachhaltige und damit nicht länger wach-

tumsbestimmte Wirtschaftsform die einzig realistische und tragfähige ist. Leicht verständlich erläutert er wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge und deutet die derzeitige Weltlage tiefenpsychologisch fundiert.

Ein unverzichtbares Werk für alle, die die Problematik der aktuellen ökonomischen und damit ökologischen Entwicklungen erkennen und etwas ändern wollen.

»Es gibt im Kapitalismus keine Messfühler, die auf Mitleid oder Menschlichkeit oder moralische Verantwortung reagieren würden (...) Womit man es zu tun hat, sind nicht Personen, die man mit moralischen oder religiösen Argumenten erreichen könnte; man hat es zu tun mit einem System, das nach eigenen Regeln funktioniert, und nur, wenn man diese Regeln begreift, ... besteht eine gewisse Aussicht, etwas zu erreichen.«

Eugen Drewermann

Zu beziehen im Shop: https://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann_G_G_G

Die Zeichen der Zeit unserer ZEITschrift.

Funkgesteuerte TOP-Metall Wanduhr (ca. 25 cm Ø). Gebürstetes Aluminiumgehäuse, **kein lästiges Ticken**, stellt sich automatisch und zeigt Ihnen immer, was die Stunde geschlagen hat. Die Uhr holt sich die korrekte Zeit per Funk. Kein Umstellen von Sommer-/Winterzeit nötig. Kein Nachstellen erforderlich. Erste Batterie im Paketpreis enthalten.



Auslieferung in dekorativer Einzel-Geschenkbbox.
Eignet sich hervorragend zum Verschenken!

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat für Verunsicherung gesorgt und der Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes ist vielfach abhandengekommen. Was läuft falsch?

Werner Peters analysiert nicht nur die Ursachen und den Ver-

lauf der Krise, sondern entwickelt Lösungen. Er sieht das Grundproblem in der fehlenden Ethik des Kapitalismus, der sich alleine durch seine vermeintliche Effizienz rechtfertigt. Seine Idee ist eine erstzunehmende Grundlage für den Diskurs über eine bessere Gesellschaft, an der jeder Einzelne mitwirken kann.

https://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet

Werner Peters: „Generosität – Für einen aufgeklärten Egoismus“ Edition Steffan, Köln (Sept. 2013), Paperback, 232 Seiten, 19,90 € ISBN 978-3-923838-71-4



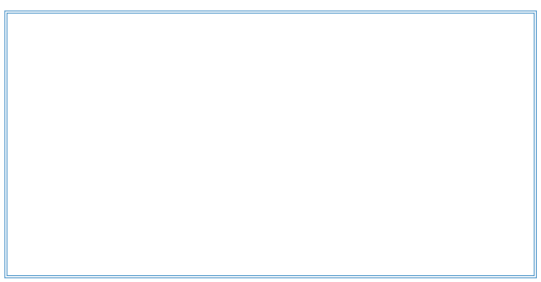
D 6,50 EUR
A 6,90 EUR
CH 9,80 SFR



HUMANE WIRTSCHAFT

...mehr als eine Zeitschrift

Gesell
Dich doch dazu



<https://humane-wirtschaft.de>



0002-9-TK – Helmut Creutz: „Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaft“, Ergänzt um einen Beitrag zur Niedrigzinsphase sowie mit aktualisierten Grafiken!, Verlag Thomas Kubo UG, Dez. 2018, 495 Seiten, mit Fadenheftung gebunden, Lesebändchen und Schutzumschlag, zahlreiche Grafiken, Abb. und Tabellen., **ISBN: 978-3-96230-002-9**

28,00 € (DE); 28,80 € (AU) HIER BESTELLEN-> <https://hwlink.de/GSneu>

Das faktenreiche Standardwerk eröffnet neue Einsichten in die Beziehungen zwischen Geld und den Entwicklungen der Probleme unserer Gesellschaft und zeigt Wege zur Überwindung der geldbezogenen Fehlstrukturen auf.

Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten zehn Jahren, warum wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern müssen und trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zunehmen und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? – Helmut Creutz veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie all diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.

Neuaufgabe!



1226-1-ME – Dirk Lohr, Fred Harrison (Hg.): „Das Ende der Rentenökonomie“ – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, übersetzt aus dem Amerikanischen von Dirk Lohr et al. Metropolis-Verlag, Marburg 2017, 377 S., broschiert, **ISBN: 978-3-7316-1226-1**

34,80 €

Dieses Buch handelt von einem neuen ökonomischen Paradigma. Jeder politische Entscheidungsträger sollte es kennen. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaubwürdig geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriwelt geprägten Fach ist eine Scheibe.

In „Das Ende der Rentenökonomie“ stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung. Dabei beziehen sie sich auf die wichtigsten Arbeiten von Mason Gaffney, einem mittlerweile emeritierten Professor der University of California (Riverside), USA, und herausragendem heterodoxen Ökonomen. In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen kann. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.



Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT
Einzelpreis 6,00 €

Mai/Juni	03/2018	0518-3-HW
Juli/Aug.	04/2018	0518-4-HW
Okt./Nov.	05/2018	0518-5-HW
Jan./Feb.	01/2019	0519-1-HW
März/April	02/2019	0519-2-HW
Mai/Juni	03/2019	0519-3-HW
Juli/Aug.	04/2019	0519-4-HW

Ältere Ausgaben auf Anfrage.

Postkarten-Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



Flyer Postkartenformat, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 105x148mm (Postkarte), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €
Bestellnr.: 0911-1-HW

DIN-Lang Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



DIN-Lang Flyer, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 100x210mm (DIN-lang), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €
Bestellnr.: 0910-4-HW

Jahres-CD: 18,00 € Alle Ausgaben eines Jahrgangs!
Verfügbar von 2010 bis 2018 – auch zum Download!



2017: 4017-0-HW

2018: 4018-0-HW

Das Einsteigerpaket für Aussteiger

Alle fünf Ausgaben aus 2018 in einer Baumwolltasche
19,00 €



Bestellnr.: 0618-0-HW